

Heinz Keßler: Briefe aus dem Gefängnis

Die Briefe des Genossen Heinz Keßler an
den Genossen Dieter Itzerott von 1992-1999,
das „Letzte Wort des Angeklagten Keßler“ vor Gericht,
Kurt Gossweiler zu Heinz Keßlers 90. Geburtstag,
Interview mit Heinz Keßler zum 70. Jahrestag der FDJ.

Vorwort: Dieter Itzerott

Hrsg: offen-siv und **KPD**

ZIP-Kurzaufnahme der Deutschen Bibliothek:

Keßler, Gefängnisbriefe.

Bodenfelde und Berlin 2016

Herausgeber:

Zeitschrift offen-siv und Kommunistische Partei Deutschlands

Verleger:

Zeitschrift offen-siv, Frank Flegel,

Tel.u.Fax:

05572-9992242,

Mail: redaktion@offen-siv.com

Copyright: Dezember 2016, Frank Flegel, Bodenfelde.

Alle Rechte vorbehalten.

Redaktionelle Betreuung: Anna C. Heinrich und Frank Flegel

Druck: Druckservice orbital, Wolfgang Lange, Reichenau.

Printed in Germany.

ISBN 978-3-00-054707-2

14,00 €

<i>Frank Flegel: Redaktionsnotiz</i>	4
<i>Dieter Itzerott: Vorwort</i>	8
<i>Heinz Keßler: Briefe aus dem Gefängnis</i>	11
<i>Dieter Itzerott: Eingabe an den Bundespräsidenten und Antwort aus dem Bundespräsidialamt</i>	88
<i>Heinz Keßler: Das letzte Wort des Angeklagten</i>	90
<i>Kurt Gossweiler: Aus meinem politischen Tagebuch „Chronik des Zweifelns“ verbunden mit Gedanken zum 90. Geburtstag von Heinz Keßler</i>	113
<i>Klaus Eichler: Interview mit Heinz Keßler zum 70. Jahrestag der Gründung der FDJ, Februar 2016</i>	126
Dokumentiert: <i>Erstes Parlament der FDJ (8.-10. 6. 1946): Grundrechte der jungen Generation</i>	140
Personenverzeichnis:.....	147

Impressum

offen-siv, Zeitschrift für Sozialismus und Frieden

Herausgeber: Frank Flegel

Geschäftsführung, Redaktion, Satz, Herstellung, Schreibbüro: A. C. Heinrich und F. Flegel

Druck: Druckservice orbital, Reichenau.

Bezugsweise: unentgeltlich, Spende ist erwünscht.

Redaktion offen-siv, Frank Flegel, Gerhart-Hauptmann-Str. 14, 37194 Bodenfelde-Wahmbeck

Tel.u.Fax: 05572 – 99 22 42, Mail: redaktion@offen-siv.com, Internet: www.offen-siv.net

Spendenkonto:

In- und Ausland: Konto Frank Flegel,

IBAN: DE10 2505 0180 0021 8272 49, BIC: SPKHDE2HXXX;

Kennwort Offensiv.

**Ich stehe als Antifaschist,
der Sozialist, Kommunist wurde,
vor diesem Gericht,
einem Justizorgan eines Staates,
der ein anderer ist, als der,
in dem ich politisch gewirkt habe,
eines Staates,
der sich anschickt,
über den ehemals weltweit anerkannten Staat DDR
zu Gericht zu sitzen.**

**Er will über die
von der Legislative der DDR beschlossenen Gesetze
und dessen Bürger,
die diesen Gesetzen verpflichtet waren,
befinden.**

**Ein Novum in der Politik und Rechtsgeschichte,
wie von nicht wenigen in- und ausländischen Experten
festgestellt wurde.**

*Heinz Keßler, aus seiner Erklärung vor der 27. Großen Strafkammer
des Landgerichts Berlin, 7. 12. 1992*

Frank Flegel: Redaktionsnotiz

Es gibt manchmal ganz wundervolle Zufälle:

Während eines Telefonates mit dem Genossen Dieter Itzerott - wir halten regelmäßig Kontakt miteinander - sagte er zu mir:

„Du, höre mal, Frank, ich habe da noch die Briefe von Heinz Keßler aus seiner Zeit im Gefängnis. Wir hatten während dieser Zeit einen regelmäßigen Briefkontakt.“

Ich darauf: „Das ist ja sehr gut, die muss man doch unbedingt veröffentlichen. Das sind Schätze, die gehoben werden müssen.“

Und so kamen wir überein, dass offen-siv die Briefe bringt, wenn möglich als Buch, was natürlich vom Umfang der Briefe abhängig war und davon, ob noch weitere Texte von Heinz Keßler erreichbar wären.

Wie sich herausstellte, konnten wir Heinz Keßlers Reden vor Gericht verwenden, Kurt Gossweilers Geburtstagsgruß an Heinz Keßler zu dessen 90. Geburtstag und, was uns ganz besonders gefreut hat, das Interview, das im Frühjahr dieses Jahres mit Heinz Keßler anlässlich des 70. Jahrestages der Gründung der FDJ bei ihm im Zimmer eines Altenwohnheimes in Berlin geführt und aufgenommen wurde. Heinz Keßler hatte kurz vorher sein 96. Lebensjahr vollendet.

Zur Vorbereitung der Veröffentlichung bin ich im Sommer 2016 nach Berlin gefahren, um Heinz in seinem Wohnheim aufzusuchen und alles Wesentliche mit ihm durchzusprechen. Es war ein sehr anregender Besuch.

Dieter Itzerott sandte uns die handgeschriebenen Briefe. Deren Entzifferung war manchmal eine Herausforderung, denn Heinz hat eine Handschrift, in der sich lateinische Buchstaben mit Buchstaben aus der Sütterlin-Schrift, der so genannten deutschen Schrift, mischen. So hat das Ganze ein wenig Zeit und Energie gekostet.

Nun halten wir voller Freude und auch mit etwas Stolz das fertige Buch in der Hand.

Es ist ein unvergleichliches Zeitdokument, und dies nicht nur der Zeit kurz nach der Konterrevolution, sondern durch die zusätzlich zu den Briefen enthaltenen Texte auch der Zeit kurz vor der Konterrevolution und der Zeit direkt nach dem Sieg über den Hitlerfaschismus. In den angefügten Biographien werden außerdem einige Schlaglichter auf die erste Hälfte des vergangenen Jahrhunderts geworfen.

Ein paar redaktionelle Bemerkungen:

Leider sind nur drei Briefe von Dieter Itzerott an Heinz Keßler erhalten, diese haben wir in die historische Staffelung der Briefe eingebaut.

Dieter Itzerotts Eingabe an den Bundespräsidenten und der Antwort des Bundespräsidialamtes haben wir einen gesonderten Platz gegeben.

Wir haben nach bestem Wissen und Gewissen die in den Briefen angesprochenen Vorkommnisse und Begebenheiten näher erklärt und nach teilweise umfangreichen Recherchen (Kurz-)Biographien zu den in den Briefen genannten Personen verfasst. Wir konnten aus Platzgründen nicht immer alle Lebensdaten aufführen, deshalb haben wir uns auf die uns am wichtigsten erscheinenden beschränkt.

Die Erklärungen zu den Vorkommnissen und Begebenheiten sowie die Biographien findet Ihr als Fußnoten jeweils an der Stelle, an der sie angesprochen werden. Zusätzlich haben wir die Biographien zu einem Personenverzeichnis zusammengefasst, das Ihr am Ende des Buches findet.

Dem Interview, das Heinz Keßler zum 70. Jahrestag der Gründung der FDJ gegeben hat, haben wir die Erklärung der „Grundrechte der jungen Generation“ nachgestellt, wie sie im Juni 1946 auf dem I. Parlament der FDJ beschlossen wurden.

Unser herzlicher Dank gilt Dieter Itzerott erstens für seine hervorragende Idee, eine solche Publikation anzuregen, zweitens für das Vorwort zu diesem Buch und drittens für seine tätige Mithilfe beim Klären angesprochener historischer Ereignisse und genannter Personen.

Unser herzlicher Dank gilt Kurz Gossweiler für die Genehmigung des Nachdrucks seines Geburtstagsgrußes an Heinz Keßler zu dessen 90.

Geburtstag aus dem Buch: „Die Sache aufgeben, heißt sich selbst aufgeben, Festschrift für Heinz Keßler zum 90. Geburtstag“.

Unser herzlicher Dank gilt Klaus Eichler für die Zur-Verfügung-Stellung der DVD mit dem Interview von Heinz Keßler zum 70. Jahrestag der Gründung der FDJ.

Unser herzlicher Dank gilt Heinz Keßler für die Genehmigung, seine Briefe und seine Reden vor Gericht zu veröffentlichen und für das der Veröffentlichung vorausgehende, anregende Gespräch.

Und unser herzlicher Dank gilt der KPD für die Mitherausgabe dieses Buches.

Nun ein Wort zu den Finanzen:

Der Druck dieses Buches, die Versickung, also Porto und Verpackung sowie die Werbung kosten uns einen Betrag von rund 4000 €. Das ist eine Größenordnung, die die offen-siv nicht mal eben so in der Kasse hat.

Im Vorfeld gab es schon einige mithelfende Spenden, aber wir müssen offen sagen: die offen-siv war für diese Veröffentlichung auf eine Anleihe bei einer Privatperson, einem guten Genossen, angewiesen.

Dieses Geld müssen wir zu drei Vierteln zurückzahlen, ein Viertel spendet der Genosse. Dafür an dieser Stelle nochmals herzlichen Dank!

Wir sind auf einen guten Verkauf des Buches und auf die eine oder andere freundliche Spende angewiesen.

Für die Redaktion: Frank Flegel

Spendenkonto offen-siv:

Konto Frank Flegel,

IBAN: DE 10 2505 0180 0021 8272 49,

BIC: SPKHDE2HXXX; Kennwort: „Offensiv“.

Dieter Itzerott: Vorwort

Die Inhaftierung von Heinz Keßler und weiterer Genossen, die Anklage und Urteilsverkündung durch das Bundesgerichtswesen haben mich empört und erschüttert zugleich.

Vor allem fühlte ich mich zur Solidarität mit den Betroffenen herausgefordert.

Fälle, wo die Justiz der Politik willfährig war, sind in der Geschichte hinreichend bekannt.

Um die Politik der DDR und damit das Handeln ihrer Verantwortungsträger zu kriminalisieren, wurde eine juristische Farce inszeniert.

Menschen, die als Vertreter eines international anerkannten, souveränen Staates handelten, wurden im Nachhinein der Gerichtsbarkeit eines anderen Staates unterstellt und im Sinne dessen Akteuren zu Kriminellen abgestempelt.

Dagegen habe ich offen und in vielfältiger Weise meinen Protest zum Ausdruck gebracht. Ich nahm brieflichen Kontakt mit den Inhaftierten auf. Heinz Keßler war einer der wenigen, der diese Solidaritätsbekundung dankbar annahm. Daraus entwickelte sich ein kontinuierlicher und vielfältiger Gedankenaustausch.

Ich erlebte Heinz Keßler zum ersten Mal als junger Delegierter des Fünften Parlamentes der FDJ 1955 in Erfurt. Die Wahl eines neuen Vorsitzenden der FDJ stand an. Keiner der Delegierten wusste, um wen es sich handeln sollte. Nun erfuhren wir, dass Karl Namokel (1) gewählt werden sollte. Karl Namokel war ein Mitglied der FDJ, das uns aus der bisherigen Jugendarbeit nicht bekannt war. Wie wir erst später erfuhren, stand hinter diesem Vorschlag der damalige Verantwortliche für die Jugendarbeit im Politbüro der SED, Karl Schirdewan (2).

Heinz Keßler meldete sich außerplanmäßig als Diskussionsredner und hielt eine außerordentlich wirkungsvolle und solidarische Verabschiedungsrede für Erich Honecker, der aus hier nicht näher zu erläuternden Gründen als Vorsitzender der FDJ gehen musste.

Diese erste Begegnung mit Heinz Keßler und seiner aktiven Solidarität hat sich tief in mein Bewusstsein eingegraben.

In den folgenden Jahren haben sich unsere Wege durch die Arbeit in Jugendverband und Partei immer wieder gekreuzt. In Gesprächen und Diskussionen mit Freunden der Jugend und Soldaten kam immer wieder zum Ausdruck, das er unter ihnen ein hohes Ansehen genoss.

In unserem brieflichen Kontakt während seiner Haftzeit diskutierten wir viel über die Ursachen der Niederlage und die Zerstörung der DDR. Dabei stellten wir eine gemeinsame Sicht auf die Ursachen dieser Entwicklung fest.

Wir stimmen darin überein, dass es sich bei den Ereignissen 1989/90 um eine Konterrevolution handelte. Der Verrat an unseren gemeinsamen Zielen und Idealen begann mit der Rede von N. Chruschtschow auf dem 20. Parteitag der KPdSU.

Seinen Gipfel erreichte er 1989/90 mit der Konterrevolution, die ohne die revisionistischen Kräfte in der KPdSU, zuletzt unter der Führung von M. Gorbatschow, niemals hätte stattfinden können.

Das vorliegende Buch spiegelt unter anderem unsere Auseinandersetzung mit diesen revisionistischen Kräften wider und zeigt im Übrigen eine große Übereinstimmung mit den Gedanken und Schriften von Kurt Gossweiler zu diesem Thema.

Ich bin sehr froh, dass ich hier noch mitwirken konnte. Meine Kräfte werden nicht mehr für eine weitere Veröffentlichung dieser Größenordnung reichen.

Um es mit den Worten von Fidel Castro zu sagen: „Ich glaube fest daran, dass eine bessere Welt möglich ist“.

Dieter Itzerott

Anmerkungen:

1) Karl Namokel war der Kandidat Karl Schirdewans (siehe folgende Anmerkung). Karl Namokel war zum Zeitpunkt seiner Wahl 28 Jahre alt. Erste Erfahrungen in der FDJ sammelte er von 1947 bis 1950 in den Funktionen eines 1. Sekretärs der FDJ-Kreisleitung Demmin und dann als Sekretär der FDJ-Grundorganisation der Volkswerft Stralsund. (Vergl. „Wer war die DDR?“) Die innerparteilichen Auseinandersetzungen zwischen Ulbricht und Schirdewan beeinflussten wesentlich die Entwicklung der SED-Jugendpolitik, da mit der Ablösung Honeckers der Einfluss Schirdewans sprunghaft zunahm. Das spiegeln zwei programmatische Dokumente wider: Einerseits gab es den Beschluss des Politbüros des ZK der SED: „Der Jugend unser Herz und unsere Hilfe“, auf der anderen Seite einen Aufruf der neuen Verbandsführung: „An Euch alle, die Ihr jung seid“. Beim Sechsten Parlament der FDJ 1959 wurde Karl Namokel wegen „Schwächen und seiner fehlenden Erfahrung in der Jugendarbeit“ abgelöst.

2) Zur Charakterisierung Karl Schirdewans folgendes Zitat aus Der SPIEGEL, 20.7.1998: „Er war das seltene Beispiel eines lernfähigen Kommunisten in der DDR-Führung. Der Sohn einer Arbeiterfamilie trat mit 16 Jahren dem Kommunistischen Jugendverband und zwei Jahre später der KPD bei. ... Bereits 1946 gehörte er dem SED-Parteivorstand an; den Höhepunkt seines politischen Wirkens erreichte er 1953, als er sich in seiner neuen Funktion als Mitglied des Politbüros und des ZK-Sekretariats bei Chruschtschow für ein wiedervereinigtes Deutschland einsetzte. Fünf Jahre später wurden Schirdewan und der damalige Stasi-Minister Ernst Wollweber, die beide für einen gemäßigeren politischen Kurs plädiert hatten, ihrer Ämter enthoben. Nach der Wende 1989 engagierte sich Schirdewan in der PDS, die ihn rehabilitierte. Der Altgenosse warnte wiederholt vor dem ‚Linksradikalismus‘ und der Doktrin von der ‚Diktatur des Proletariats‘. Das ‚Versagen der SED‘ vor der Geschichte, so sein Lebensfazit, sei ‚nicht zu überbieten‘ gewesen.“

Heinz Keßler: Briefe aus dem Gefängnis

5. August 1992

Lieber Dieter,

immer freue ich mich, von Zeit zu Zeit von Dir zu hören und zu lesen. Besonders freue ich mich, weil ich dann weiß, es geht Dir gesundheitlich einigermaßen zufriedenstellend.

Darum vielen Dank für Deine solidarischen Grüße und guten Wünsche.

Deine Einschätzung über die unterschiedlichen gesellschaftlichen Probleme, über die gesellschaftliche Entwicklung in diesem Land findet meine Zustimmung. Es gibt nichts Wesentliches hinzuzufügen. Das Ganze könnte man überschreiben, „wohin sind wir geraten, wohin wird das alles treiben?“ Es kann einem schon Angst werden. Wir wissen doch aus Praxis und Theorie, was dabei für das Volk herauskommen kann.

Wir können, dürfen, so schwer es auch sein mag, das Banner des politischen Kampfes, so lange noch Blut in unseren Adern fließt, nicht aus der Hand legen.

Ja, sie demütigen, verleumden, kriminalisieren uns. Es ist zuweilen kaum zu ertragen.

Nicht wenige Menschen durchschauen das Ränkespiel der Bourgeoisie noch nicht. Oft steht die Frage auf unseren Lippen: hat es überhaupt eine Zukunft?

Ich sage ja.

Das Wort unserer Vorbilder, „trotz alledem“, muss uns beflügeln.

Die jüngsten Strafanträge und die dazu gemachten Ausführungen des Staatsanwaltes waren, sind Ausdruck des von Hass erfüllten Antikommunismus. Mehr noch. Sie sollen, wie bereits in anderen Prozessen, Angst machen. Man will Zeichen setzen, Pfähle einschlagen. Niemand und nichts soll es jemals wagen, diese kapitalistische Gesellschaft in Frage zu stellen.

Wir wissen, solche Versuche mit barbarischen Methoden hat es nicht wenige gegeben. Die Opfer sind unermesslich. Und doch: die Totgesagten haben sich immer wieder erhoben.

Egon Krenz¹ hat vorbildlich gekämpft. Erbärmlich, wenn nicht mehr, ist das Verhalten von Schabowski². Man schämt sich, mit einem solchen Menschen

¹ Egon Krenz trat 1953 in die FDJ ein, 1955 in die SED. 1961 wurde er Sekretär des Zentralrats der FDJ, verantwortlich für die Arbeit des Verbandes an den Universitäten, Hoch- und Fachschulen, ab 1967 verantwortlich für Agitation und Propaganda. Von 1974 bis 1983 war er Erster Sekretär der FDJ. 1973 wurde er Mitglied des ZK der SED, 1983 wurde er Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der SED für Sicherheitsfragen. Am 17. Oktober stimmte er im Politbüro für die Absetzung Erich Honeckers und wurde vom 17. Oktober bis 6. Dezember 1989 als dessen Nachfolger SED-Generalsekretär und Vorsitzender des Staatsrats der DDR. In seiner Antrittsrede führte er den Begriff „Wende“ in die DDR-Politik ein. Im August 1997 wurde er wegen „Totschlags“ zu sechs Jahren und sechs Monaten Haft verurteilt, nach Verbüßung von knapp vier Jahren Haft wurde er entlassen. Am 18. April 2011 ließ er bei einer Feier zu Ehren des 125. Geburtstages Ernst Thälmanns verlauten, dass er bezüglich des Untergangs der DDR nicht die deutsche Einheit „an sich“ kritisiere, sondern die Art ihres Zustandekommens und sagte wörtlich: „...auch ich schaue mit Zorn auf die Verbrechen, die unter falscher Flagge im Namen des Kommunismus verübt wurden.“

² Günter Schabowski trat 1950 in die FDJ und 1952 in die SED ein. 1978-1985 war er Chefredakteur des ND, 1981 wurde er Mitglied des ZK der SED. Am 9. November 1989 las er die Grenzöffnung bei einer Pressekonferenz von einem Zettel ab. Nach der Konterrevolution ging er zum Antikommunismus über, äußerte grundsätzliche Kritik an der sozialistischen Gesellschaftsordnung, saß gemeinsam mit Bärbel Bohley im „Gesprächskreis Innere Einheit“ des CDU-Kandidaten für das Amt des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Frank Steffel, riet der SPD Berlin von einer Koalition mit der PDS ab usw. Diese Anbiederung lohnte sich: Zwar wurde er wegen „Totschlags“ zu drei Jahren Haft verurteilt, aber nach einem knappen

in einer Partei und deren Leitungsgremien gewesen zu sein. Das macht mich viel trauriger als das, was uns die Reaktion antut. Von der wussten und wissen wir, dass sie uns Antifaschisten, Sozialisten, Kommunisten nicht mag. Wer ein wenig Charakter hat, muss sich von diesen Menschen abwenden.

Wir sind jetzt in dieser Haftanstalt vier Gleichgesinnte, Fritz Strelitz³, Hans Albrecht⁴, Karl Leonhard⁵ und ich. Wir helfen uns gegenseitig, so gut es geht und sorgen für den Gedankenaustausch.

Mir selbst geht es den Umständen entsprechend zufriedenstellend. Die 72 Jahre, die man auf dem Buckel hat, kann man nicht weg retuschieren. Da macht sich schon Einiges bemerkbar. Ein großes Problem ist meine Sehkraft.

halben Jahr entlassen, weil er von Eberhard Diepgen (CDU) begnadigt worden war.

³ Fritz Strelitz war Generaloberst der NVA, Stellvertretender Minister für nationale Verteidigung der DDR, Chef des Hauptstabes der Nationalen Volksarmee und Sekretär des Nationalen Verteidigungsrates. Am 20. Mai 1991 wurde Strelitz im Auftrag der Staatsanwaltschaft Berlin verhaftet. Er verbrachte 28 Monate in Untersuchungshaft in der Justizvollzugsanstalt Moabit und wurde erstmals am 2. Februar 1992 angeklagt. Der Prozess vor dem Landgericht Berlin begann am 12. November 1992. Strelitz wurde vom Landgericht Berlin als „Mitverantwortlicher des Grenzregimes an der Berliner Mauer“ in den so genannten „Mauerschützenprozessen“ der Anstiftung zum Totschlag schuldig befunden und zu einer Freiheitsstrafe von fünf Jahren und sechs Monaten verurteilt. Die Revision der Staatsanwaltschaft führte zu einer Verurteilung durch den Bundesgerichtshof wegen Totschlags bei unverändertem Strafmaß. Im März 2001 wies der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte die Beschwerde von Strelitz zurück. Am 25. Oktober 1997 wurde er vorzeitig aus der Haft entlassen.

⁴ Hans Albrecht war seit 1963 Mitglied des ZK der SED, ab 1966 Vorsitzender der Arbeiter- und Bauerninspektion, er war Präsidiumsmitglied der Deutsch-Arabischen Gesellschaft der DDR, seit 1971 Abgeordneter der Volkskammer. Ferner war er stellvertretender Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates der DDR.

⁵ Karl Leonhard war General der NVA.

Etwa 30 Prozent. Lesen und Schreiben fällt mir schwer. Ich brauche dafür die doppelte Zeit. Aber was soll es, ich muss damit leben und ein wenig für unsere gute Sache tun.

Ich bitte Dich, lieber Dieter, grüße ganz herzlich Deine liebe Frau, Deine Familie, die Freunde, Genossinnen und Genossen.

Für Dich, mein lieber Freund und Genosse alles Gute!

Herzlich von Ruth und Heinz

5. Dezember 1992

Lieber Dieter,

es war in der Tat eine Überraschung, eine angenehme, als ich Deinen Brief vom 10. September in Empfang nehmen konnte. Ich danke Dir für Deine solidarischen Grüße und guten Wünsche.

Freundliche Worte hatten zu allen Zeiten für den, der sie sendet, und für den, der diese entgegen nehmen kann, einen ermutigenden Wert. In der Zeit, die wir gegenwärtig durchleben müssen, sind Worte der Verbundenheit von unersetzlicher Bedeutung. Wenn man wie ich annähernd bereits 17 Monate, aus Gründen, die Dir bekannt sind, in Untersuchungshaft verbringen muss, helfen solche Grüße ein bisschen mit, die Kraft einigermaßen zu halten, die notwendig ist, um mit diesen Tatsachen und den Begleitumständen einigermaßen zurecht zu kommen.

Wie ich mir denken kann und es aus Deinem Brief zu ersehen ist, hast auch Du es aus vielerlei Gründen nicht einfach. All die erbrachten Anstrengungen in der Vergangenheit, die schwer zu verkraftenden Belastungen der jüngsten Vergangenheit, die auch körperliche-organische Schwierigkeiten zur Folge haben, machen auch für Dich den Alltag nicht immer zu angenehmen Tagen.

Umso mehr weiß ich es zu schätzen, dass Du die Kraft und die Zeit gefunden hast, dass Du mir mit Deinen Worten etwas Licht in den grauen Alltag

gebracht hast. Dass dabei Prof. Willi Sitte⁶ behilflich sein konnte, freut mich besonders.

Ich erinnere mich an manche unserer Begegnungen. Sie waren immer von dem Bestreben geprägt, Gedanken auszutauschen, wie man dies oder jenes besser machen kann.

Neulich las ich in einer Zeitung, dass das Glaswerk, das bedeutendste und modernste in der ehemaligen DDR, faktisch am Ende ist und der größte Teil der Belegschaft die Arbeit verloren hat. Welche Auswirkungen solche Wirtschaftspolitik in diesem oder in anderen Fällen hat, belegen die Arbeitslosenzahlen, wie Du sie auch für Torgau erwähnst.

Ich erinnere mich auch an Gespräche über Aktivitäten zur Verbesserung des Einzelhandels, Altstadtsanierung und manch anderes. Auch über Schwierigkeiten. Vermeidbare Hemmnisse waren Gegenstand der Unterhaltungen. Es waren aufrichtige und kritische Gespräche.

Es wird viel Mühe, vor allem Sachlichkeit bedürfen, um Ursachen und Folgen des vorläufigen Scheiterns des historischen Experiments zu ergründen.

Was sich gegenwärtig in unserem Land und anderswo in der Welt tut, ist auch nicht dazu angetan, mit viel Optimismus in die Zukunft zu sehen. Ich glaube dennoch daran, dass man dafür eintreten muss, dass Kriege aus dem Leben der Völker verbannt werden müssen, dass die Güter der Menschheit so genutzt werden sollten, dass der Hunger in der so genannten Dritten Welt schnell zur Vergangenheit gehört und das die Ergebnisse der körperlichen und

⁶ Willi Sitte war ein ausgesprochen bedeutender Maler und Grafiker der DDR, von 1974 bis 1988 Präsident des Verbandes Bildender Künstler der DDR. Während des Zweiten Weltkrieges wurde er als junger Mann wegen Kritik an der Hermann-Göring-Meisterschule für Malerei an die Front geschickt, wo er 1944 in Italien desertierte und sich italienischen antifaschistischen Brigaden anschloss. Er trat 1947 in die SED ein, bekam 1951 einen Hochschul-Lehrauftrag und wurde 1959 zum Professor ernannt. Er war seit 1976 Abgeordneter der Volkskammer, wurde 1985 Mitglied des Weltfriedensrates und 1986 Mitglied des Zentralkomitees der SED.

geistigen Arbeit sozial gerecht allen Menschen zu Gute kommen. Dies waren unsere Ideale und sie werden es bleiben.

Freilich, wie wir schon lange wissen und bitter erfahren mussten, ist das ein schmerzlicher, sehr beschwerlicher Weg, um diese berechtigten Menschheitsforderungen zu realisieren.

Umso notwendiger ist es, die lange Vergangenheit der Menschheitsgeschichte zu befragen, wie Du dies auch erwähnst, um zu ergründen, was war gut, was war falsch.

Mit einer einfachen Schwarz-Weiß-Betrachtung oder gar Kriminalisierung politischen Handelns im Sinne dieser erwähnten Ideale ist dem Erkenntnisprozess nicht geholfen. Hier ist nicht der Platz und die Möglichkeit, wie auch Du feststellst, näher auf so manch Notwendiges einzugehen. Nur noch so viel: Nationales und Internationales, Vergangenes, Gegenwärtiges und Zukünftiges sind eng miteinander verflochten.

Wie nützlich wäre es, könnten wir in einem freimütigen Gespräch unsere Gedanken, Gefühle, Hoffnungen erörtern. Vielleicht, das ist meine nie versiegende Hoffnung, gibt es irgendwann einen solchen Tag.

Dass die mir auferlegte Trennung von meiner Familie, vom gesellschaftlichen Geschehen schwer ist und auch die Kräfte minimiert, kannst Du Dir sicher vorstellen.

Im September dieses Jahres musste ich operiert werden, Leistenbruch. In meinem Alter und unter den gegebenen Bedingungen ein zusätzliches Erschwernis. Die medizinische Behandlung und Versorgung war korrekt, so dass ich mich auf gutem Weg der Genesung befinde. Es bleibt mir, gestützt auf meine wunderbare Familie, die Zuneigung von Bekannten, weiter zu versuchen, mit den Anforderungen zurecht zu kommen.

Ich hoffe, lieber Dieter, dass Du im Kreise Deiner Familie, verbunden mit vielen Menschen, auch künftig die Kräfte entwickeln kannst, um mit den vielfältigen Erfordernissen des Alltags einigermaßen fertig zu werden, vor allem, dass Du Deinen allerdings schon beeinträchtigten Gesundheitszustand stabilisieren kannst. Auch hoffe ich, dass Deine Rentenansprüche gerecht erledigt werden.

Wenn Du Zeit, Kraft und Muße hast, würde ich mich freuen, gelegentlich wieder etwas von Dir zu hören.

Mit festem Händedruck

Dein Heinz Keßler

22. Dezember 1992

Lieber Dieter,

heute will ich Dir einige Zeilen nach Abschluss, wenn man das so ausdrücken kann, der ersten Verhandlungsperiode schreiben.

Zunächst aber vielen Dank für Deinen herzlichen Brief, die lieben Grüße und solidarischen Wünsche.

Ich bin besonders dankbar für die Darstellung der Probleme der Menschen in Eurer Umgebung. Es ist für mich nicht nur interessant, sondern auch wichtig und nützlich zu erfahren, welche Sorgen die Menschen bedrücken, wie sich die reale Lage in ihrem Bewusstsein und Verhalten reflektiert. Deine Schlussfolgerungen aus dem, was Du sozusagen vor Ort siehst und erlebst, sind für mich hilfreich und scheinen, soweit ich dies von hier aus beurteilen kann, richtig. Es ist also nicht, wie Du möglicher Weise annimmst, eine Belastung, sondern eine Bereicherung.

Denn, ob man das wahrhaben will oder nicht, mein und auch das Dasein anderer Freunde und die jetzt laufenden Verhandlungen vollziehen sich ja nicht im luftleeren Raum. Sie haben schon direkt und indirekt mit dem, was in den letzten drei Jahren geschehen ist und gegenwärtig vor sich geht, eine ganze Menge zu tun. Es geht, und dies wird immer unverkennbarer, natürlich um die Person, aber eben auch als Repräsentant des Antifaschismus, der gerechten Lösung sozialer Probleme, die Vision einer sozialistischen Perspektive. Natürlich möchte man das offiziell nicht hören. Sieht man aber genauer hin, auch auf das, was in den Medien erscheint, wenn auch verkürzt, zum Teil entstellt, tendenziös, so kann man eben Gesagtes bestätigt finden.

Ich z.B. vertrete und verteidige also nicht nur meine antifaschistische Ehre und Würde, sondern auch die Leistungen, die Millionen Werktätige der

ehemaligen DDR unter oft harten Bedingungen für Frieden und sozialen Fortschritt erbracht haben. Das ist, wie die hinter uns liegenden Verhandlungstage zeigen, unter den gegebenen Bedingungen sehr schwer und erfordert viel körperliche und geistige Kraft. Man kann auch nicht übersehen, dass das Los der Inhaftierten dadurch nicht gerade leichter wird.

Ich sehe keinen anderen Weg, um mir selbst, damit dem Antifaschismus und den Interessen der Werktätigen treu zu bleiben. Diesen Preis muss ich bezahlen. So glaube ich, dass meine Meinung über das, was hier im Gerichtssaal, in Moabit, vor sich geht, richtig ist. Man kann nur hoffen, dass unsere doch nicht mehr so umfangreichen Kräfte ausreichen. Es ist nicht so einfach, stundenlang zuzuhören, wie die Krankheit von Erich Honecker⁷ bis ins Detail zerlegt und dann prognostiziert wird, wann die Schmerzperiode und schließlich der Tod eintritt. Das alles in seinem Beisein, bei seinem äußerst bedenklichen körperlichen Zustand. Das alles zu ertragen erfordert schon außerordentliche moralische Qualitäten. So hat man, trotz dieses körperlichen Zerfalls, von der Ärztekommision offiziell festgestellt, entschieden, dass

⁷ Erich Honecker trat 1928 in den Kommunistischen Jugendverband Deutschlands ein, wahrscheinlich 1930 in die KPD. 1930/31 Studium an der Internationalen Lenin-Schule in Moskau. Nach 1933 arbeitete er im Saargebiet (das damals nicht zu Deutschland gehörte) gegen den deutschen Faschismus. Nach dem Anschluss des Saargebietes im Januar 1935 ging er nach Frankreich, kam aber im August 1935 illegal nach Berlin zurück und arbeitete im Widerstand, wurde aber noch 1936 festgenommen und anschließend zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt und ins Zuchthaus Brandenburg gebracht. 1946 war er Mitbegründer der FDJ, deren Vorsitz er übernahm. 1950 wurde er Kandidat des Politbüros des ZK der SED, 1958 Mitglied des Politbüros. 1971 war er am Sturz Walter Ulbrichts beteiligt und wurde Erster Sekretär des ZK der SED, in der Folge dann auch Vorsitzender des Staatsrates der DDR. Im Oktober 1989 sicherte sich Egon Krenz für den Sturz Honeckers die Unterstützung der Staatssicherheit und arrangierte ein Treffen von Harry Tisch mit Gorbatschow, um diesen vom bevorstehenden Sturz Honeckers zu informieren. Auch Kurt Hager flog nach Moskau (am 12. 10. 1989) und besprach mit Gorbatschow die Modalitäten der Honecker-Ablösung. Gorbatschow wünschte „viel Glück“.

Erich vorerst weiter in Haft verbleiben muss. Diese Wahrheit muss und sollte jeder wissen und sich seine Meinung über Sinn und Zweck dieses politischen Verfahrens machen.

Erlaube mir bitte, dass ich die Aufmerksamkeit darauf lenke, dass, wie eigentlich im allgemeinen immer, so gerade auch in dieser Situation jede Geste, jede Bewährung der antifaschistischen Solidarität, von wem auch immer, aus welcher Himmelsrichtung auch immer, von großer Bedeutung ist. Dies einige wenige Bemerkungen zu dem, was Du selbst in Deinem Brief zu diesem Ereignis geschrieben hast.

Ein Wort zu unserem gemeinsamen Bekannten, Willi Sitte. Für mich ist er ein großartiger Mensch, ein bedeutender Künstler mit einem konsequenten antifaschistischen Denken und Handeln. Dass er von so manchen bitter enttäuscht ist, ist meines Erachtens verständlich. Wer ist das, ich selbst eingeschlossen, nicht?

Es wird einer langen Zeit bedürfen, um über diese Bitternis hinweg zu kommen und, wie man so sagt, wieder festen Tritt zu fassen.

Wie Du ja selbst auch erfahren musstest, leider, sind mit alledem auch schwere, oft sehr schwerwiegende soziale Probleme verbunden.

Ich glaube, einer der Wege, um einander zu helfen, miteinander Kraft zu finden, ist die Begegnung, das offene, freimütige Gespräch. Ich weiß, das ist leichter gesagt als getan. Aber allein, oder anders gesagt, jeder für sich, isoliert, ist und wird das ohnehin schon Schwere noch schwerer. Wie sonst hätten die Kämpfer gegen den Faschismus in der Hitlerzeit, wo immer sie ihre Pflicht erfüllten, durchhalten können?

Lieber Dieter, im Bunde mit Deiner Frau und Kampfgefährtin: Vielleicht erreicht Euch dieser Brief noch 1992. Wie dem auch sei, über kurz oder lang werden wir die Schwelle zum neuen Jahr 1993 überschreiten.

Zu fröhlicher Ausgelassenheit, so scheint mir, fehlen in mancher Hinsicht die Voraussetzungen. Das sollte uns nicht hindern, im Kreise der Familie, vielleicht von Freunden und Bekannten, besinnlich beisammen zu sein, uns gegenseitig Mut und Kraft zuzusprechen, zu überlegen, wie wir Gemeinsames zukünftig besser pflegen. Auch ein wenig historischen Optimismus sollten wir in das neue Jahr mit hinübernehmen.

Ich werde hier in meinen vier vergitterten Wänden, übrigens das zweite Mal allein, in Gedanken verbunden mit meiner wunderbaren Kampfgefährtin Ruth, meiner Familie, Freunden und Bekannten die Schwelle von einem zum anderen Jahr überschreiten. Mit der Hoffnung im Herzen, dass ich bald wieder bei den Meinen sein kann.

Die schöne Verszeile: „Wann wird man je verstehen?“ muss einmal ihren fragenden Charakter verlieren.

In diesem Sinne wünsche ich Euch alles Gute und Gesundheit.

In Freundschaft

Heinz Keßler

13. April 1993

Lieber Dieter!

Es ist mir auch heute eine Herzensangelegenheit, Dir für Deinen Brief vom 23. Februar, die übermittelten solidarischen Grüße und guten Wünsche zu danken. Es ist jedes Mal eine Erbauung, wie ein frischer Luftzug, wenn man solche solidarischen Worte lesen kann, die dazu einen wichtigen informatorischen Wert haben.

Ich bitte Dich auch um Verständnis, dass die Antwort nicht postwendend kommt. Dafür gibt es vielerlei Gründe, die hier im Einzelnen darzulegen nicht so einfach ist. Aber Du kannst Dich darauf verlassen, dass ich, so lange mein Gesundheitszustand mir dies erlaubt, mich melden werde.

Durch die Zeilen Deines zu dieser Zeit verfassten Briefes zieht sich die Hoffnung, ein wenig Zuversicht, dass es der vom Landgericht gefasste Beschluss ermöglichen würde, zu unseren⁸ Familien zurückkehren zu können.

⁸ Mit denjenigen, die hoffen, zu ihren Familien zurückkehren zu können, sind gemeint: Fritz Streletz, Hans Albrecht, Karl Leonhard und natürlich Heinz Keßler selbst. (d.Red)

Auch wir hatten solche angenehmen Gedanken. Leider und zu unserem Bedauern hat die übergeordnete Instanz, das Kammergericht, auf Antrag der Staatsanwaltschaft den Beschluss für die Haftverschonung aufgehoben. Das war für uns, wie Du Dir denken kannst, wie für andere auch eine herbe, bittere Enttäuschung. Da braucht man ein wenig Zeit, um die damit verbundene Stimmungslage wieder einigermaßen ins Lot zu bringen.

Antifaschisten sind auch Menschen, und gerade weil sie das sind, mit Gefühlen.

Aber man muss doch auch den Sinn des gesamten Verfahrens, wie Du es beschreibst, im Auge haben. Ich meine, dass diese Aufhebung der Haftverschonung auch ein weiteres Indiz für den politischen Charakter der Inhaftierung und des Verfahrens ist. Kurzum, es geht darum, aufs Neue die noch verbliebenen körperlichen und geistigen Kräfte zu sammeln, um auch fortan der antifaschistischen Verantwortung gerecht werden zu können. Dabei spielt, wie Du sehr gut weißt, jedes Wort, jede Aktivität im Sinne der antifaschistischen Solidarität eine gewichtige moralische Rolle.

Es besteht doch die Möglichkeit, dass bei der Turbulenz der unterschiedlichen, oft bedrückenden gesellschaftlichen Ereignisse diese unsere Sache zu einer nach meiner Meinung falsch verstandenen „Normalität“ wird, in Vergessenheit gerät, dass es zwischen den gesellschaftlichen Ereignissen in unserem Lande und diesem Verfahren einen untrennbaren Zusammenhang gibt. Historische Fakten, Entwicklungen, Zusammenhänge drohen verwischt zu werden oder in Vergessenheit zu geraten. Ob dies gewollt ist, soll dahingestellt bleiben. Aber in der Realität lässt sich so etwas schon bemerken. Hinzu kommt, dass der größte Teil der Medien durch irreführende Berichterstattung, Notlügen oder durch Verschweigen das Seine dazu beiträgt. Der für die Medien und andere spektakuläre, politische Aspekt ist durch das Ausscheiden von Erich Honecker sozusagen weg.

Alle solche und andere Faktoren bedürfen der Beachtung und natürlich der Aufmerksamkeit von uns und all jener Menschen, die die Dinge prinzipiell so sehen wie wir.

Ich bitte Dich um Verständnis, dass ich mir erlaube, in diesem Brief auf einige solcher Gesichtspunkte zu verweisen.

Sie stehen auch im Zusammenhang mit Deinen sicher berechtigten Bemerkungen über Entsolidarisierung, Anpassungsdruck, Orientierungslosigkeit, zusammengefasst, wie man das jetzt oft hören und lesen kann, Politikverdrossenheit.

Es ist ein Irrtum, anzunehmen, dass tiefgehende Enttäuschungen über das, was gegenwärtig vor sich geht, sozialer Niedergang, Arbeitslosigkeit, Lehrstellenmangel zwangsläufig, automatisch zu politischen Aktivitäten mit dem Ziel, Veränderungen zu erreichen, führt. Du kennst sicher genauso gut wie ich die in der Arbeiterbewegung oft geführte Diskussion über Spontaneität, „Spontaneitätstheorie“ genannt. Die Ablehnung einer solchen Vorstellung von möglichen politischen Aktivitäten hat, so glaube ich, auch heute Gültigkeit. Es bedarf also politischer, wirtschaftlicher, sozialer Orientierung, damit sich die betroffenen Menschen ihrer Lage bewusst werden und politische Vorstellungen entwickeln, wie sie mit den vorhandenen Instrumentarien ihre Lage und damit die Lage ihres Landes politisch verbessern können. Das ist bekanntlich, wie die Geschichte unseres Volkes, seiner Arbeiterbewegung zeigt, ein komplizierter, oft steiniger Weg.

Die Überlegungen, Verlautbarungen der unterschiedlichen politischen Gruppierungen in unserem Lande im Zusammenhang mit den anstehenden Wahlen 1994⁹ belegen das in unterschiedlicher Weise. Die nun schon einige Zeit hinter uns liegenden Wahlen in Hessen¹⁰ waren ein unüberhörbares Signal.

Es kommt wohl auch darauf an, die Interessen, Bedürfnisse der Werktätigen insgesamt und zugleich differenziert richtig zu artikulieren und Wege darzustellen, wie Veränderungen durch den politischen, gewerkschaftlichen Kampf herbeigeführt werden können. Ich weiß, solche Gedanken, wenn Du

⁹ 1994 fanden in der BRD Landtagswahlen in folgenden Bundesländern statt: Niedersachsen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Sachsen, Bayern, Thüringen, im Saarland und in Mecklenburg-Vorpommern. Im Oktober fanden dann Bundestagswahlen statt.

¹⁰ Gemeint sind die Landtagswahlen in Hessen 1991, die dazu führten, dass die bis dahin regierende Koalition von CDU und FDP von einer rot-grünen Koalition abgelöst wurde.

sie überhaupt für überlegenswert hältst, sind leichter geschrieben, als im Leben, in der Praxis umgesetzt. Aber einen leichten Weg wird es wohl nicht geben. Es sei denn, man überlässt das Feld, was Du auch als Gefahr andeutest, den neonazistischen, rassistischen Kräften. Wo das hinführt, wissen wir mehr als zu Genüge.

Genug jetzt der politischen Gedanken dieser Art.

Es freut mich, dass Du mit dem verehrten Künstler Willi Sitte Verbindung hältst. Er schreibt mir regelmäßig und lässt mich in Gedanken auch an seinem künstlerischen Schaffen teilnehmen. Ich habe große Achtung vor diesem Menschen und bin ihm sehr dankbar, dass er mit mir gerade auch unter diesen Bedingungen den Kontakt über viele Monate aufrecht erhalten hat.

Lieber Dieter, ich glaube, dass meine Phantasie dazu ausreicht, um mir vorzustellen, dass das Leben für Dich persönlich, für Deine Familie nicht einfach, zuweilen sehr schwer ist. Es bedarf sicher beachtlicher Kräfte, um mit den vielen Tücken des Alltags einigermaßen fertig zu werden. Wir müssen versuchen, so schwer es auch zuweilen ist, versuchen, den Kopf oben zu behalten, Charakter und Haltung bewahren.

So wünsche ich Dir, Deiner Kampfgefährtin viel Gutes, vor allem eine dem Alter angemessene, zufriedenstellende Gesundheit.

Auf Wiederhören, in Verbundenheit,

Dein

Heinz Keßler

29. August 1993

Lieber Dieter!

Du kannst Dir bestimmt vorstellen, in welcher Verfassung und Stimmung die Zeilen an Dich, einen Guten, Verständnisvollen und in gesellschaftlichen Grundfragen Gleichgesinnten von mir geschrieben werden.

Immer dankbarer bis ich Dir, meiner lieben Frau und vielen anderen für die am 10. 8. übermittelten solidarischen Grüße, guten Wünsche und der von mir geteilten Meinung über all das, was den Bürgern der ehemaligen DDR, zu denen ich gehöre, gegenwärtig widerfährt.

Es ist unübersehbar: bestimmte Kräfte in diesem Lande wollen jede positive Seite der DDR, jede angenehme Erinnerung von den Blättern der Geschichtsbücher streichen, aus dem Bewusstsein der Menschen, vor allem der jüngeren Generation verdrängen. Je besser dieses gelingt, je mehr man diesen in der UNO einst vertretenen Staat verunglimpft, seine Menschen, Funktionäre verteufelt, um sie weniger, so glauben jedenfalls bestimmte Leute, braucht man über all das reden, was gegenwärtig zum Nachteil für unser Land und seine Menschen geschieht. Auch darüber ist zu Recht in Deinem liebenswerten Brief die Rede.

In dieser Art des Umgangs mit der Vergangenheit, ausgefüllt mit der Wahrheit widersprechenden Verdrehungen, konstruierten Unterstellungen waren die Darlegungen des Vertreters der Anklagebehörde mit den ungeheuerlichen Schlussfolgerungen für die betroffenen zu Unrecht angeklagten Antifaschisten. Sie wurden in der Pose eines zeitweiligen Siegers, keinen Widerspruch duldend, vorgetragen.

Ziel war und ist meines Erachtens auch, Angst zu verbreiten, jeden und jede abzuschrecken, niemals wieder über Alternativen zum Bestehenden nachzudenken, geschweige denn Schritte auf politischem Weg der Realisierung zu gehen. Direkt und indirekt wurde auch ausgeführt, was man demnächst mit anderen Bürgern der nicht mehr existierenden DDR beabsichtigt zu tun.

Es war nicht einfach, es war sehr schwer, mit der für die Gefangenen gebotenen Selbstbeherrschung das alles über sich ergehen zu lassen. Alles dies von mir festgestellte werden die an diesem Tag im Gerichtssaal anwesenden Menschen bestätigen.

Für uns, die unmittelbar Betroffenen, ist dies, wie sich jeder denken kann, erschütternd, unerträglich, wenn es nach den Vorstellungen der Anklagebehörde geht, ist das für immer die Isolierung von jeglichem gesellschaftlichen Leben, bei unseren Alten das biologische Ende des Lebens im Gefängnis. Das kann auch Verzweiflung hervorrufen.

Es stellt sich für mich die Frage: Was soll werden, wie soll man sich als Antifaschist angesichts dieser uns zu Unrecht aufgebürdeten Last verhalten? Vieles geht einem Tag und Nacht in der Zelle durch den Kopf. Man sucht nach Begebenheiten in der Geschichte. Dennoch, wie haben sich Menschen, die uns immer viel bedeuteten, im schwersten Augenblick ihres Lebens verhalten. Es sind viele bewundernswerte Frauen und Männer allen Alters allein aus den Reihen der Arbeiterbewegung, die unbeugsam blieben. Um es unumwunden zu sagen, wie bitter und unerträglich es auch werden könnte, ich war und bleibe, so lange mir die Möglichkeit zu leben bleibt, Antifaschist. Gründe gibt es für mich, basierend auf den vielfältigen vergangenen und gegenwärtigen Erfahrungen meinerseits und meines Vaters, dessen Sohn ich immer bleibe, genug.

Ich will versuchen, die Fahne des politischen Kampfes für die Interessen der Werktätigen nicht aus den Augen gleiten zu lassen. Das ist leichter gesagt oder geschrieben, als jeden Tag unter diesen Bedingungen gelebt.

Die Überlegung, werden die immer mehr gewordenen Menschen, die Dir in solidarischer Verbundenheit bisher zur Seite stehen, an Deiner Seite bleiben, spielt bei mir eine Rolle. Gerade jetzt und heute ist das für uns die wichtigste Stütze. Ich kann nur hoffen. Dass meine Überzeugung, dass die solidarische Unterstützung so bleiben wird, ja noch anwachsen wird, erfüllt wird.

Was werden jene Menschen in- und außerhalb unseres Landes tun, wie werden sie sich angesichts der Ungeheuerlichkeit verhalten, die bisher glaubten, schweigen zu müssen. Wie wollen sie, die uns gestern noch als ihre Genossen und Kampfgefährten bezeichneten, vor der Geschichte bestehen, wenn sie weiterhin schweigen? Wir das Nur-an sich-Denken die Oberhand behalten, oder werden sie sich eines Besseren besinnen, ihrer politischen Verantwortung, ihrer menschlichen Pflicht nachkommen?

Ich kann das nicht beantworten. Auch Du, lieber Dieter, hast das Verhalten solcher Menschen zu Recht mit Bitternis, Enttäuschung erwähnt und verurteilt.

Wenn es möglich wäre, eine breite Öffentlichkeit hier und außerhalb unseres Landes über die wirklichen Zusammenhänge, Absichten, über die Biographien der Betroffenen aufzuklären, könnte man den vorgesehenen Absichten in den Arm fallen.

Wenn alles dies, was ich in Erregung schreibe, Deinen Auffassungen entspricht, so sage es jedem, erzähle es, wo immer sich die Möglichkeit ergibt. Unsere eigenen Möglichkeiten sind begrenzt.

Lieber Dieter, ich bitte Dich um Verständnis darum, dass diese Zeilen im Wesentlichen über meine Lage, mein Befinden, meine Gefühle berichten. Ich weiß, dass ich Dir uns Deiner Familie zu all dem Kummer, der Euch bedrückt, zusätzlichen hinzufüge. Nach meiner Ansicht, die sich mit der Deinigen deckt, geht es um weit mehr als um einzelne, sich in schwieriger Lage befindliche Antifaschisten.

In Erwartung Deines Verständnisses, Deiner weiteren Solidarität grüße ich Dich, Deine liebe Frau und andere Menschen, die uns verstehen.

Bleib aufrichtig, mutig, gesund.

Alles Gute!

Euer Heinz Keßler

Brief von Dieter Itzerott an Heinz Keßler

19. Dezember 1993

Lieber Heinz,

mit Gefühlen tiefer Freude darüber, dass Du in Freiheit bist, schreibe ich Dir diese Zeilen. Das Urteil ist gefällt, es war nicht anders zu erwarten. Es hat keinen Sinn, sich Illusionen über diesen „Rechtsstaat“ zu machen. Sie enden letztlich immer im Zorn über seine üble Praxis des politischen Totschlags gegen die DDR und ihre Funktionäre. Aber es bleibt die Hoffnung und der Wunsch, dass Du nicht noch einmal ins Gefängnis musst, obwohl es zu befürchten ist. Bonn wird die Politik des endgültigen politischen Totschlags und der Kriminalisierung gegen uns fortsetzen. Leider gelingt es ihnen, massivere Proteste zu verhindern. Anpassungsdruck und Angst vor sozialen Folgen und politischer Ausgrenzung tun ihr Werk.

Trotzdem sind viele, auch hier in Torgau, an Eurer Seite!

Überhaupt geht zwar langsam aber unaufhaltbar unter den Menschen ein Stimmungsumschwung vor sich. Die sogenannte „DDR-Nostalgie“ grassiert.

Es ist eben auf die Dauer nicht möglich, den Menschen ein Urteil über ihre Vergangenheit aufzuzwingen, das nicht ihren Erfahrungen entspricht. Und so konfus und eingeschüchtert die links Stehenden zur Zeit auch sind, eine Idee, eine Bewegung, die fast ein ganzes Jahrhundert weitgehend mitbestimmte, kann man nicht einfach aus der Geschichte streichen.

Sie wirkt auch in die Zukunft. Es braucht alles seine Zeit. Die Geschichte wird ihr Werk tun. Aber es wird ein schwerer Weg. Wenn ich mich hier im Kreis umsehe, dann ist es nur ein Häuflein von meist älteren Menschen, die bereit sind, sich politisch zu engagieren.

Die PDS wird bei den Kommunalwahlen zwar mehr Stimmen bekommen, aber in einer Vielzahl von Gemeinden nicht in der Lage sein, ihre Mandate zu besetzen.

Das geht aber nicht nur ihr so. Diese „Demokratie“ stößt auf um sich greifendes Desinteresse. Sie verliert zunehmend ihren Rückhalt im Volk. Die Menschen haben kein Vertrauen in die Politik. Sie haben kaum noch Achtung vor den Politikern. Sie verachten die Bürokratie und die maßlose Korruption.

Ihre Hauptsorge ist, sozial nicht abzustürzen. Es wird interessant, wie sich das alles weiterentwickelt und welche politischen Kräfte Nutzen daraus ziehen werden.

Ich befürchte, die PDS, in dem Zustand wie sie gegenwärtig ist, wird es nicht sein. Obendrein wird sie in den nächsten Monaten einer verschärften Diffamierungskampagne ausgesetzt sein. So ergibt sich, dass in einer Situation fast dramatischer Erosion der Macht keine Alternativkraft vorhanden ist.

Aber das ist nur meine Sicht aus dem verkürzten Blickwinkel der Provinz.

Es ist für uns nicht leicht.

Dieter

30. Dezember 1993

Lieber Dieter!

Wann immer Du diese Zeilen in Deinen Händen hältst, Du sollst wissen, dass es ein wunderbares Gefühl ist, von Zeit zu Zeit von Freunden und Genossen ein Lebenszeichen zu bekommen, in dem Verbundenheit, Solidarität, gemeinsames Anliegen, gemeinsamer Kummer und Sorge zum Ausdruck kommt. In diesem Sinne danke ich Dir und Deiner Familie für Deinen Brief vom 20. 12., die guten Wünsche und die zum Ausdruck gekommene Hoffnung für Besseres im Jahr 1994.

Wir, Ruth und ich, wünschen Dir, Deinen Kampfgefährten, Deiner Familie, Deinen Freunden für das beginnende neue Kalenderjahr vor allem Gesundheit und genügend moralische und körperliche Kräfte, um mit den vielfältigen, sehr schweren zukünftigen Anforderungen zurecht zu kommen.

Deine knappe, aber im Wesentlichen zutreffende Charakterisierung der gesellschaftlichen Situation mit den entsprechenden politische, ökonomischen und sozialen Auswirkungen und dem unterschiedlichen Verhalten der Menschen entspricht auch meinen wenigen Erfahrungen, die ich seit Beginn der Haftverschonung bei den unterschiedlichsten Gelegenheiten sammeln konnte.

So ist es richtig, wenn man feststellt, dass bei einem beträchtlichen Teil der Werktätigen eine Ernüchterung eingetreten ist. Sie beginnen Vergleiche zu ziehen zwischen dem, was sie hatten und dem, was ihnen jetzt tagtäglich entgentritt. Deswegen ja auch die gehässigen Angriffe gegen die so genannte „DDR-Nostalgie“, an denen sich bedauerlicher Weise auch der eine oder andere Funktionär der PDS beteiligt.

Es muss aber auch darauf verwiesen werden, dass eine politische, wirtschaftliche, soziale Differenzierung vor sich geht, ich meine, bewusst herbeigeführt und von den konservativen Verfechtern der Marktwirtschaft gefördert und genutzt wird. Man kann auch sagen, der Drang am Teilhaben, was da glitzert und glänzt, hat dabei eine wichtige Funktion. Diejenigen, die noch Arbeit haben, auch differenziert betrachtet, versuchen sich von den vielen, die immer mehr an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden, zurückzuhalten. Teile und herrsche wird aller Orts praktiziert.

Hier, in dieser Erscheinung, wächst das Potential der Rechten gegen die Kräfte des so genannten linken Spektrums. Nationalismus in all seinen Spielarten kann sich, wenn man nicht auf der Hut ist, systematisch verbreiten. So versammelt man sich dann, wie bei den Stichwahlen in Brandenburg¹¹, koste es, was es wolle, gegen links. Andererseits betrachte ich das Ergebnis der Wahlen in Brandenburg als Ausdruck dessen, was Du zu Recht als eine – wenn auch langsame – Veränderung des Bewusstseins vieler Werktätiger bezeichnest. Vor allem derer, die mit voller Wucht von den frontalen Auswirkungen der „Marktwirtschaft“ getroffen wurden und weiter in wachsender Zahl getroffen werden.

In den letzten Tagen konnten die Menschen zur Kenntnis nehmen, dass der Sozialabbau, d.h. die Zerschlagung der Sozialsysteme rigoros fortgesetzt werden soll. Um für alle möglichen politischen, sozialen Entwicklungen gewappnet zu sein, hat man ins Auge gefasst, die „Bundeswehr“ für innere Einsätze vorzubereiten. Natürlich fügt man hinzu, müssen dafür die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden.

Wer sich in der Geschichte unseres Volkes auskennt, kann sich vorstellen, wo möglicher Weise die Reise hingehen kann. Es versteht sich von selbst: Menschen, die sich zum Antifaschismus bekennen, die versuchen, die Zusammenhänge, die politischen, ökonomischen Wurzeln bloß zu legen, kann man dabei nicht gebrauchen. Die muss man auf diese oder jene Weise isolieren, verleumden, diffamieren und schließlich kriminalisieren. Dieses Zusammenhänge muss man sich bewusst sein, müssen sich alle klar sein, die sich gegen eine Entwicklung, wie sie der Profitwirtschaft eigen ist, stemmen.

Mir scheint, dass jeder an seinem Platz mit seinen Möglichkeiten, und seien sie auch noch so bescheiden, mithelfen muss, ein breites Bündnis für die jeweils notwendige, einleuchtende Forderung vieler Betroffener zu erreichen. Voraussetzung dafür ist auch, dass Sachen, Zusammenhänge geduldig und beharrlich dargestellt werden.

So scheint mir, dass die PDS vielerorts an der Basis die Klammer, der Wegbereiter solcher Aktivitäten sein kann. Das schließt nicht aus, dass andere

¹¹ Gemeint sind die Stichwahlen der Bürgermeister und Oberbürgermeister am 19. Dezember 1993 in Brandenburg.

Kräfte, Gewerkschaften, Interessenverbände unterstützt von allen linken Kräften unentwegt für die Interessen der betroffenen Menschen eintreten.

Ein größeres Problem, scheint mir, ist die junge Generation. Politisch gesehen, vom Standpunkt ihrer wirklichen Interessen, ist sie gegenwärtig ohne Orientierung. Warum kann es nicht ein zeitgemäßes Programm der jungen Generation geben? Dazu müssten alle politischen Kräfte Stellung nehmen. Es würde sich zeigen, wer politikverdrossen ist.

Vielleicht wirst Du nun denken: der Heinz hat Sorgen...

Diese wenigen, völlig unvollständigen Gedanken erheben überhaupt keinen Anspruch, der Weisheit letzter Schluss zu sein. Ich wollte Dir einfach zeigen, welche Gedanken mir durch den Kopf gehen. Ich glaube mir auch darüber im Klaren zu sein, wie schwer das alles ist.

Auch meine persönliche Lage ist noch lange nicht so, dass ich nicht voller Sorge wäre.

Solidarität ist dringender denn je geboten. Wie mit jedem, der gegenwärtig oder in Zukunft wegen seiner antifaschistischen Haltung verfolgt wird.

Nochmals, ich wünsche Dir und Deiner Familie auch im Namen meiner Kampfgefährtin Ruth alles Gute.

Herzlich,

Heinz

Brief von Dieter Itzerott an Heinz Keßler

25. Februar 1994

Lieber Heinz,

gerade habe ich einen Brief an Willi Sitte, in dem ich ihm zum 74. Geburtstag gratulierte, beendet, da will ich an der Maschine bleiben, um Dir auf Deinen letzten Brief zu antworten.

Dein Brief war für mich in vieler Hinsicht interessant. Du denkst schon wieder drängend nach vorn. Du setzt dich, wie man es von Dir als erfahrenem Antifaschisten gewohnt ist, mit der politischen Realität in diesem Lande auseinander. Es lässt Menschen wie uns eben nicht los, das „verdammte Politische“.

Ich glaube, Menschen, für die Treue zur Überzeugung zu den Grundwerten des Charakters gehört, können wohl gar nicht anders. Die Zeit, die sich wandelt und so skandalös in ihr Gegenteil verkehrt, lässt einem verantwortungsbewussten Menschen gar keine andere Wahl.

Vielleicht ist unsere Generation verschlissen und kann Entscheidendes nicht mehr bewirken. Aber aus ihrer reichen und bitteren Erfahrung kann, ja muss doch Wichtiges für künftige Kämpfe abgeleitet werden.

Wer sich ihr gegenüber abwertend verhält, wie das leider durch einige zentrale Funktionäre der PDS geschieht, macht einen großen Fehler. Das betrifft auch, wie Du richtig festgestellt hast, die sogenannte DDR-Nostalgie. Sie ist nämlich nichts anderes als das Bewusstwerden der wirklichen, realen Erfahrungen der Menschen mit dem so undifferenziert verteuflten „Realsozialismus“. Das ist auch gar nicht zu verhindern und wirkt objektiv in die Zukunft.

Die Tatsache, dass der „Sieg“ im Kalten Krieg die Sieger in eine tiefe ökonomische, politische und geistige Krise gestürzt hat, ist doch kaum noch zu vertuschen. Der Sieg verdeckt der Politikerkaste den Abgrund, auf den das System zusteuert. Allmählich beginnt es bei ihnen zu dämmern, dass etwas ins Rutschen gekommen ist.

Vielleicht geht es mal ganz schnell und eine tiefere Erschütterung reißt einmal alles mit sich. Ich habe keine Illusionen, aber die Geschichte war schon für manche Überraschung gut. Wir haben es ja selber bitter erfahren müssen.

Die Massen sind zurzeit noch unfähig zu erkennen, dass man sie täuscht und manipuliert. Der deutsche Konsum-Michel dominiert noch. Der Antikommunismus vernebelt nachhaltig sein Gehirn. Noch ist es so wie K. Tucholsky einmal schrieb: „Sie nehmen alles hin, wenn man sie nur verdienen lässt.“

Aber wie lange hält der sogenannte „Sozialstaat“ noch?

Das Schlimmste ist, dass es keine Kraft zurzeit gibt, die die Lage gründlich marxistisch analysiert, klare Konzepte und Wege formuliert und fähig ist, den subjektiven Faktor zu mobilisieren.

Ob es die PDS sein wird, vermag ich nicht zu beantworten. Wenn ich ihr „Manifest“ nehme, dann kommen mir gewisse Zweifel. Ich kann eben nicht an das „verantwortungsbewusste Unternehmertum“ glauben und ein „New Deal“ wird kaum etwas grundsätzlich ändern. Sicher, es wird viel Richtiges gesagt, aber es unterscheidet sich zu viel kaum noch von den Positionen der Sozialdemokratie. Nicht Überwindung des kapitalistischen Systems, sondern es ein bisschen ummodellieren! Das aber bleibt unter den Erfordernissen an der Schwelle des kommenden Jahrhunderts.

Entschuldige, wenn das vielleicht alles ein bisschen hochgestochen klingt angesichts der realen, miserablen Situation, aber ich musste das einfach mal loswerden. Wo anders als bei Menschen wie Dir kann man dazu Rat finden?

Natürlich tue ich alles, was ich kann, um die PDS hier vor Ort zu unterstützen. Ich habe dem Vorstand geholfen sein Programm für den Wahlkampf zu formulieren. Sie haben die Hilfe dankbar angenommen.

Die PDS hat in Torgau die einzige, gut besuchte Veranstaltung zum Auftakt des Wahlkampfes zu Stande gebracht. Der Saal war brechend voll. Die anderen Parteien hatten keinen Zulauf und saßen vor leeren Sälen. Sicher kein Grund zu falscher Euphorie, aber ein interessantes Indiz. Hier in Sachsen wird sicher die CDU vorn liegen, aber mit der absoluten Mehrheit wird es vorbei sein. Daran kann auch kein K. Biedenkopf mit seinem falschen Image des CDU-Querdenkers etwas ändern.

Heinz, im ND habe ich die Ankündigung eines Buches von Th. Hoffmann gelesen. Was ist das für ein Mann, wie siehst Du seine Rolle in und nach der sogenannten „Wende“? (Das Wort ist mir noch suspekter geworden, nachdem ich gelesen habe, dass es ein von den Nazis besonders stark strapaziertes Wort ist.)

Für richtig halte ich Deine Meinung, dass es dringend notwendig wäre, sich mit einem speziellen Programm über Grundrechte an die junge Generation zu wenden. Nur wenn es gelingt, sie zu erreichen und ihr eine Orientierung zu geben, hat eine alternative Politik künftig Erfolgsaussichten. Und sind, bei

aller Kompliziertheit, die Aussichten heute nicht doch viel besser als nach 1945 mit der faschistisch geprägten Jugend?

Aber hier tut sich die PDS, genau wie mit den Künstlern aus der DDR, leider schwer.

So, nun habe ich Dich genug mit meinen vielleicht etwas utopisch anmutenden Gedanken strapaziert.

Heinz, ich und bekannter Weise auch meine Frau grüßen Dich und Deine liebe Gattin sehr herzlich und ich verbleibe als

Dein Dieter Itzerott

17. Juli 1994

Lieber Dieter,

wenn es diesmal auch etwas länger gedauert hat, dass ich Dir schreibe, aber vergessen habe ich Dich nicht.

Wie könnte ich! Einem Freund, Gleichgesinnten, auch in schwerer Zeit, bleibt man, bleibe ich verbunden.

Jüngst, im Zusammenhang mit den Gedenkveranstaltungen zu Ehren Erich Honeckers, besuchte mich Edith Brand.¹² Ihr erzählte ich, dass wir von Zeit zu Zeit unsere Gedanken austauschen. Sie war darüber sehr erfreut.

Mit Erich haben wir Antifaschisten einen aufrichtigen, standhaften Kommunisten verloren.

Die Gedenkveranstaltungen in Berlin, in der Thälmann-Gedenkstätte, an deren Vorbereitung ich mich im Umfang meiner Möglichkeiten beteiligt habe, waren würdig und ein Bekenntnis zur antifaschistischen Sache. Es war auch

¹² Edith Brand ist in der FDJ großgeworden, bekleidete dann das Amt einer ersten Kreissekretärin der SED im Bezirk Halle, bis sie Bezirkssekretärin der Partei im Bezirk Halle wurde. Sie gehörte zum engen Kreis um Erich Honecker.

eine Möglichkeit der Begegnung vieler Menschen, die sich durch vielerlei Bande verbunden fühlen.

Das in jüngster Zeit angebotene Buch „Moabiter Notizen“¹³ habe ich inzwischen gelesen. Es lohnt sich, dass man sich damit vertraut macht. Auch die zu dem Buch gehörende Dokumentation ist sehr aufschlussreich. Das heißt nicht, dass man keine kritischen Überlegungen anstellen sollte. Wie ja, wie wir wissen, wir Antifaschisten, Kommunisten immer bemüht sein sollten, unser Handeln auch kritisch zu sehen, nicht aber prinzipienlos, untertänig, schon gar nicht verräterisch, wie man dies heute auch leider erleben muss.

Deine Frage, wie ich das Buch¹⁴ von dem ehemaligen Admiral Hoffmann¹⁵ werte, kann ich Dir nicht erschöpfend beantworten. Ich habe es nicht gelesen, deswegen, weil sein Verhalten für mein Verständnis nicht immer eines Antifaschisten würdig war. Das schließt nicht aus, dass auch er unter dem Druck der Ereignisse zu verstehen beginnt, was eigentlich geschehen ist.

Die Ereignisse der letzten Monate sind vielfältig. Der Kurs der reaktionären, leider dominierenden Kräfte wird immer deutlicher, auch für manchen, der dies bisher nicht sehen konnte oder wollte.

Ständiger Sozialabbau ist erklärte Linie und Politik. Steigende, immer aggressiver vorgetragene und im Einsatz begriffene Großmachtsansprüche des deutschen Imperialismus werden sichtbarer. Die jüngsten Entscheidungen über die Militarisierung der Außenpolitik, die verhängnisvolle Freiheit für militärisches Handeln nach außen und nach innen der in unserem Land

¹³ Erich Honecker: „Moabiter Notizen“, Berlin 1994

¹⁴ Theodor Hoffmann: „Das letzte Kommando – Ein Minister erinnert sich“, Herford 1994

¹⁵ Theodor Hoffmann bekleidete verschiedene Führungsfunktionen in der Volksmarine der DDR, wurde 1985 Stellvertretender Chef der Volksmarine, 1987 dann Chef derselben. Vom 18. November 1989 bis zum 23. April war er als Nachfolger Heinz Keßlers Minister für Nationale Verteidigung und hatte danach bis zum Vorruhestand das Amt des Chefs der NVA inne – unter dem Minister „für Abrüstung und Verteidigung“ Rainer Eppelmann. (Zu Eppelmann siehe Fußnote 31)

Herrschenden steht auf der Tagesordnung. Die Beseitigung der letzten Elemente der Ergebnisse der Niederlage des deutschen Imperialismus im Zweiten Weltkrieg wird mit Hilfe kurzsichtiger Politiker anderer Staaten realisiert – ganz so, als hätte es keine Geschichte gegeben. Das alles wird begleitet mit einer entstellenden, so genannten „Aufarbeitung“ der Geschichte.

Auch unter diesen Aspekten muss man die zügellose Hetze gegen alles Fortschrittliche, Humanistische, gegen links, gegen die PDS, DKP verstehen. Angst, Zaghaftigkeit will man den Menschen einjagen.

Umso mehr kommt es darauf an, die in diesem Jahr noch stattfindenden Wahlen mit guten Ergebnissen für die linken Kräfte abzuschließen. Außerparlamentarische Aktivitäten unterschiedlicher Art müssen eine ständige Maxime sein.

Das ist, wie wir miteinander wissen, alles sehr schwer, sehr schwierig. Aber einen anderen Weg gibt es nicht, wenn wir nicht wollen, dass es weiter bergab oder ganz in die Katastrophe geht.

Wie Du vielleicht der Presse entnommen hast, findet am 19. 7., 9.00 Uhr, die Hauptverhandlung in unserem Revisionsverfahren statt. Wir wissen bis zu diesem Zeitpunkt, da ich diese Zeilen schreibe, nicht, wie es ausgehen wird. Es ist alles möglich. So, dass Du Dir vorstellen kannst, wie uns zumute ist.

Wir werden, das versichere ich Dir uns allen Freunden, Antifaschisten bleiben. Wir bauen auch hierfür auf die vielfältige, nicht zu überhörende Solidarität aller Antifaschisten, vieler Menschen.

Lieber Dieter, Ruth und ich wünschen Dir, Deiner lieben Frau und allen Freunden alles Gute!

Wir lassen wieder von uns hören.

Ruth und Heinz

19. September 1994

Lieber Dieter!

Nach längerer Zeit ein Lebenszeichen im wahrsten Sinne des Wortes.

Dank wollen wir Dir und Deiner lieben Frau für die solidarischen Worte im Zusammenhang mit dem verwerflichen, durch nichts gerechtfertigten Urteil vom Bundesgerichtshof sagen. Deiner Bewertung dieses politisch motivierten Schandurteils ist nichts hinzuzufügen.

Wie ist der Stand der Dinge? Das Urteil hat Rechtskraft. So dass wir auf Abruf warten, keine, wie Du Dir vorstellen kannst, angenehme Situation.

Unsere Verfassungsbeschwerde ist fertig und dem Bundesverfassungsgericht übergeben worden, dies hat aber keine aufschiebende Wirkung. Wir mussten das aber aus prinzipiellen politischen und auch historischen Gründen machen, wie wir überhaupt im Bunde mit vielen Gleichgesinnten nicht aufhören werden, für die antifaschistische Sache zu kämpfen, wo immer auch unser Platz in dieser Gesellschaft sein wird.

Hier und da wird mir empfohlen, mich nicht so sehr antifaschistisch zu betätigen. Das ging und geht nicht mit mir. Die Gründe brauche ich Euch nicht zu erklären. Die Gedenkveranstaltung zu Ehren Ernst Thälmanns, der Tag gegen Rassismus und Faschismus, um zwei Beispiele von einigen zu nennen, sahen mich und meine Frau mit und unter Gleichgesinnten vor Ort. Wie ich auch mit meinen bescheidenen Möglichkeiten mithilfe, dass die PDS-Linke am 16. Oktober¹⁶ ihr Ziel erreicht. Brandenburg und Sachsen¹⁷ sind sicher kein Anlass, in Selbstzufriedenheit zu schwelgen, aber doch ein bescheidener Erfolg.

Ich bin mir auch darüber im Klaren, dass die – wenn auch schmerzliche – Klärung der PDS noch bevorsteht. Selbstverständlich immer mit dem Ziel im Auge, linke Kräfte auf prinzipieller Basis zu bündeln und zu kräftigen gegen rechts und Neofaschismus. Ein langer, beschwerlicher Weg. Dennoch, er

¹⁶ Der 16. Oktober 1994 war der Termin der Bundestagswahlen.

¹⁷ Am 11. September 1994 hatten in Brandenburg und Sachsen Landtagswahlen stattgefunden.

muss beschriftet werden. Wichtig ist, den zweiten Schritt nicht unbedingt vor dem ersten zu tun.

Noch ein Wort zu einem Gnadengesuch meinerseits. Dies steht für mich vorerst aus prinzipiellen politischen Erwägungen nicht zur Diskussion. Das Gleiche kann ich von Fritz Streletz berichten.

Lieber Dieter, ich schreibe Dir auch in der Hoffnung, dass es Dir, Deiner lieben Frau gesundheitlich einigermaßen gut geht. Und ich schreibe Dir auch in der Gewissheit, dass Ihr trotz aller politischen, sozialen Schikanen gemeinsam mit anderen der antifaschistischen Sache weiter dient.

Grüße bitte alle Freunde und Genossen.

Für Dich und Deine liebe Frau alles Gute!

Ruth und Heinz

9. November 1994

Lieber Dieter,

wie immer bedanke ich mich heute für Deinen liebenswerten Brief, die darin zum Ausdruck gebrachte antifaschistische, solidarische Verbundenheit. Poststempel: 28.10.1994.

Es ist bei all den Bedrängnissen, die uns die in unserem Land Herrschenden und deren Justiz jeden Tag bereiten, wohltuend, auf die moralische, politische Unterstützung von Freunden, Genossinnen und Genossen im In- und Ausland bauen zu können. Es werden erfreulicher Weise mehr.

Ohne falschen Vorstellungen oder gar Illusionen nachzuhängen, beginnen mehr und mehr Menschen zu fühlen und manche zu verstehen, was geschehen ist und was ihnen politisch, ökonomisch und sozial ins Haus steht. Man braucht nur mit etwas Aufmerksamkeit die Verlautbarungen der Vertreter der Unternehmerverbände und die so genannten Koalitionsverhandlungen¹⁸ für die künftige Regierungspolitik zu verfolgen.

¹⁸ Am 16.10.1994 fanden Bundestagswahlen statt. Die CDU/CSU-FDP-Koalition wurde mit knapper Mehrheit im Amt bestätigt.

So gesehen ist das von der PDS erreichte Wahlergebnis¹⁹ zwar kein Grund für übermäßige Genugtuung, aber ein beachtenswertes Ergebnis. Deine Einschätzung der PDS und deren mögliche Entwicklung findet meine Zustimmung.

Es ist eigenartig, besser gesagt eine interessante Taktik der Führung der SPD: Sie versuchen, den Menschen einzureden, nicht die Arbeitslosigkeit, die ständig steigenden sozialen Lasten, die ausweglose Lage der Jugend, der Drang, auch militärisch in aller Welt mitzureden usw. seien die Hauptprobleme.

Nein, die PDS sei die Hauptgefahr für das Wohl und Wehe unseres Volkes. Alle Register, alle Methoden, auch solche, die wir aus finsternen Zeiten kennen, werden gezogen und angewendet. Geschichtsverdrehungen und Verfälschungen sind Ausgangspunkt und Grundlage solchen Vorgehens.

Gerade dies stellt die PDS und alle Linkskräfte als Verfechter der elementaren Interessen der Werktätigen vor eine ernste, vielleicht sogar vor eine Zerreißprobe. Es ist nicht einfach, darauf eine ausgewogene, schlüssige, strategisch und taktisch durchführbare Antwort zu finden. Im Januar 1995 soll ja, wie zu lesen war, der Parteitag der PDS stattfinden.

Eine Schlussfolgerung aus den Wahlen gibt es meines Erachtens unbedingt zu berücksichtigen. Je besser es verstanden wird, die Kräfte der Linken zu bündeln, im oben vorgestellten Sinne, umso größer wird der quantitative Einfluss.

Natürlich reicht das nicht, wenn keine für die Werktätigen verständlichen und ihren Interessen entsprechende Inhalte formuliert werden. Hier muss und kann sich die PDS, die Linke überhaupt, von anderen Kräften klar unterscheiden.

Das heißt nicht, dass es hier und da, wenn auch veränderlich, zu anderen politischen Kräften Berührungspunkte geben kann.

¹⁹ Die PDS erreichte bei der Bundestagswahl am 16.10.1994 4,4 % der Stimmen. Da sie aber in Berlin vier Direktmandate errang, zog sie wegen der so genannten Grundmandatsklausel in Gruppenstärke mit 30 Sitzen in den Bundestag ein, obwohl sie die 5-Prozent-Klausel nicht bewältigte.

Verhängnisvoll wäre es, wenn man den außerparlamentarischen Kämpfen und anderen Tätigkeiten anderer Organisationen wie z.B. Gewerkschaften, Mietervertretungen, Arbeitslosenorganisationen nicht die genügende Aufmerksamkeit widmen würde.

So wichtig eine gute Arbeit in den Parlamenten ist, sie kann nur ein, vielleicht sogar noch nicht einmal das wichtigste Stuhlbein sein.

Bleibt die so heiß umstrittene Frage nach dem strategischen Endziel. Anders ausgedrückt: worin sehen die PDS und andere Linke die Alternative zum Kapitalismus. Aus meiner Sicht und meiner Überzeugung kann das nur der Sozialismus sein.

Im Programm der PDS bekennt man sich zum „demokratischen Sozialismus“, was immer der Einzelne oder einzelne Gruppierungen darunter auch verstehen. Aber man bekennt sich zum Sozialismus. Daran muss man festhalten, sonst verliert man nicht nur das Gesicht, sondern Mitglieder, Wähler, die Perspektive.

Jeder weiß natürlich, dass die Fragestellung: heute Sozialismus unreal und lebensfremd ist. Trotzdem muss die Frage des strategischen Endziels gestellt werden, obwohl das Erreichen aus subjektiven und objektiven Gründen keine Kampfaufgabe der Gegenwart ist in Deutschland, vielleicht auch nicht der absehbaren Zukunft.

Jetzt gilt es, die verfassungsmäßigen Möglichkeiten für die Interessen der Menschen maximal zu nutzen. Mehr noch, die Verfassung, das Grundgesetz gegen jede Aushöhlung zu verteidigen.

Viele, komplizierte Probleme, wie ich es sehe, stehen vor uns.

Soweit einige Gedanken, die den Deinigen hinzugefügt werden. Wir werden sicherlich noch oft, entsprechend den gesellschaftlichen Gegebenheiten, uns dazu äußern.

Auch ich habe mit Willi Sitte Verbindung. Ich kann entsprechend meinen Erfahrungen Deine Hochachtung und Wertschätzung nur teilen.

Wir sind auf der Grundlage der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes noch in relativer Freiheit. Relativ, weil wir uns wöchentlich polizeilich

melden müssen, keinen Personalausweis und keinen Pass haben und ich Berlin und das Land Brandenburg nicht verlassen darf.

Wann das Bundesverfassungsgericht unsere Anträge behandeln und wie entscheiden wird, wissen wir nicht. Illusionen sind meines Erachtens nicht am Platze. Es bleibt die Ungewissheit und der damit verbundene Druck. Damit müssen wir leben.

Es freut mich, lieber Dieter, dass es Dir, Deiner Familie den Umständen entsprechend einigermaßen gut geht.

Ruth und ich wünschen Deiner Familie viel Kraft und Gesundheit.

Grüße bitte alle Freunde, Genossinnen und Genossen.

Ruth und Heinz

22. Februar 1995

Lieber Dieter!

Vielen Dank für Deinen Brief, der sich gründlich mit den uns alle bewegenden Problemen befasst. Eure herzlichen Grüße werden von mir mit der gleichen Herzlichkeit erwidert.

Dass Du die Erregung im Zusammenhang mit der Vorbereitung und Durchführung des Parteitages²⁰ körperlich schwer verkraften kannst, verstehe

²⁰ Vom 27.-29. Januar 1995 fand in Berlin die erste Tagung des 4. Parteitages der PDS statt. Der Parteitag markierte neben einem flammenden Bekenntnis zur parlamentarischen Demokratie einen Meilenstein in der Rechtsentwicklung der PDS durch eine programmatische Absage an die parteiinternen Kritiker des opportunistischen Anpassungskurses der PDS-

ich gut. Obwohl es schade ist, dass die dadurch mögliche Begegnung nicht zustande kam. Aber was nicht war, kann ja noch werden.

Eine Bemerkung zum Parteitag. Im Wesen stimme ich mit Dir überein. Zuerst gab es den grässlichen Versuch mit den 10 Thesen²¹. Man musste aber bald erkennen, dass dieser Versuch, die Partei mit einem Zug auf antisozialistische Positionen zu führen, an der Basis und in Wählerkreisen auf Widerstand stieß. Also suchte man sich einen Ausweg, einen Kompromiss, der es allen Richtungen in der PDS ermöglichte, zuzustimmen und die offene Spaltung zu verhindern. Siehe der ohne Diskussion angenommene 5-Punkte-Plan. Eigenartig, man redet immer über Demokratie, aber hier wurde einfach beschlossen.

Ich sehe die Situation etwa so:

1) Es zeigte sich, dass man von der Basis her Druck machen kann und muss, damit es bestimmten Kräften nicht möglich ist, die wirklich linken, wenn Du so willst kommunistischen Kräfte herausdrücken zu können und sie dann noch für die Spaltung verantwortlich zu machen.

Führung um Gysi, Bisky, Brie, Bartsch und andere. Man sprach danach von einer „geläuterten Partei“.

²¹ Die vom Parteivorstand der PDS Ende 1994 vorgelegten „10 Thesen zum weiteren Weg der PDS“ warben u.a. für einen „neuen Gesellschaftsvertrag“, warfen den antikapitalistischen Anspruch der PDS über Bord, gaben jeglichen Klassenstandpunkt auf und ersetzten diesen durch Klassenharmonie und dienten damit der Systemstabilisierung. Gysi sagte in der Debatte z.B.: „Und wenn die PDS dadurch zu einer sozialdemokratischen Partei würde – na und? Dann hätten wir endlich wieder eine!“ Die Begeisterung über solche Aussprüche hielt sich stark in Grenzen. Die 10 Thesen waren nicht durchsetzbar und wurden dann durch 5 Punkte ersetzt. Auch diese atmeten den Geist des Antikommunismus, waren aber „weicher“ formuliert und enthielten einige Kompromissformeln zwischen dem rechten Flügel, der die Parteiführung stellte (und noch immer stellt) und der an Marx, Engels und Lenin festhalten wollenden und das Ziel des Sozialismus als einer grundsätzlich anderen Gesellschaftsform nicht aufgeben wollenden relativ großen Minderheit.

2) Daher bin ich der Meinung, dass es zweckmäßig war, den Kompromiss anzunehmen, dass also die Genossen der Plattform sich richtig verhalten haben.

3) Selbstverständlich geht die Diskussion, Auseinandersetzung über Charakter, Nahziel, Fernziel der PDS weiter. Ich glaube, dass man die Diskussion besser mitten in der PDS als von außen führen kann. Also meinerseits keine Empfehlung, die Partei zu verlassen.

4) So weit ich das an Hand der Materialien beurteilen kann, ist die DKP die zur Zeit klarste marxistische Kraft, die in ihrer Politik von den Klassenverhältnissen unter Berücksichtigung der Realitäten ausgeht.

5) Es müsste das Bemühen sein, zur Einforderung der konkret zu erfüllenden Bedürfnisse der Werktätigen Aktionseinheiten im notwendigen außerparlamentarischen Kampf zu organisieren. Das ist für mich eine entscheidende Seite des politischen, ökonomischen, sozialen Kampfes.

Ein Wort zu Sahra Wagenknecht, zur Stalinismus-Diskussions-Kampagne. Im Wesen der Sache geht es um eine antikommunistische Kampagne, um eine Verteufelung des Marxismus-Leninismus, des Sozialismus. Die Fakten werden wohlweislich aus ihrem historischen Zusammenhang gerissen und die historische Bedeutung der Oktoberrevolution oder des Sieges des Sozialismus über den Faschismus werden nicht nur ignoriert, sondern verketzert. Siehe die Bewertung des 50. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus durch die PDS-Führung, ja deren Verfälschung der Geschichte überhaupt.

Das ist unter anderem der tiefe Sinn der Verleumdung von Sahra. Ich habe ihr oft erwähntes Buch²² gelesen. Es ist eine gemeine, böswillige Unterstellung, dass sie Dinge verteidigen würde, die nicht zu verteidigen sind. Das Buch ist eine gelungene Analyse der Strategie und Taktik des Imperialismus in den Jahrzehnten nach Beendigung des II. Weltkrieges. Zugleich enthält es wichtige, zwingende Hinweise über das Eindringen des Opportunismus in die kommunistische Bewegung in den sozialistischen Ländern. Über einiges muss

²² Gemeint ist: Sahra Wagenknecht: „Antisozialistische Strategien im Zeitalter der Systemauseinandersetzung. Zwei Taktiken im Kampf gegen die sozialistische Welt.“

man diskutieren und streiten. Aber es ist ein sachlicher, gelungener Versuch einer marxistischen Analyse. Meines Erachtens hat Sahra in Übereinstimmung mit vielen anderen Genossinnen und Genossen richtig geantwortet. Sie lässt sich nicht aus der Partei vertreiben und schon gar nicht daran hindern, marxistisch-leninistische Positionen zu verbreiten, zu verteidigen.

Wie in unserem Briefwechsel schon oft betont: es steht uns ein langer, steiniger Weg bevor. Wir werden uns noch oft austauschen müssen.

Ja, lieber Dieter, die politische Verfolgung, Anklagen, Prozesse gehen weiter. Die reaktionären Kräfte wollen von ihrer These DDR = Unrechtsstaat nicht ablassen. Dazu brauchen sie diese konstruierten Prozesse. Der Innenausschuss des Europaparlaments hat in einem für das Parlament vorzubereitenden Menschenrechtsbeschluss festgestellt, dass die Verfolgung von Bürgern der DDR, die auf der Grundlage der DDR-Verfassung wirkten, ein eklatanter Verstoß gegen das Völkerrecht ist. Jetzt wollen die herrschenden Kräfte natürlich erst recht die Legalität ihres Handelns unter Beweis stellen.

In unserer Sache liegt unsere Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht. Wann sie behandelt und wie entschieden wird, wissen wir nicht. Es ist alles, auch Schlimmes möglich.

Du fragst, was ist zu tun?

1) Immer, wo sich Euch die Möglichkeit ergibt, auf die Unrechtmäßigkeit der Herrschenden, der Justizorgane aufmerksam machen. Jeden Versuch, die Dinge im Stillen abzuhandeln, vereiteln.

2) Überall die politischen, ökonomischen, sozialen Hintergründe dieser politischen Verfolgung zeigen: Ablenkung von den wirklichen, die Menschen bedrückenden Problemen.

3) Es wäre gut, wenn es in allen Städten Solidaritätskomitees gäbe, die im Zusammenwirken mit dem Komitee in Berlin politische, moralische Initiativen entwickeln.

4) Betroffene müssen durch vielfältige Aktivitäten die Solidarität wahrnehmen. Dazu gehört auch, dass Antifaschisten, Sympathisanten die Verhandlungen während des Prozesses besuchen.

5) Leserbriefe zu dieser Thematik an linke Tageszeitungen, Zeitschriften, aber auch an andere und Schreiben an Behörden sind hilfreich.

In den letzten Wochen und Monaten wurde von unterschiedlichen politischen Kräften eine Diskussion über eine mögliche Amnestie entwickelt. Was ist dazu zu sagen? Wenn es eine solche gäbe, würden vielleicht manche von Verfolgung oder Verurteilung verschont. Was ist aber der Zweck der Übung? Man will die linken Kräfte dezimieren, zersetzen. Man will in so genannte „Kleine“ und „Große“ unterteilen. „Teile und herrsche“. Prinzipiell kann man nur dann jemanden amnestieren, wenn er oder sie schuldig ist. Also, die These vom „Unrechtsstaat DDR“ soll um jeden Preis aufrecht erhalten bleiben. Dem kann ich nicht zustimmen, man kann einer Amnestie in diesem Sinne nicht zustimmen.

Am 26. Januar 1995 beging ich meinen 75. Geburtstag. Das ist deswegen und nur deswegen erwähnenswert, weil es für mich ein Tag war, an dem viele Menschen, auch solche, die sich bisher zurückhielten, ihre antifaschistische Solidarität bekundeten.

Neben den vielen Euch bewegenden und auch bedrückenden Problemen müsst Ihr nun auch noch umziehen. Wir wünschen Euch dazu, wie man so sagt, „Hals- und Beinbruch“.

Lieber Dieter, dieser Brief ist der bescheidene, sicherlich unvollständige Versuch, auf einige von Dir gestellte Fragen einzugehen. Wir werden und müssen, wie bereits betont, weiter im Gespräch bleiben.

Aus gesundheitlichen Gründen wurde mir dringend empfohlen, zur Kur zu gehen. Das ist uns mit vielen Mühen gelungen. Vom 28.2. – 21.3. werde ich mit Ruth diese Möglichkeit wahrnehmen.

Ich bitte Dich auch diesmal, alle Freunde herzlich zu grüßen.

Dir, lieber Dieter, Deiner Frau wünschen wir alles Gute, zufriedenstellende Gesundheit und schnelles Eingewöhnen in Euer neues Heim.

Deine, Eure Freunde

Ruth und Heinz

27. Mai 1995

Lieber Dieter,

Deine Meinungsäußerung im ND, die ich für richtig und notwendig halte, erinnerte mich mit Nachdruck daran, dass ich Dir einige Zeilen in Beantwortung Deines aufmerksamen Briefes vom 24. April schuldig bin.

Vielleicht erinnerst Du Dich, dass ich immer darauf aufmerksam machte, dass die Diskussion über den künftigen Kurs der Linken im allgemeinen und der PDS im besonderen unausbleiblich ist. Dabei geht es nicht um Formalitäten, sondern um prinzipielle Inhalte. Natürlich darf bei dieser Diskussion der politische Kampf, die außerparlamentarische Aktion für die elementaren Interessen der Werktätigen auf keinen Fall auf der Strecke bleiben. Beides bildet eine dialektische Einheit. Genau dies meinten nach meinem Verständnis die Persönlichkeiten, die sich Sorgen machen²³. Du hast so Recht, wenn Du einforderst, dass die Basisorganisationen einbezogen werden müssen. Nochmals: die Diskussion muss aus eben genannten Gründen geführt werden, sie findet ohnehin statt.

Du hast Recht, die Reaktion hat auch die Tage des 50. Jahrestages der Befreiung vom Hitlerfaschismus genutzt, um die Geschichtsfälschung fortzusetzen, zu vertiefen. Dies ist in meinen Augen eine neue Tragödie, die schlimme Folgen haben kann. Um so höher muss man die Anstrengungen der Antifaschisten, der fortschrittlichen Kräfte bewerten, die diesen Tagen einen richtigen, wahren Sinn geben. Leuchtendes Beispiel: Emil Carlebach.

Einer Einladung folgend war ich in diesem Maitagen im Ruhrgebiet, u.a. in Essen, Wuppertal. Ich konnte auf zwei größeren Veranstaltungen zu den geschichtlichen Abläufen ab 1933 bis 1945 und über die Zeit danach

²³ Gemeint ist der Aufruf „In großer Sorge“ vom 18. Mai 1995, worin 38 recht namhafte Persönlichkeiten der PDS, Wissenschaftler, Kulturschaffende und Bundestagsabgeordnete Tendenzen in der PDS kritisierten, die zur Aufweichung des Oppositionsverständnisses, zur Verabschiedung vom Klassenkampf und zur Ausklammerung der Eigentumsfrage führen würden (und geführt haben).

sprechen. Für mich war es ein erhebendes Erlebnis. Es gab eine lebendige, auch kritische Diskussion.

Am 7. Mai nahmen wir an der Friedensdemonstration im Zentrum Berlins teil. Zehntausende Menschen waren gekommen. Selten in meinem Leben habe ich so viel bestausgerüstete Polizei, Tränengas, Wasserwerfer, Schlagstöcke, gesehen wie an diesem Tag. Was noch schlimmer ist: sie prügeln brutal und rücksichtslos auf die Demonstranten ein.

Wenn das kein Zeichen oder Ausdruck des Klassenkampfes ist, was dann?

Mit gewisser Genugtuung haben wir das – wenn auch sehr verklausulierte – Urteil des Bundesverfassungsgerichtes in der Sache Markus Wolf angenommen. Es ist auch ein Erfolg antifaschistischer Solidarität.

Dabei dürfen wir nicht übersehen, dass bei allen anderen Angeklagten die politische Verfolgung, die polizeilichen Ermittlungen die Strafprozesse unvermindert fortgesetzt werden.

In diesem Zusammenhang ist es bemerkenswert, dass die Bundestagsfraktion der PDS den Entwurf eines Strafschlussgesetzes, welcher auf dem Kongress verschiedener Organisationen einmütig beschlossen wurde, ich nahm daran selbst teil, nicht akzeptiert hat. Für die vielen Betroffenen mehr als bedauerlich, in manchen Fällen vielleicht sogar verhängnisvoll.

Auch unsere eigene Angelegenheit, die ja die Angelegenheit vieler Menschen werden könnte, muss ja noch vom Bundesverfassungsgericht behandelt und entschieden werden. Eine Prognose ist kaum möglich. Alles, auch das Schlimmste, ist möglich. Der Kampf geht weiter. Die Organisation antifaschistischer Solidarität bleibt aktuelle Aufgabe.

Wir hoffen., dass Ihr den Umzug mit allen Ecken und Ösen schließlich doch bewältigt habt, vor allem, dass Ihr Euch einleben konntet und Euch schon ein wenig heimisch fühlt.

Über die Schandmieten, die Mietenpolitik, die zum Himmel stinkt, nicht wenige Familien in den Abgrund treiben könnte, brauchen wir uns nicht lange unterhalten. Es muss die Frage erlaubt sein. Ist das kein Klassenkampf? Wer kann da auf die Idee kommen, uns einreden zu wollen, es handele sich in der Demokratie um eine abstrakte Kosten-Nutzen-Rechnung.

Frage: Auf wessen Kosten? Wer gewinnt, wer verliert dabei? Man muss nur an den Deutsche-Bank-Baulöwen Schneider erinnern.

Doch, lieber Dieter, sind wir der Hoffnung, dass es Euch trotz aller widrigen Umstände zufriedenstellend geht und Ihr Euren Willen der menschlichen und politischen Behauptung niemals aufgibt. Deine Meinungsäußerung im ND bestätigt das.

Wie sagt man? Wer kämpft kann verlieren. Wer nicht kämpft, hat schon verloren. Ich weiß, wovon ich rede. Das lässt sich leichter schreiben, als es im täglichen Leben immer aufs Neue umzusetzen.

In diesem Sinne versuchen auch wir, uns in das gesellschaftliche Leben einzubringen. Es ist wahrlich nicht einfach, Antifaschist, gar Kommunist zu sein, vor allem zu bleiben.

Bleibt gesund, grüßt alle Freunde!

Herzlich

Ruth und Heinz

23. August 1995

Lieber Dieter,

Dein Brief vom 14. August ist angekommen. Wie immer haben wir uns gefreut und danken herzlich für die lieben Grüße, geäußerten Meinungen und Informationen.

Ich stimme mit Deinen Auffassungen zu aktuellen und prinzipiellen Fragen überein.

Du brauchst Dir keine Gedanken darüber machen, wenn der Abstand des gegenseitigen Gedankenaustausches einmal etwas größer ist. Wir verstehen

sehr gut, wenn Ihr aus den Dir genannten Gründen zeitweilig dem Stadtleben entflieht.

Wie Du sicherlich der Presse oder aus anderen Informationen entnommen hast, begann am 18. August der Prozess gegen die Generäle der Nationalen Volksarmee der DDR, die Mitglieder des Kollegiums des Ministeriums für Verteidigung waren. Ich habe mit vielen anderen Freunden und Genossen teilgenommen. Der berüchtigte Nebenkläger beantragte, mich auszuschließen, da ich möglicher Weise als Zeuge benannt werden könnte. Der vorsitzende Richter lehnte das mit der Begründung ab, so weit sei es noch nicht. Also kann ich weiterhin meine Solidarität durch Anwesenheit im Gerichtssaal bekunden. Im Übrigen der gleiche Ton, in dem wir verurteilt wurden.

Am 19. August tagte das Solidaritätskomitee, um die Aufgaben für die nächsten Monate herauszuarbeiten.

Für den 27. Oktober ist der Beginn des Prozesses gegen leitende Genossen der Grenztruppen der DDR angesetzt. Man kann, glaube ich, davon ausgehen, dass noch in diesem Jahr der Prozess gegen Mitglieder des Politbüros der SED beginnen wird.

Die politische Strafverfolgung geht also weiter.

In diesem Zusammenhang kommt der Unterschriftensammlung für ein Schlussgesetz, also für die Beendigung dieser Verleumdungsfeldzüge, eine große Bedeutung zu. Dieser Gesetzentwurf wurde von verschiedenen Organisationen bearbeitet und der Führung der PDS mit der Bitte, es im Bundestag einzubringen, übergeben.

Gegen den Widerstand einiger führender Leute hat die Bundestagsgruppe mit einigen nachteiligen Veränderungen das Gesetz im Bundestag eingebracht. Erst am 22. August gab es im ND eine kleine, sehr bescheidene Mitteilung. Also muss man mit der Unterschriftensammlung die Sache bekannt machen und die Diskussion entfachen. Der Gesetzentwurf wurde nur in den Funktionsorganen der PDS und in den Mitteilungen der GRH veröffentlicht. Es wäre gut, wenn in den Basisorganisationen der PDS und in anderen gesellschaftlichen Organisationen ein Gedankenaustausch stattfinden würde.

Am 20. August fand in Ziegenhals – Gedenkstätte für Ernst Thälmann – eine eindrucksvolle Gedenkveranstaltung anlässlich des Jahrestages der

Ermordung von Ernst Thälmann statt. Redner: Erich Selbmann²⁴. Mitwirkender u.a.: Peter Minetti²⁵. Keine Zeile im ND.

Heute steht im ND eine Mitteilung über Veränderungen der Redaktion. Wir wissen, es handelt sich nicht um technisch-strukturelle Veränderungen, sondern um politische Säuberungen. Wirklich sozialistische Redakteure sollen damit entfernt bzw. ins zweite Glied gestellt werden. Durch Anfragen. Leserbriefe, könnte man die Aufklärung befördern.

Du siehst, oder besser gesagt, wir sehen, lieber Dieter, der Kampf geht weiter. So lange uns die körperliche Kraft noch einigermaßen gegeben ist, sollten wir uns mit unseren sehr bescheidenen Möglichkeiten beteiligen.

In diesem Sinne grüßen wir Dich, Deine liebe Frau, alle Freunde und Genossen herzlich

Ruth und Heinz

12. November 1995

Lieber Dieter,

recht herzlichen Dank für Deinen Brief vom 30. Oktober und Eure freundschaftlichen Grüße.

²⁴ Erich Selbmann war von 1959 bis 1964 Sekretär für Agitation und Propaganda der SED-Bezirksleitung Berlin, von 1964 bis 1966 war er als Auslandskorrespondent in Moskau, von 1966 bis 1978 war er Chefredakteur der „Aktuellen Kamera“, danach bis zur Konterrevolution stellvertretender Vorsitzender des staatlichen Komitees für Fernsehen und Leiter des Bereichs Dramatische Kunst.

²⁵ Peter Minetti war ein bekannter Schauspieler und Intendant in der DDR. Er war Mitglied des Zentralrats der FDJ, dann Kandidat des Zentralkomitees der SED, Präsident des Verbandes der Theaterschaffenden und Vorsitzender der Gewerkschaft Kunst. Von 1974 bis 1989 leitete er die staatliche Schauspielschule Ernst Busch in Berlin-Schöneweide.

Diese Zeilen schreibe ich am Vortage des Prozessbeginns gegen Egon Krenz und Genossen. Wir haben die Anzeige auch mit Deinem Namen gelesen und uns gefreut. Das ist eine gewichtige Form des Protestes gegen diese Schauprozesse. Ruth und ich werden uns am 13. November früh morgens sicherlich mit vielen anderen vor dem Gerichtsgebäude in solidarischer Verbundenheit versammeln. Persönlich kann ich leider nicht in den Saal gehen, weil man mich als möglichen Zeugen des Saales verweisen kann. Im Prozess gegen die Generäle ist das geschehen.

Gorbatschow hat sich nach vielen Anläufen in der von ihm politisch eigenen Art geäußert. Siehe ND. Dennoch muss man es nutzen. Man wird sehen, der von der Reaktion so verehrte Mann wirklich ernst genommen wird.

Das Streitgespräch im Gebäude des ND hast Du sicherlich gelesen. Es wurde nur ein Ausschnitt dokumentiert. Egon schlägt sich klug und tapfer. Hans macht im Sinne der antifaschistischen Solidarität bemerkenswerte Fortschritte. Dies ist nur zu begrüßen.

Die gemeinsame Erklärung, die die Generäle der Grenztruppen abgegeben haben, dreieinhalb Stunden war sie lang, war politisch, juristisch ausgezeichnet. Das Solidaritätskomitee versucht sie zu drucken. Wenn sie vorliegt, werde ich Dir ein Exemplar schicken.

Der Prozessverlauf bei den Genossen der Grenze und den Kolleginnen geht sehr schleppend voran. Das hat mehrere Gründe. Da ist der labile, teilweise Besorgnis erregende Gesundheitszustand einiger Genossen, z.B. Pesch²⁶, Borufka²⁷, Reinhold²⁸. Auf der anderen Seite scheint es, dass die Gerichte auf

²⁶ Erhard Pesch war ein bekannter Radrennfahrer der DDR.

²⁷ Helmut Borufka kam 1943 bei Stalingrad als Soldat der faschistischen Wehrmacht in sowjetische Kriegsgefangenschaft. Im gleichen Jahr trat er dem Nationalkomitee Freies Deutschland bei. 1949 kam er nach Deutschland zurück und wurde Mitglied der SED. 1955 wurde er Chef der Abteilung Verwaltung und Inspektion der Kasernierten Volkspolizei, 1955-1957 Chef der Ausbildung im Ministerium für Nationale Verteidigung, danach Chef des Stabes im Kommando der Grenzpolizei der DDR, von 1974-1982 war er Hauptinspekteur der NVA.

die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes in der Sache Keßler, Streletz, Albrecht warten.

Wann und mit welchen Entscheidungen gerechnet werden kann, wissen wir noch immer nicht. Ohne es belegen zu können, denke ich, vielleicht noch im Jahr 1995.

Es ist alles möglich, ich erwarte: mehr zum Negativen der Betroffenen.

Das ändert an der Entschlossenheit meinerseits, politisch zu kämpfen, nichts.

Zur Person Brünner²⁹. Es ist schwer schlüssig zu erklären. Nachdem er sich nach der „Wende“ zurückgezogen hatte, ist er im letzten Jahr positiv aktiv. In unserem Prozess ist er als Zeuge vernünftig aufgetreten. Zuweilen nimmt er auch an den anderen laufenden Prozessen teil.

²⁸ Otto Reinhold wurde 1945 Mitglied der KPD, damit 1946 der SED. Er studierte Wirtschaftswissenschaften an der Humboldt-Universität in Berlin. 1950-1953 Redakteur der „Einheit“, ab 1956 in der Leitung des Instituts für Gesellschaftswissenschaften. 1967 wurde er Mitglied des ZK der SED. In den 60er Jahren war er an dem Buch „Imperialismus heute“ (Dietz-Verlag) beteiligt, das eine allmähliche „konstruktive Umgestaltung“ der kapitalistischen Gesellschaft forderte und damit eine Abkehr vom revolutionären Bruch mit dieser darstellte. Ab 1976 bis zur Konterrevolution war er Rektor der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED. 1987 war er Leiter der SED-Delegation, die gemeinsam mit der SPD das Papier „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“ ausarbeitete.

²⁹ Horst Brünner war in den 60er Jahren des vorigen Jahrhunderts Abteilungsleiter in der politischen Hauptverwaltung des Ministeriums für nationale Verteidigung der DDR. Dann wechselte er zu den Grenztruppen. Mitte der 80er Jahre wurde er Mitglied des ZK der SED. Er wurde Stellvertretender Minister für Nationale Verteidigung und Mitglied des Nationalen Verteidigungsrates.

Genosse Brüner war nur dreieinhalb Jahre mein Nachfolger als Chef der PHV³⁰ Mitglied des Kollegiums. Dies könnte eine Erklärung sein. Vernommen wurde er einige Male. Mehr kann ich augenblicklich nicht sagen.

Deine Empörung über die Tatsache, dass Offiziere der NVA in der Bundeswehr dienen, ist mehr als berechtigt.

Man sagt offiziell, dass insgesamt 10.000 Angehörige der NVA übernommen wurden in die Bundeswehr. Meines Wissens sind darunter nur Leutnante, einige Oberleutnante. Das schließt nicht aus, dass Eppelmann³¹ einigen höheren Dienstgraden, darunter Generalen und Admiralen Hoffnung machte, übernommen zu werden.

Dieser oder jener – so bedauerlich das ist – hat daran geglaubt und hätte sicher auch davon Gebrauch gemacht. Namen will ich hier nicht nennen. Erst als diese Personen merkten, dass sie nur zeitweilig benutzt wurden, damit man in Ruhe die Bevölkerung der DDR übertölpeln konnte, änderten sich langsam Sinn und Haltung in die richtige Richtung.

³⁰ PHV = Politische Hauptverwaltung der NVA.

³¹ Reiner Eppelmann war Pfarrer, Anfang der 80er Jahre Teil der DDR-Opposition. 1982 rief er gemeinsam mit Robert Havemann im so genannten „Berliner Appell“ zur „Abrüstung in Ost und West“ auf. 1989 war er Mitglied des „Zentralen Runden Tisches“ und „Minister ohne Geschäftsbereich“ im Kabinett Hans Modrow. Im März 1990 wurde er Vorsitzender des „Demokratischen Aufbruchs“, der aber bei den Wahlen zur Volkskammer der DDR am 18. März 1990 nur 0,9 % der Stimmen erhielt und nur durch die Intervention Helmut Kohls in eine Listenverbindung mit der CDU der DDR und der DSU unter dem Namen „Allianz für Deutschland“ eintreten und über diesen Umweg mit vier Abgeordneten in die Volkskammer einziehen konnte. Eppelmann wurde „Minister für Abrüstung und Verteidigung“ im Kabinett Lothar de Maizière. Im August 1990 wurde er CDU-Mitglied. Von 1990 bis 2005 war er Mitglied des Deutschen Bundestages. Vom Bundestag wurde er zum Vorsitzenden der beiden Enquete-Kommissionen „Zur Aufarbeitung der Geschichte und der Folgen der SED-Diktatur“ gewählt, seit 1998 war er zusätzlich Vorsitzender der „Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur“.

Es kann und darf nicht übersehen werden, dass verstärkt versucht wird, unter den Menschen der „Neuen Bundesländer“ zu differenzieren. Siehe Andeutungen, das Rentenstrafrecht zu novellieren. Diesem Zweck dienen auch die gegenwärtig laufenden Prozesse.

Die Feststellung ist wohl berechtigt: Dieser Herbst ist nicht nur meteorologisch, sondern auch politisch sehr bewegt.

So ist es auch verständlich, dass Ihr mit etwas Wehmut in das kleinstädtische Leben zurückgekehrt seid.

Ich bitte um Verständnis, dass ich mich mit den heutigen Zeilen den von Dir gestellten Fragen und den zur Zeit laufenden Prozessen gewidmet habe.

Es gibt, wie wir gemeinsam wissen, viele andere, wichtige, aktuelle politische Probleme, in die die obigen eingebettet sind, z.B. die Berliner Wahlen, die Vorbereitung des Parteitages der PDS.

Aber darüber werden wir noch oft unsere Gedanken austauschen können.

Wir wünschen Dir und Deiner Frau, allen Freunden alles Gute, vor allem Gesundheit.

Ruth und Heinz

19. März 1996

Lieber Dieter,

ich habe keine Schreibmaschine und kann auch nicht Maschine schreiben. Also muss ich Dich bitten, mit meinem Gekraksel irgendwie zurecht zu kommen.

Herzlichen Dank für Deinen Brief vom 14. März, die liebenswerten Grüße von Deiner Frau, Deinem Sohn und Dir.

Die von Dir empfundene, zum Ausdruck gebrachte Freude über unser Wiedersehen im Beisein Deines Sohnes war für Ruth und mich die gleiche. Es

ist schon ein erhebendes Gefühl, sich nach so langer Zeit wieder in die Augen sehen zu können und sich gegenseitig zu versichern, dass die grundsätzlichen Positionen übereinstimmen. In einer Zeit, wo es nicht ganz einfach ist, sich als Antifaschist, Kommunist zu bekennen, spielt das Wissen, dass man nicht allein ist, eine beachtliche mobilisierende Rolle.

Auch unter diesem Aspekt war das Treffen ehemaliger FDJ-ler eine wunderbare, das Selbstbewusstsein fördernde Sache. Auch wir haben den Organisatoren unseren Dank übermittelt.

Zu dem von Dir erwähnten Buch über die FDJ: Ich habe es nicht gelesen. Etwas zur Vorgeschichte. Auch ich und andere Freunde waren aufgefordert zu schreiben. Es hat zu diesem Zweck sogar bei mir eine Besprechung im Beisein von Modrow, Krenz und dem Verlag stattgefunden. Mein Vorschlag, eine gemeinsame Konzeption zu entwickeln, wurde von Modrow nicht besonders positiv aufgenommen. So zog ich für mich die Schlussfolgerung, dass ich nicht in einem Buch erscheinen will, in dem der Charakter der FDJ möglicher Weise verzerrt entstellt, dargestellt wird. Vielleicht war meine Entscheidung nicht richtig.

So ist es möglicher Weise doch von Nutzen, dass das Buch erschienen ist. Man hat zumindestens eine Vorstellung von der Sicht der einzelnen Autoren.

Das Buch³² von Gerhard Schürer³³ habe ich auch nicht gelesen. Aber Dein Eindruck deckt sich mit dem vieler mit nahe stehender Freunde.

Lieber Dieter, selbstverständlich werde ich Dir mein Buch, das unter dem Titel „Zur Sache und zur Person“ erscheint, schicken. Ich bitte Dich aber um eins: hege bitte keine zu großen Erwartungen! Ich wollte nicht schreiben. Nur

³² Gemeint ist das Buch von Gerhard Schürer: „Gewagt und verloren. Eine deutsche Biographie.“

³³ Gerhard Schürer war seit 1965 Leiter der staatlichen Plankommission der DDR, seit 1967 Mitglied der Volkskammer und seit 1973 Kandidat des Politbüros des ZK der SED. Nach der Konterrevolution arbeitete er u.a. als Unternehmerberater. Die Wochenzeitung „Die Zeit“ urteilte 1997 über ihn: „Gerhard Schürer, der ehemalige Chefplaner der DDR, hat sich mit der Marktwirtschaft arrangiert.“ (Die Zeit, 37/1997, 5. September 1997)

das freundschaftliche Drängen vieler Freude konnte mich bewegen. Fast 18 Monate, im wahrsten Sinne des Wortes, habe ich mich gequält. Denke bitte daran, ich bin kein Schriftsteller. Es geht mir also nicht so leicht von der Feder. Sich erinnern ist schon schwer. Aber sachlich bei der Wahrheit zu bleiben, seine Gesinnung nicht preis zu geben, erfordert viel. Genosse Erich Selbmann hat mir dabei sehr geholfen. Lese es bitte, wenn Du das Bedürfnis hast und sage mir aufrichtig Deine Meinung.

Zu dem Problem, wo wir Antifaschisten, Kommunisten uns politisch organisieren sollen. Vorausschicken möchte ich, dass man auch als parteiloser politisch aktiv sein kann. Möglichkeiten gibt es in Hülle und Fülle. Du wie ich machen ja davon auch Gebrauch. Im Übrigen, glaube ich, muss das jeder selbst entscheiden.

Beim gegenwärtigen Stand meiner Erkenntnis sehe ich das in etwa so:

Jede Aktivität im Sinne der linken Kräfte, dazu zähle ich nicht zuletzt die antifaschistische Solidarität mit den politisch verfolgten Genossinnen und Genossen, ist von Nutzen.

Ich meine, dass man allen, die Mitglieder der PDS sind, sagen sollte, dass sie es bleiben sollten. Sie sollten im Rahmen ihrer Möglichkeiten und Fähigkeiten mithelfen zu verhindern, dass die PDS endgültig ins sozialdemokratische Fahrwasser abdriftet, dass sie ein aktiver Sachwalter der elementaren Interessen der Werktätigen wird, dass erreicht wird, eine gesellschaftliche, d.h. sozialistische Alternative zu erarbeiten.

Aber einem parteilosen Menschen würde ich nicht raten, in die PDS einzutreten.

Sie zu wählen ist etwas anderes, da stimme ich mit Dir überein.

Mir scheint, dass die DKP programmatisch, unter Beachtung unserer gemeinsamen positiven wie bitteren Erfahrungen meine politische Heimat werden könnte. Übrigens, Ruth ist Mitglied der DKP.

Ich will damit aber nicht sagen, dass die DKP, was ihre theoretischen und auch praktischen Aktivitäten betrifft, allen Ansprüchen einer marxistisch-leninistischen Partei gerecht wird. Wir wissen ja aus eigener Erfahrung, dass

die Entwicklung einer solchen Partei niemals abgeschlossen ist. Eine Sache, die wir vielleicht nicht genügend beachtet haben.

Auch ist die DKP quantitativ noch eine kleine Partei. Auch sie ringt noch um die Bewältigung der Folgen der Niederlage des sozialistischen Lagers.

Sie ist aber aus meiner gegenwärtigen Sicht die linke Partei, die klassenmäßig an die gesellschaftlichen Erscheinungen heran geht, die den realistischsten Standpunkt zur Rolle und zum Platz der DDR vertritt, die deren historische Errungenschaften würdigt und verteidigt. In Folge dessen hat sie klare Positionen zur antifaschistischen Solidarität.

Auch die KPD hat nicht wenig Positives vorzuzeigen. Alles in allem ist sie mir zu eng, zu sektiererisch, wie man so schön sagt.

Unser aller nicht unberechtigter Traum ist es, dass alle Kommunisten sich zusammenfinden. Aber das braucht Zeit, wahrscheinlich sehr viel Zeit. Dies ist eine Problematik, die einer gesonderten Behandlung bedarf.

Vielleicht solltest Du im Sinne Deines Gedankens als Parteiloser weiter vorerst politisch aktiv bleiben.

Wie gesagt, nichts bleibt so, wie es ist, erst recht nicht nach jähen Wendungen, um Deinen Gedanken aufzugreifen. Wir sollten auch in diesen, für uns bedeutsamen, moralischen, politischen Fragen im Gespräch bleiben. Ruth macht den Vorschlag, dass wir Dir die UZ, wenn wir sie gelesen haben, zustellen. Wenn Dir das recht ist, würden wir so verfahren.

Wir hatten in letzter Zeit einige gesundheitliche Probleme, sicher auch dem Alter geschuldet. Ruth ist 74, ich 76 Jahre alt.

Um etwas Stabilität zu gewinnen, fahren wir vom 25. März bis 15 April zur Kur nach Franzensbad.

Hinzu kommt, dass ich und die betroffenen Genossen nicht wissen, wie das Bundesverfassungsgericht in unserer Sache entscheiden wird. Es ist das Negativste möglich. Sei aber sicher, an meiner politischen Überzeugung würde auch das nichts ändern.

Ruth und ich grüßen Deine Frau, Deinen Sohn und Dich von ganzem Herzen. Wir wünschen Euch alles Gute, vor allem Gesundheit.

Grüße bitte die Genossen und Freunde.

Ruth und Heinz

5. Juli 1996

Lieber Dieter,

zwei Exemplare der UZ. Wir wünschen ein wenig Erbauung und Anregung. Wir waren froh, als wir wieder Nachricht von Euch erhielten.

Wir sind vom heute, 5. Juli bis 15. Juli unterwegs. Zweck: ein wenig Entspannung.

Am 8. und 12. August bin ich als Zeuge im Prozess gegen Mitglieder des Politbüros geladen. Wir werden in Bewegung gehalten.

Die im ND veröffentlichte Erklärung von Kulikow³⁴, Gribkow³⁵ ist wichtig.

Jelzin wurde wie erwartet in Folge der Unterstützung der imperialistischen Kräfte gewählt. Die Auseinandersetzungen gehen weiter.

Wir wünschen Dir und Deiner Frau alles Gute.

Ruth und Heinz

³⁴ Gemeint ist Wiktor Georgijewitsch Kulikow, er war von 1969 bis 1971 Befehlshaber der Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland, von 1971 bis 1977 Chef des Generalstabes der sowjetischen Streitkräfte, von 1977 bis 1989 war er Oberkommandierender der Vereinten Streitkräfte des Warschauer Paktes.

³⁵ Gemeint ist Anatoli Iwanowitsch Gribkow. Nach dem Zweiten Weltkrieg war er in unterschiedlichen Funktionen als Leiter der operativen Verwaltung in den Militärbezirken Transkaukasien, Leningrad und Kiew sowie im Generalstab in Moskau. 1969 wurde er stellvertretender Kommandeur des Militärbezirks Leningrad, 1973 dessen Befehlshaber. Von 1976 bis 1988 war er Stabschef des Warschauer Paktes.

26. August 1996

Lieber Dieter,

vielen Dank für Euren Brief, die herzlichen Grüße und guten Wünsche vom 4. August 1996. Immer freuen wir uns, wenn wir hören, dass es Euch trotz der misslichen äußeren Umstände einigermaßen zufriedenstellend geht, vor allem gesundheitlich.

Ich selbst habe gerade eine Sommergrippe mit allem, was dazu gehört, überstanden, verbunden mit einigen Tagen im Bett. Das ist für mich schlimm. Untätig zu sein ist fast unerträglich. Aber jetzt geht es wieder. Zuweilen muss man eben einen Gang zurücknehmen.

Zwischenzeitlich war ich, wie Genosse Streletz auch, im Zeugenstand. Das ND hat kurz darüber berichtet.

Die Auseinandersetzungen, angestachelt von der Reaktion, um und in der PDS nehmen schärfere Konturen an. Siehe Ostrowski, Brie und jüngst Gysi. Es wird deutlicher, wohin es gehen soll. Antikommunismus wird schon klar als Richtschnur ausgegeben. Nicht neu, wie wir wissen. Wohin das führt, führen kann, wissen die Älteren nur zu gut. Die Jüngeren schon weniger. Darauf spekuliert man. Es ist an die Erkenntnis von Thomas Mann³⁶ zu erinnern. Man muss es den Menschen ins Bewusstsein hämmern. Ist das schwer? Ja, es ist schwer. Aber es ist angesichts der historischen Erfahrungen notwendig.

Vielleicht, für mich ist es so, ist das kleine Kuba, seine Menschen, ein Symbol, ein Anker.

In diesem Sinne, liebe Freunde, schicken wir Euch eine neue Sendung UZ und ein Material.

³⁶ Thomas Mann hatte den Antikommunismus als „Grundtorheit unserer Epoche“ bezeichnet.

Ein wenig Kraft kann man immer gewinnen. Aus erst wenigen Wenigen, dann aus vielen Wenigen, wenn auch in einem langen Prozess, wächst Größeres. Ein unverbesserlicher Optimist, werdet Ihr denken. Woher sonst sollten wir Kraft in dieser schweren Zeit nehmen?

Erinnern wir uns: „Wie der Stahl gehärtet wurde.“

Für Euch alles Gute.

Ruth und Heinz

29. Oktober 1996

Lieber Dieter,

Dein Brief vom 17. Oktober mit Briefmarken ist eingetroffen. Vielen Dank für die herzlichen Grüße und guten Wünsche.

Die Zeitung UZ werden wir Dir so lange schicken, bis Du uns ein Signal gibst, dass es nicht mehr notwendig ist. Dann werden wir einem anderen Freund helfen.

In den letzten Wochen war ich einige Male als Zeuge im Prozess gegen die Mitglieder des Politbüros geladen. In der Regel fünf bis sechs Stunden an einem Verhandlungstag. Der Ton der Staatsanwaltschaft wird immer aggressiver, beleidigender, politisch diskriminierender. Siehe Waigels Beschimpfungen der PDS³⁷. In Folge dessen musste ich im Gerichtssaal auch als Zeuge die politische Auseinandersetzung führen.

Der Ton gegen die linken Kräfte wird schärfer, weil man eine Decke für das so genannte „Sparpaket“ braucht. Niemand soll in Zukunft an eine andere gesellschaftliche Ordnung denken, geschweige darüber reden. Also Drohung.

Die zu begrüßende Lockerung des Strafrentengesetzes soll auch dazu beitragen, die Reihen der Linken zu dezimieren. Gewisse solche

³⁷ Theo Waigel, von 1989 bis 1998 Bundesminister der Finanzen, hatte von den „Henkersknechten der PDS“ gesprochen.

Erscheinungen gibt es. Andererseits wächst das Aufbäumen gegen die kapitalistische Politik. Wir sehen eine widerspruchsvolle, komplizierte Situation, Entwicklung.

Manche Freunde wirken fester, entschlossener, andere müde, auch schwankender.

Kurt Hager³⁸, der sich im Prozess würdig verhalten hat, gab dem „Stern“ ein Interview, das nach meiner Auffassung kein Beitrag für unseren politischen

³⁸ Kurt Hager kehrte nach seiner Flucht vor dem Hitlerfaschismus und antifaschistischen Aktivitäten im Ausland 1946 nach Berlin zurück. 1949 bekam er eine Professur für Philosophie an der Humboldt-Universität Berlin. 1955 wurde er Sekretär des Zentralkomitees der SED. In dieser Funktion war er verantwortlich für Wissenschaft, Volksbildung und Kultur. 1963 wurde er Mitglied des Politbüros des ZK der SED und Leiter der Ideologischen Kommission. Im SED-Politbüro galt Kurt Hager als Chefideologe und oberster Kulturverantwortlicher. Ab 1989 sah das etwas anders aus: Vor DDR-Journalisten behauptete Hager 1989 in Wandlitz, unfreiwillig hier einquartiert worden zu sein. Man habe sich „den Beschlüssen der Partei gebeugt“. Wandlitz bezeichnete er in einem Interview mit dem Reporter Jan Carpentier als sein „siebtes Internierungslager“. Zum von Heinz Keßler erwähnten Interview im Stern schreibt die Berliner Zeitung am 9. 11. 1996 Folgendes: *„Obwohl er als ZK-Sekretär für Kultur und Wissenschaft zu den ranghöchsten Männern der DDR zählte, findet er immer wieder Erklärungen, warum gegen seine Überzeugung so vieles schief lief im realen Sozialismus. Mal war er ‚spärlich informiert‘, mal hat er versäumt, bei offenkundigen Fehlentwicklungen ‚nach den Ursachen zu fragen‘. Hier hat er sich ‚nicht gewehrt, sondern mitgemacht‘. Dort hinderte ihn sein ‚blindes, uneingeschränktes Vertrauen‘ in die gute Sache daran, zu zweifeln oder eigene Wege zu gehen. Manchmal war er auch schlicht zu feige und hat ‚zu lange zu dem geschwiegen, was ich für falsch hielt‘. ‚Chefideologe der SED‘ wurde Hager genannt. Doch er selbst habe sich nie so bezeichnet oder betrachtet. Folgt man seiner Darstellung, dann war er eher eine Randfigur im Führungszirkel, nie die treibende Kraft der Kulturpolitik. Beispiel Robert Havemann: Mit dem habe er zwar erbittert gestritten. Aber als der Parteikritiker in den 70er Jahren in die Mühlen von Stasi und Justiz geriet, sei*

Kampf ist. Den Beitrag von Moritz Mebel³⁹ im ND finde ich ausgewogen und für unsere Sache nützlich.

Es könnte sein, dass im November das Bundesverfassungsgericht in unserer Sache entscheidet. Ich habe keine Illusionen. Es kann für uns sehr schwer werden. Gestützt auf die antifaschistische Solidarität werde ich unsere Sache nicht Preis geben.

Ruth und ich wünschen Dir, lieber Dieter, Deiner Frau, Familie alles Gute.

Bis zum nächsten Mal,

Ruth und Heinz

18. Februar 1997

Lieber Dieter,

es ist eine geraume Zeit vergangen, da ich mich nun für Deinen liebenswerten Brief, die solidarischen Grüße und guten Wünsche herzlich bedanke.

Das hat wie alles im Leben seine Ursachen.

Eine sehr positive ist, dass wir in den letzten Wochen auch zu meinem 77. Geburtstag sehr viele solidarische Grüße und Zuwendungen aus dem In- und Ausland empfangen konnten. Meine immer gehegte Absicht, allen zu antworten, ist kaum zu realisieren. Deshalb bitte ich alle Freunde, auch Dich,

er als ZK-Sekretär damit nicht befasst gewesen. `Havemanns Isolierung war sadistisch. Ich habe nichts unternommen, um sie zu beenden, und ich hätte auch nichts erreicht.´“ Quelle: <http://www.berliner-zeitung.de/16256356>

³⁹ Moritz Mebel war Urologe und Forscher, u.a. auch Professor an der Berliner Charité, er hat das Nierentransplantationswesen in der DDR aufgebaut. 1971 wurde er Kandidat und 1986 Mitglied des ZK der SED. Welchen Beitrag von Moritz Mebel im ND Heinz Keßler hier meint, war leider nicht mehr zu rekonstruieren.

lieber Dieter, allen Sympathisanten unseren Dank, unsere Grüße für ihr bewundernswertes solidarisches Verhalten zu übermitteln.

Ein anderer Grund, ein negativer, meine Sehkraft hat merklich nachgelassen. Ich brauche auch mit Sehhilfen starkes Licht für bestimmte Dinge, Lupen und die doppelte Zeit zum Lesen und Schreiben. Sicher ein Tribut an das Alter, und den Umständen der letzten, nicht einfachen Jahre geschuldet. 77 Jahre lassen sich eben nicht so einfach wegstecken. Davon bisher vier im Gefängnis.

Aber keine Sorge, lieber Dieter, ich werde auch künftig im Rahmen der begrenzten Möglichkeiten mit meinen bescheidenen Kräften am politischen Leben teilnehmen und meinen Beitrag leisten für unsere gemeinsame antifaschistische Sache.

Die hier obwaltenden Bedingungen sind natürlich die einer Haftanstalt. Verglichen mit den äußerst schwierigen, harten Bedingungen in Moabit ist manches etwas leichter. Zum Beispiel kann ich mit meinem Freund, Genossen Fritz Streletz, wann es uns genehm ist, zusammentreffen, reden. Ich kann keine Telefonate entgegennehmen, aber nach draußen telefonieren. Die Unterbringung sind Zweibett- bzw. Vierbetträume. Ich im Zweibettraum, Streletz im Vierbettraum. Die Raumpartner kann man sich nicht auswählen. Daraus ergibt sich keine immer leichte Situation. Aber wir versuchen auch das zu meistern. Die Post wird nicht kontrolliert. Ob sie registriert wird, wissen wir nicht. Aber das interessiert mich nicht.

Es ist, und ich mache daraus kein Geheimnis, bekannt, wer ich bin. Wo immer die Gelegenheit gegeben ist und die politische Notwendigkeit besteht, bekenne ich mich zu meiner antifaschistischen Überzeugung.

Vom Personal, wenn auch differenziert, werden wir respektiert. Verleumdungen, Provokationen würde ich auch nicht hinnehmen, mir nicht gefallen lassen. Das habe ich nicht nötig. Mein politisches Leben ist sauber und diene immer den Interessen meines Volkes.

In wenigen Tagen, am 26. Februar, sind wir bereits ein Vierteljahr erneut in Haft. Wenn ich die volle Strafe, siebeneinhalb Jahre, absitzen muss, werde ich 2001 entlassen. Die Strafprozessordnung sieht als Kannvorschrift eine Zweidrittel-Möglichkeit vor. Zum gegebenen Zeitpunkt werden wir einen

solchen Antrag stellen. Wie dann darüber befunden wird, weiß niemand. Ich gehe die Sache illusionslos an.

Zur politischen, ökonomischen Lage in unserem Lande werde ich mich beim nächsten Male äußern. Du kennst diese vielleicht besser als ich.

Nur so viel: Wir erleben den Kapitalismus pur. Nachdem es nun keinen nennenswerten staatlich organisierten sozialistischen Widerpart mehr gibt, geht das Kapital mit schwindelerregendem Tempo daran, alles, aber auch alles dem Maximalprofit unterzuordnen. Wie Recht hatten doch Marx, Engels, Lenin. Der Begriff „Globalisierung“ steht für das, was Lenin als die höchste Stufe des Kapitalismus bezeichnete. Arbeitslosenzahlen, die denen von 1929-1933 immer näher kommen, sind alarmierend. Es scheint, dass zur Verschleierung der Arzt am Krankenbett des Kapitalismus wieder aus der Kiste geholt wird – und so weiter und so fort.

Jüngst in Berlin und auch anderswo wurden von den Herrschenden bei faschistischen Aufmärschen und Provokationen und Protesten dagegen nicht die rechten, die Neofaschisten attackiert, nein, die demokratischen und antifaschistischen Kräfte, die sich wehren, werden verleumdet, kriminalisiert.

Gibt es unter diesen Umständen auch nur einen Grund, aufzuhören mit der antifaschistischen Arbeit, den Antifaschismus gar über Bord zu werfen? Nicht einen einzigen! An dieser meiner Überzeugung können auch jene nichts ändern, die gestern lauthals die sozialistische Sache vertraten, zumindestens hatte es den Anschein, und heute diese ihre vormals gehabte Überzeugung wie ein paar alte Latschen wegwerfen. O nein, zu denen wollen und dürfen wir nicht gehören.

In diesem Sinne grüße ich Dich, Deine liebe Frau und wünsche Euch alles Gute.

In fester Verbundenheit,

Heinz

18. Mai 1997

Lieber Dieter,

ich habe mich gefreut, von Dir wieder etwas zu hören und die Grüße von Dir und Deiner Frau entgegennehmen zu können.

Aber viel glücklicher bin ich darüber, dass Du die schweren gesundheitlichen Defizite überwunden hast. Aufrichtig gesagt, ich bin über die Schilderung Deines nun zurückliegenden Gesundheitszustandes sehr besorgt gewesen. Da ist es, lieber Dieter, verständlich, dass ein längerer Abstand zwischen Deinen Briefen entstand, und nicht so wichtig, ob Du mir im gewohnten Rhythmus schreiben kannst. Wichtig bist, dass Du alles schön langsam angehen lässt und immer darauf achtest, was Dir die Mediziner raten und was Du selbst glaubst, körperlich bewältigen zu können. Also immer schön langsam und mit Bedacht. Aber ich verstehe sehr gut: Das ist leichter gesagt und geschrieben als getan.

Du selbst schreibst ja, welche Probleme und Sorgen die Menschen bedrücken. Und Du weißt ja, wovon Du redest. Was in diesem Lande an Politik auf Kosten der Menschen produziert wird, schreit zum Himmel. Wo man international hinsieht, stellt man Niederlagen, Gemetzel, Kindersterben und anderes Furchtbares fest.

Und man kann jeden Tag feststellen, wie die Medien die Leute hinters Licht führen, regelrecht betrügen, Manipulation ist schon ein viel zu schwaches Wort dafür. Beispiele könnte man zu Hauf nennen.

Die einfachen, betroffenen Menschen, zu denen wie ja auch gehören, fühlen, dass die ganze Richtung nicht stimmt. Sie nörgeln, meckern, zueilen schimpfen sie sogar. Aber meistens hofft man dann von den Herrschenden, dass diese irgendein Wunder vollbringen. Das Bewusstsein, Selbstbewusstsein, um uns müssen wir uns selbst kümmern, ist nur bei einem kleinen Teil der Betroffenen vorhanden.

Nehmen wir ein einziges Beispiel: NATO-Osterweiterung, Aufnahme osteuropäischer Staaten in die NATO. Damit werden neue Kriege vorbereitet. Aber wen interessiert das? Dazu kommt die wirklich lügnerische „Information“. Wenn z.B. Polen aufgenommen wird, nimmt es eine Last von Millionen Dollar auf sich. Das kostet die Umrüstung der Armee. Die Rüstungskonzerne in den imperialistischen Staaten machen ein

Riesengeschäft. Man wird das zu einem entsprechenden Zinssatz kreditieren. Damit ist dieses Land für lange Zeit in ökonomischer Abhängigkeit. Das Volk wird bitter bezahlen müssen.

Wir sind und waren uns einig: politisch steht uns ein langer und steiniger Weg bevor. Mit umso größerer Hochachtung und Aufmerksamkeit sind die unterschiedlichen politischen, sozialen Aktivitäten, die, wie Du schreibst, in Eurem Gebiet stattfinden, einzuschätzen. Ich habe den Eindruck, bei Beachtung obiger Bemerkung, es werden qualitativ und quantitativ mehr und bessere. Nur so, denke ich, auf diesem Wege kann die Erkenntnis wachsen, dass die Linken zusammen gehören. Das schafft bessere Voraussetzungen, um den suchenden Menschen Orientierung zu geben.

Wir werden in Vorbereitung der Wahlen sicher noch einige Male darauf zu sprechen kommen.

Es ist bereits wieder ein halbes Jahr vergangen, dass wir hier in der Heftanstalt sind. Wir, das sind Fritz Streletz, Hans Albrecht – seit drei Wochen – und ich.

Wir bemühen uns weiter entsprechend unserer Überzeugung uns im Rahmen der bescheidenen Möglichkeiten in das gesellschaftliche Leben auf diese oder jene Weise einzubringen.

Gesundheitlich haben wir unterschiedlich unsere Probleme. Ich habe große Schwierigkeiten mit der Sehkraft, 50 Prozent. Durchblutungsprobleme der Gefäße im Auge. Zum Lesen und Schreiben brauche ich sehr viel Zeit. Damit muss ich leben.

Lieber Dieter, passe auf Dich auf. Mach das, was Du körperlich verkraften kannst. Wir wollen uns noch eine ganze Weile gemeinsam ärgern oder auch über Manches freuen. Nicht zuletzt über die in voller Blüte stehende Natur.

Herzliche Grüße für Dich, Deine liebe Frau!

Ruth und Heinz

1. Oktober 1997

Lieber Dieter, wie immer habe ich mich auch diesmal über Deinen Brief vom 19. September, die übermittelten solidarischen Grüße und guten Wünsche gefreut. Herzlichen Dank!

Betrüblich ist zu vernehmen, dass Du körperliche Beschwerden hast, die Dir Pein und Schmerz bereiten. Du musst in dieser Hinsicht auf Dich aufpassen, Dich dem Arzt Deines Vertrauens anvertrauen. In unserem Alter ist das leider unvermeidlich.

Hinzu kommt, dass uns die moralischen, politischen Probleme, wie Du richtig bemerkst, bedrücken. Zuweilen beschleicht einen das Gefühl der Ohnmacht. Da bedarf es viel Kraft, um sich wieder beim Schopf zu nehmen und weiter zu machen. Auch ich bin unter den gegebenen Umständen hier in der Haft nicht frei von solchen Erscheinungen. Jetzt kommt noch das lähmende Herbstwetter hinzu.

Aber das Leben geht weiter. Und mit unseren bescheidenen Kräften, wie Du ja auch feststellst, müssen wir weitermachen.

Zu einigen Begebenheiten:

1) Wie Du sicherlich gelesen, gehört hast, ist mein Freund, Leidensgenosse Fritz Streletz seit dem 16. Oktober 2097 entlassen, also zu Hause. Nach Verbüßung von etwa zwei Dritteln der verhängten Strafe stellte er einen Antrag. Nach einigem Hin und Her wurde er mit dreijähriger Bewährung entlassen.

Ich denke, dass die vorläufige Entlassung von Egon Krenz aus dem Gefängnis Moabit wie die Entlassung von Fritz Streletz nicht nur, aber auch auf die vielfältigen solidarischen Aktivitäten im In- und Ausland auch zurückzuführen sind.

Nun darf man nicht davon ausgehen, dass es einen Automatismus gibt. Das kann in jedem einzelnen Fall anders entschieden werden. Bei mir ist die Halbstrafe im April 1998, die Zweidrittelstrafe im Juni 1999 abgessen. Also auch für dieses mögliche Maß noch ein beachtliches Stück des beschwerlichen Weges.

2) Unlängst war ich gemeinsam mit Fritz Streletz als Zeuge vor Gericht in Potsdam gegen einen Genossen der Grenztruppen geladen. Diese

Zeugenvernehmung wurde zu einer harten, prinzipiellen Auseinandersetzung über unsere Geschichte mit dem vorsitzenden Richter und der Staatsanwältin. Wir hatten uns vorgenommen, diese Möglichkeit offensiv zu nutzen, um die Wahrheit gegen die jüngsten Lügen über die historischen Prozesse darzulegen, die Wahrheit zu verteidigen. Keßler zweieinhalb Stunden, Streletz drei Stunden.

Ich bin nicht bereit, auch nicht vor solch einem Forum, Geschichtsfälschungen hinzunehmen.

3) Am 25. Oktober 1997 tagte das Solidaritätskomitee. Alte Freunde, mit denen ich sprechen konnte, erklärten, es sei eine sehr inhaltsreiche Beratung gewesen. Das bestätigt auch Deine Feststellung, dass es zwar langsam, aber doch immer mehr Menschen werden, die langsam begreifen, was in diesem Lande vor sich geht. Ich gehe davon aus, dass auch Ihr von dieser Beratung erfahren habt.

4) Deine Information, dass Ihr an einer Veranstaltung zu Ehren der Oktoberrevolution teilnehmen wollt, macht mich froh. Was gegenwärtig, auch bedauerlicher Weise im ND, über Wesen, Inhalt, Verlauf der Oktoberrevolution geschrieben wird, ist absurd. Die Ereignisse werden verfälscht. Man möchte, um mit Brecht zu sprechen, dass „der Regen von unten nach oben fließt“. Daher kommt all den Aktivitäten, die die Oktoberrevolution würdigen, eine überregionale Bedeutung zu.

5) Es ist bedauerlich und beängstigend, wie schwer es ist, linke politische Kräfte zu gemeinsamen Aktivitäten zusammen zu führen. Wobei man bei der Definition „was ist links?“ schon gewissenhaft sein muss. In der bürgerlichen Terminologie wird die SPD allgemein und insgesamt als „links“ bezeichnet. Was man so nun wirklich nicht sagen kann.

Mir scheint es dringend und zwingend, Bündnisse zu aktuellen, den Menschen auf den Nägeln brennenden Problemen anzustreben, um von hier aus einen Reife-Lernprozess der Menschen zu beschleunigen. Das schließt nicht aus, dass man an der Basis zwischen unterschiedlichen linken Kräften wie z.B. der PDS und der DKP und anderen zu Aktionen, zu Bündnissen kommen kann und muss. Diese Frage wird immer aktueller, je näher die Wahltermine heranrücken. Aber ohne Druck von der Basis auf die Führung besonders der

PDS wird das bei der gegenwärtigen Haltung bestimmter führender Köpfe der PDS nicht möglich sein.

Wenn man dazu die Stimmung vieler junger Leute hinzunimmt, nicht an den Wahlen teilzunehmen, wächst die große Gefahr, dass die gegenwärtige Koalition oder eine so genannte Große Koalition in Zukunft das Sagen hat. Alles würde dann so bleiben, wie es ist.

6) Ein Wort zur persönlichen Befindlichkeit:

Ruth wurde vor wenigen Tagen am Auge operiert. Grauer Star. Das andere Auge in einigen Wochen. Wir erhoffen eine bessere Sehkraft.

Eine gründliche Untersuchung ergab bei mir an den Augen folgenden Befund: Linkes Auge 20 %, rechtes Auge 40 % Sehkraft. Also sehr stark beeinträchtigt. Ursache altersbedingt, schlechte Durchblutung. Frühere Verletzungen nicht reparabel. Einen geringeren Einfluss hat der vorhandene Graue Star. Der kann operiert werden. Wie und wann das geschehen kann, kläre ich mit der Obrigkeit. Das ist nicht so einfach. Insgesamt gibt es selbstverständlich Arrest bedingte andere Schwierigkeiten. Aber damit versuche ich unter den gegebenen Umständen zu Rande zu kommen. Die immer noch anhaltenden Beweise der Solidarität helfen dabei.

Lieber Dieter, dies für heute, einige Bemerkungen von mir.

Grüße bitte, wenn Du kannst, die Freunde, Genossinnen und Genossen. Dir wünsche ich persönlich alles Gute. Lass Dich nicht unterkriegen. Auch für Deine liebe Frau alles Gute, vor allem Gesundheit.

In freundschaftlicher Verbundenheit,

Ruth und Heinz

22. Januar 1998

Lieber Dieter!

Herzlichen Dank für Deinen ausführlichen, sehr informativen Brief vom 4. Januar und die solidarischen Grüße und guten Wünsche für das Jahr 1998.

Um es mit Nachdruck zu unterstreichen, Deine Befürchtungen, dass Deine realistischen Darstellungen der Situation mich belasten oder gar vielleicht nicht interessieren könnten, treffen auf keinen Fall zu. Im Gegenteil, ich bin Dir und anderen Freunden für die Aufmerksamkeit und die Einschätzungen sehr dankbar.

Auch die Glückwünsche zum Geburtstag habe ich mit Dank entgegen genommen.

Ich denke, dass Deine politische Einschätzung, insbesondere für das Land Sachsen, die Rolle und das Wirken der unterschiedlichen gesellschaftlichen Kräfte richtig ist.

Was besonders Besorgnis erregend ist, dass sich die benannten linken Kräfte, darunter die PDS-Führung, auf Nebenschauplätzen oft erschöpfen, sich den Nöten und Sorgen der Werktätigen viel zu wenig annehmen und vor allem der Jugend, deren Ängsten und Perspektivlosigkeit kaum die gebotene Aufmerksamkeit widmet. Zuweilen wird das noch überlagert mit nicht zu rechtfertigender Polemik gegen die DDR.

Man fragt sich mitunter, ist es Unfähigkeit, Absicht, hier und da gesteuert?

Und doch, denke ich, sind die gesellschaftlichen Widersprüche, wie die ersten Wochen des neuen Jahres 1998 zeigen, größer werden, auf die Dauer nicht zu verkleistern sind.

Angesichts all dieser, besonders von Dir erwähnten Erscheinungen kommt neben den außerparlamentarischen Aktivitäten den Bundestagswahlen eine wichtige Bedeutung zu.

Beschlüsse der Leitung der PDS, keine Parteienbündnisse zum Beispiel mit der DKP einzugehen, machen die Sache nicht einfacher. Es gibt nicht wenige Genossinnen und Genossen, die fragen: „Was sollen wir machen?“ Zum Beispiel einen solchen Kandidaten wie den parteilosen Manfred Müller⁴⁰ der

⁴⁰ Manfred Müller war von 1994 bis 2002 parteiloser Abgeordneter des Deutschen Bundestages und Mitglied der Fraktion der PDS. Vorher war er Landesvorsitzender der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen in Berlin. Seine Kandidatur für die PDS sorgte für Aufsehen, da mit ihm

die politische Strafverfolgung zumindestens toleriert und ständig gegen die DDR polemisiert, wählen? Und doch machen wir das, der Vorstand der DKP hat es beschlossen für die Bundestagswahl, dass wir für die Wahl der Kandidaten der PDS eintreten müssen. Es ist, wie man sagt, „das kleinere Übel“.

Ich habe in der eigenen Familie Probleme. Man will die PDS nicht wählen. Man will Abstinenz üben. Es liegen große politische Probleme vor uns.

Ich weiß, dass Du auf der Veranstaltung zum 80. Jahrestag der Oktoberrevolution in Berlin gewesen bist. Ich teile Deine Beurteilung der Veranstaltung. Ein Genosse hat mir auf Band die dort gehaltenen Reden geschickt. Ich habe sie mir angehört und war mit dem Inhalt zufrieden.

Was das politische, linke Leben in Berlin betrifft, so hast Du wohl Recht. Obwohl, so möchte ich bemerken, wir aus dem ganzen Lande anlässlich des Jahreswechsels mehr solidarische Bekundungen empfangen konnten, als noch in den Jahren zuvor. Aus Sachsen sogar von dem Parteivorsitzenden und Leiter der Fraktion der PDS im Landtag. Ich meine, ohne das zu überschätzen oder Illusionen zu haben, dass das in erster Linie ein Verdienst all derer ist, die sich in all den Jahren um politische Solidarität bemüht haben. Dazu, lieber Dieter gehörst auch Du und Deine Freunde.

Nachdem im Oktober 1997 Genosse Fritz Streletz nach Absitzen der Halbstrafe und der entsprechenden Zweidrittelstrafe mit dreijähriger Bewährung entlassen wurde, wurde der Genosse Hans Albrecht 78 Jahre alt, sehr krank, nach Antrag und vielem Hin und Her am 18. Dezember 1997 nach Absitzen der Hälfte der Strafe mit zweijähriger Bewährung entlassen.

Man darf aber auf keinen Fall falsche Hoffnungen daraus ableiten. Auch ich werde solche Anträge stellen. Vom Ergebnis werde ich informieren.

Zu Deinem Schreiben an Herzog⁴¹ wegen der Gnadenmöglichkeit ist folgendes zu sagen: Die Initiative ist zu begrüßen. Bemerkenswert muss ich aber:

erstmalig ein hochrangiger westdeutscher Gewerkschaftsfunktionär für die PDS ein Mandat übernahm. Zugleich war er wegen seiner Ablehnung der DDR nicht unumstritten.

⁴¹ Gemeint ist der damalige Bundespräsident Roman Herzog

Ich werde aus prinzipiellen politischen, moralischen Gründen von mir aus kein Gnadengesuch stellen. Begnadigt werden kann nur, wer schuldig ist. Aber ich bin nicht schuldig, werde mich nie als schuldig bekennen. Die Anträge zur Halb- bzw. Zweidrittelstrafe sind legitim, weil die Strafprozessordnung eine solche Möglichkeit vorsieht.

Ich möchte Dich darüber informieren, am 31. Januar 1998 werden wir in eine andere, zum Teil rekonstruierte, zum Teil neu gebaute Haftanstalt, Hakenfelde, liegt in Berlin-Spandau, verlegt. Man sagt, dass die Bedingungen etwa den gegenwärtigen entsprechen. Ich werde informieren. An 1. Februar 1998 meine neue Adresse: Heinz Keßler, Niederneuendorfer Allee 140-150, 13587 Berlin.

Lieber Dieter, so sind wir uns einig, auch das Jahr 1998 wird für uns alle ein anstrengendes Jahr.

Mir geht es gesundheitlich den Umständen entsprechend zufriedenstellend. Narben und Falten haben sich eingegraben und sind geblieben. Man merk schon und des öfteren, dass man 78 ist und was man hinter sich hat. Die Sehkraft ist ein klein Wenig besser, aber sehr bescheiden. Das Lesen ist sehr, sehr anstrengend. Aber was soll es. Man muss auf dem Platz, auf den man gestellt ist, seine politische Pflicht erfüllen.

Ich hoffe, dass es Dir, Deiner lieben Frau gesundheitlich einigermaßen zufriedenstellend geht, wenn auch ein Stück Winter noch zu erwarten ist. Aber die Perspektive ist Frühling.

Immer erfüllt von dieser Hoffnung grüßen Dich, lieber Dieter, Deine Frau, die Freunde, Genossinnen und Genossen

ganz herzlich

Ruth und Heinz

14. Februar 1998

Lieber Dieter!

Ich grüße Dich, Deine Familie, alle Freunde.

Heute will ich Dir eine Information zukommen lassen. Auch, weil die Berichterstattung im ND dazu höchst unvollkommen ist. Zu der zum Teil im ND dokumentierten Erklärung von Persönlichkeiten der DDR haben Freunde folgendes berichtet:

- Am 11. Februar 1998 fand dazu in Berlin eine Pressekonferenz statt. Entgegen den ersten Lügen waren sehr viele Vertreter vieler bedeutender Zeitungen, Fernsehen und Rundfunk anwesend.

- Die Vertreter der Unterzeichner der Erklärung sollen sehr gut argumentiert haben.

- Eine Reihe bürgerlicher Zeitungen wie Tagesspiegel, Berliner Zeitung und andere haben sich verhältnismäßig ausführlich mit der Erklärung beschäftigt. Auch einige Fernsehstationen und Rundfunkanstalten.

Ich wünsche Dir, Deiner Familie, allen Freunden alles Gute.

Dein Freund, Genosse,

Heinz

24. März 1998

Lieber Dieter!

Heute wieder einige Zeilen mit dem Dank für Deine Grüße und guten Wünsche vom 10. März 1998. Dank für Deine, Eure ständigen solidarischen Bemühungen auf den unterschiedlichen Gebieten. Siehe auch Deine Eingabe an Roman Herzog. Dass die Antwort so ausgefallen ist, ist nicht verwunderlich. Und dennoch ist es richtig, die Herrschaften wissen zu lassen, dass nicht alle Menschen gewillt sind, nach ihrer Pfeife zu tanzen.

Auf dem Gebiet der politischen Strafverfolgung gibt es nichts sensationell Neues. Aber es geht weiter, wenn auch zuweilen mit einigem öffentlichen Tamtam. Einige Hinweise:

Krenz und die anderen beiden haben jüngst das schriftliche Urteil bekommen. 301 Seiten. Bis etwa Ende April 1998 müssen sie die schriftliche Revision beim obersten Gerichtshof einreichen. Man kann nach bisherigen Erfahrungen

damit rechnen, dass im Verlaufe des Sommers die Verhandlung stattfinden wird. Wenn man davon ausgeht, dass das Urteil bestätigt wird, ist es dann rechtskräftig.

Dann kann man auch damit rechnen, dass der Prozess gegen Lorenz⁴², Böhme⁴³, Hübner⁴⁴, Eberlein⁴⁵ beginnt.

Im Prozess gegen das Generalkommando Mitte-Berlin wird wahrscheinlich am 26. März 1998 das Urteil gesprochen. Dann werden die Prozesse gegen die Genossen der Grenzkommandos Nord und Süd beginnen. Mehr als 40 Kommandeure der Grenztruppen haben Anklageschriften erhalten.

Gegen Juristen der DDR werden Urteile gefällt. Mehrere Prozesse sind in Vorbereitung.

Die groß aufgemachte Verhandlungskette gegen Trainer, Ärzte, Sportfunktionäre, auch als Wahlkampfthemen gedacht, hast Du sicherlich selbst im Visier.

An diesen aufgelisteten wenigen Tatsachen von vielen ist zu ersehen, dass es überhaupt keinen Grund gibt, die Hände in den Schoß zu legen.

In eigener Sache:

Anfang Mai 1998 habe ich die Hälfte meiner Strafe abgesessen. Entsprechend der Strafprozessordnung habe ich wie die Genossen Streletz und Albrecht einen Antrag auf Entlassung gestellt. Ich habe in dem Antrag nachdrücklich darauf aufmerksam gemacht, dass ich damit kein Gnadengesuch einreiche, da

⁴² Gerhard Lorenz war 1973–1990 Chef der Politischen Verwaltung der Grenztruppen der DDR.

⁴³ Heinz Böhme war Kommandeur der Militärakademie Friedrich Engels der DDR, Sektion Luftstreitkräfte/Luftverteidigung.

⁴⁴ Werner Hübner war 1964-1979 Leiter der Arbeitsgruppe Sozialistische Wehrerziehung beim ZK der SED, 1979-1990 Leiter der Sektion Militärpolitik in der Abteilung Sicherheitsfragen des ZK der SED. 1987 wurde er zum Generalmajor ernannt.

⁴⁵ Werner Eberlein war Mitglied des Politbüros der SED.

ich das Urteil nicht anerkenne. Nach der bisherigen Erfahrung müsste darüber Ende April verhandelt und entschieden werden. Ich persönlich denke, dass man nicht zustimmen wird. Wir werden sehen. Ich informiere dann. Ein kurzes Wort zu den Wahlveranstaltungen. Es ist aus meiner Sicht schwer verständlich, was Teile der Leitung der PDS veranstalten. Siehe Auswahl und Einbringung der Kandidaten, Beispiel Schmähling⁴⁶, siehe Rücktritt vom Rücktritt Brie⁴⁷.

Wer soll das alles verstehen? Statt inhaltliche Themen für eine andere Politik als die herrschende in den Wahlkampf einzubringen erleben wir eine kontraproduktive Diskussion. Es wird immer schwerer, Genossinnen, Genossen, Sympathisanten davon zu überzeugen, PDS zu wählen. Man fragt sich manchmal: ist das Naivität oder Absicht?

Ich jedenfalls werde, wo immer ich kann, darauf hinweisen, dass es nicht nur notwendig ist, Kohl wegzubringen, sondern eine andere Politik zu fordern. Probleme und Themen gibt es wahrlich genug. Gelingt das nicht, werden wir

⁴⁶ Elmar Schmähling war 1998 der Wunschkandidat der PDS-Führung als Direktkandidat für den Berliner Wahlkreis Mitte/Prenzlauer Berg. „Der Spiegel“ schrieb am 16. März 1998 dazu: *„Vor laufenden Kameras präsentierte die PDS-Spitze am Freitag ihren lange geheim gehaltenen Wunschkandidaten für den Wahlkreis Berlin Mitte/Prenzlauer Berg: den früheren Chef des Militärischen Abschirmdienstes der BRD und Flottenadmiral a.D. Elmar Schmähling. Doch an der PDS-Basis, die an der Kandidatenfindung nicht beteiligt wurde, sorgt dieser Plan für Unruhe – vor allem wegen der Haltung des Westdeutschen zur DDR-Vergangenheit. Im schroffen Gegensatz zu DDR-Nostalgikern in der PDS bezeichnet Schmähling die DDR als ‘Unrechtsregime’, das ‘vergleichbar mit dem Regime zu Zeiten des Dritten Reiches’ sei. Wer die DDR wegen Kindertagesstätten rühme, erinnere ihn ‘an Leute, die Hitler die Autobahnen zu Gute halten’“.*

⁴⁷ Gemeint ist Andre Brie, der lange als „Vordenker“ der PDS galt. Er gehörte zum rechten Flügel der Partei, kritisierte z.B. Oskar Lafontaine von rechts und stimmte u.a. im Europaparlament gemeinsam mit Helmut Markov und Gabi Zimmer einer Resolution zu, in der die Menschenrechtssituation auf Kuba kritisiert wurde.

erleben, dass die Führung der SPD, sollte die SPD gewinnen, die bisherige Politik mit einigen kosmetischen Veränderungen fortsetzt. Wie sagt man, Arzt am Krankenbett des Kapitalismus.

Eine Bemerkung zu Bialek⁴⁸: Er war meines Wissens eine zwielichtige Figur. Er war nie Vorsitzender der FDJ in Sachsen. 1945/46 war er eine Zeit lang Leiter der Jugendabteilung der Landesleitung der KPD in Sachsen. Sektiererisch. Er war gegen den Aufbau der FDJ. Er wollte einen Kommunistischen Jugendverband. Ein Wirrkopf. Er war dann in unterschiedlichen Funktionen tätig. Was aus ihm geworden ist, weiß ich nicht.

Vielleicht noch eine Bemerkung zu Gorbatschow: Mir haben Freunde berichtet, die an der Veranstaltung in Berlin⁴⁹ anwesend waren, wie schäbig und ekelhaft sein Auftreten und Verhalten war. Er hat ja dort, für wieviel Entgelt wissen wir nicht, dafür gesprochen, die Bodenreform rückgängig zu machen⁵⁰.

⁴⁸ Robert Bialek war in der frühen DDR Generalinspekteur der Volkspolizei und der erste Polit-Kultur-Leiter bei der Deutschen Verwaltung des Inneren (Vorläufer des Innenministeriums der DDR). Nach zahlreichen Konflikten reichte er 1948 seine Kündigung ein, blieb aber in der SED. Aus dieser wurde er nach weiteren Problemen als „Parteifeind“ und „Verräter“ ausgeschlossen. Nach dem 17. Juni 1953 floh er zunächst nach Westberlin, wurde Mitglied der SPD und Mitarbeiter in deren Ostbüro. Über seinen Tod liest man bei Wikipedia: „Das Ministerium für Staatssicherheit der DDR brachte ihn im Februar 1956 in seine Gewalt, wo er unter nicht ganz geklärten Umständen starb.“

⁴⁹ Festveranstaltung des „Göttinger Kreises – Studenten für den Rechtsstaat“ im Internationalen Congress Centrum in Berlin mit knapp 2000 Teilnehmern.

⁵⁰ Gorbatschow dort wörtlich: „Die einstige Sowjetunion hat bei ihrer Zustimmung zur Wiedervereinigung das Festhalten an der Bodenreform von 1945 bis 1949 in Mitteldeutschland nicht zu einer Vorbedingung gemacht“ (Zitiert nach „Das Ostpreußenblatt“ der Landsmannschaft Ostpreußen e.V., 1998)

Hans Modrow, ein Freund von Gorbatschow, sah sich veranlasst, diesem Mann eine Kulisse für seine reaktionären Thesen zu bieten. Nachzulesen im letzten oder vorletzten Pressedienst der PDS.

Es müsste nun endlich klar werden, was dieser Mensch in den Jahren vor 1989 und in der Folgezeit für eine schändliche Rolle gespielt hat. Immer wieder muss man sich fragen, wie konnte diese Figur in eine solche Position kommen? Ich denke, auch darauf wird die Geschichte eine Antwort geben.

Lieber Dieter, wir sehen, die Probleme, Sorgen nehmen kein Ende. Also dürfen auch unsere bescheidenen Bemühungen, für unsere Sache einzutreten, kein Ende nehmen.

Im Sinne dieser Übereinstimmung grüße ich Dich, Deine Frau, die Genossinnen, Genossen von ganzem Herzen.

Passe auf Deine Gesundheit auf. Immer schön langsam, Schritt für Schritt.

In Verbundenheit,

Heinz

31. Mai 1998

Lieber Dieter!

Nun nötige ich Dich schon wieder, Dich mit meinem Gekritzel herum zu plagen. Aber guten Freunden muss man doch antworten und danken für den fruchtbaren Gedankenaustausch und die übermittelten guten Wünsche, wie Du es erneut am 25. Mai getan hast.

Es ist Pfingsten, da ich diese Zeilen schreibe. Mein „Ausgangskontingent“ von 60 Stunden für Mai habe ich ausgeschöpft, so dass ich zum Pfingstfest in der Haftanstalt bleiben muss. Aber ich habe Besuch bekommen von Eduard Schnitzler⁵¹, Marta Rafael⁵² und Ruth.

⁵¹ Karl-Eduard von Schnitzler stammt aus einer Familie, in der es Legationsräte, Botschafter, I.G.-Farben-Manager und Bankiers gab. Karl-

Pfingsten! Wie viele Erinnerungen sind bei uns damit verbunden! Parlamente der FDJ, Jugendtage, Festtage, Zeltlager und vieles andere mehr..., Erstes Parlament der FDJ, in jener Stadt, in deren Zuchthaus viele unserer Besten jahrelang die Qualen faschistischer Barbarei über sich ergehen lassen mussten. Diskussionen, Streit, aber schließlich einmütige Beschlüsse! Formulierung der „Grundrechte der jungen Generation“, und diese wurden in harter politischer und materieller Arbeit in unserer DDR durch- und umgesetzt.

Allein dies würde genügen, der DDR ein hohes Lied zu singen, siehe Deine Bemerkungen über die gegenwärtige Perspektivlosigkeit der Jugend. Warum eigentlich vergessen das so viele? Die doch selbst eben durch all diese Errungenschaften Entwicklungen genommen haben, die sie niemals im Kapitalismus hätten erreichen können.

Diskussion über den Sozialismus, ja! Diese ist dringend geboten. Aber ohne die Errungenschaften der DDR zu berücksichtigen, geht das nicht. Sachliche, auch kritische Analyse, ja! Aber „Aufarbeitung“, also Hetze, ist nicht unser Geschäft.

Eduard aber beschäftigte sich mit dem Kommunismus. 1941 wegen antinazistischer Propaganda in das Strafbataillon 999 nach Afrika geschickt, nahm er 1943, nach seiner Rückkehr, Kontakt mit der französischen Résistance auf. Es folgten 1944 Verhaftung, Flucht und Emigration nach England, dort Arbeit beim BBC. Nach 1945 war er maßgeblich am Aufbau des Nordwestdeutschen Rundfunks beteiligt, wo er wegen kommunistischer Propaganda 1947 gekündigt wurde. 1948 ging er zum Berliner Rundfunk und trat in die SED ein, 1952 wurde er Chefkomentator des Deutschen Fernsehfunks. Seit 1960 moderierte er die berühmte Sendung „Der schwarze Kanal“, die am 30. Oktober 1989 vom DDR-Fernsehen eingestellt wurde. Das ND hatte ihn zuvor als „Nessi-ähnliches Fossil“ geschmäht. Er verabschiedete sich im Schwarzen Kanal von seinen Zuschauern mit den Worten: „Der Klassenkampf geht weiter“. Karl Eduard von Schnitzler war seit 1960 mit Marta Rafael verheiratet.

⁵² Marta Rafael, gebürtige Ungarin, war in der DDR Sängerin, Schauspielerin und Fernsehmoderatorin. Seit 1960 war sie mit Karl-Eduard von Schnitzler verheiratet. Sie lebt heute in der Nähe von Berlin.

Ich verstehe und, was mir eigentlich nicht zusteht, begrüße Deinen Eintritt in die DKP. Natürlich gibt es auch in deren Reihen Dispute. Nützliche und weniger nützliche. Aber das kann wohl in dieser Situation nicht anders sein. Aber die Grundrichtung stimmt.

Deine Charakterisierung des Wahlkampfes und der Töne, wie sie von Rechten angeschlagen werden, ist zutreffend. Man fühlt sich wirklich zuweilen in die Zeit 1932-33 versetzt. Ich bin mir im Klaren, dass die im Lande Herrschenden zu jedem Mittel greifen oder greifen werden, um die Herrschaft der Monopole, der Banken zu verteidigen. Dieses Prinzip ist, wie die Geschichte der Arbeiterbewegung zeigt, durchgängig und wird, so lange das Kapital herrscht, immer wiederholt werden. Daher müssen wir den Anfängen eines neuen Faschismus entgegentreten. Daraus ergibt sich für mich, dass der Beschluss des jüngsten Parteitags der DKP richtig ist, dafür einzutreten, dass die PDS in Fraktionsstärke in den Bundestag kommt. Davon alle Linken zu überzeugen, wird, wie wir wissen, nicht einfach sein.

Lieber Dieter, gefreut habe ich mich über die Mitteilung, dass es Dir gesundheitlich einigermaßen zufriedenstellend geht. Ich wünsche Dir, dass es so bleiben möge.

Was mich betrifft, liegen die Dinge so: Der Antrag, mich nach Absitzen der Hälfte der Strafe frei zu lassen, wurde von der Strafvollstreckungskammer am 5. Mai in meinem Beisein abgelehnt. Es wurde die Möglichkeit gegeben, Ende Juli 1998 erneut einen Antrag zu stellen mit dem Ersuchen, zum frühestmöglichen Zeitpunkt entlassen zu werden. Es könnte sein, dass ein Zeitpunkt zwischen der Halbstrafe und der Zweidrittelstrafe möglich ist. Dies wäre Ende 1998. Ich werde einen solchen Antrag stellen. Wir werden sehen, was dabei herauskommt.

Ansonsten bin ich weiter bemüht, gestützt auf die Unterstützung meiner Familie, vieler Freunde, getragen von den vielen Beweisen antifaschistischer Solidarität, mit meinen bescheidenen Möglichkeiten meine Pflicht zu erfüllen.

Ich wünsche Dir, lieber Dieter, Deiner Frau, Familie, den Freunden alles Gute, vor allem Gesundheit. Versucht, ein bisschen von der Natur, die sich zu dieser Jahreszeit von ihrer besten Seite zeigt, in Euch aufzunehmen.

In diesem Sinne grüßen Euch herzlich

Ruth und Heinz Keßler

3. September 1998

Lieber Dieter!

Auch heute vielen Dank für Deinen Brief vom 16. August! Du hast ja so Recht, dass der Gedankenaustausch von allergrößtem Nutzen ist. In all den hinter uns liegenden Jahren habe ich davon profitiert.

Vom 11. August bis zum 23. August hatte man mir Urlaub gewährt. Ruth und ich konnten diese Zeit durch die Unterstützung von Freunden in einem Kurheim verbringen. Das hat uns beiden in jeder Beziehung gut getan.

Ende Juli habe ich erneut einen Antrag auf Entlassung gestellt. Die Anstaltsleitung hat in ihrer Stellungnahme dieses Ersuchen befürwortet. Nun hängt alles erneut von der Stellungnahme der Staatsanwaltschaft ab. Ich gehe davon aus, dass im Oktober darüber verhandelt wird. Wir werden sehen, wie die Sache ausgeht.

Deiner knappen, aber prägnanten Einschätzung der gesellschaftlichen Prozesse stimme ich zu.

Der Brief führender Persönlichkeiten der PDS, die dazu gemachten ergänzenden Bemerkungen von diesen und anderen Funktionären haben mich tief getroffen.

Ich, wir haben uns für den Aufbau, den Schutz der DDR eingesetzt und müssen uns für die DDR nicht entschuldigen. Vor allem nicht bei den Repräsentanten jener gesellschaftlicher Kräfte, die ein Gesellschaftssystem vertreten, verteidigen, welches zwei fürchterliche Weltkriege mit all, ihren menschenunwürdigen Erscheinungen zu verantworten hat. Vom Kapitalismus pur, wie wir diesen gegenwärtig hier und anderswo, siehe Russland, erleben, ganz zu schweigen.

Es sollte uns nicht verwundern, wenn dieses Verhalten zu negativen Ergebnissen für die Linken/PDS bei den Wahlen am 27. September führen sollte. Das hätten diese Leute, man muss sie Revisionisten nennen, zu

verantworten. Es stellt sich die Frage, wie weiter bei einer solchen Politik, die letztlich zur Spaltung der PDS führen kann.

Ich erinnerte mich in diesen Tagen an den Weltkongress der Kommunistischen Internationale, auf dem Georgi Dimitroff und andere Genossen die Ursachen des Machtantritts des Faschismus in Deutschland analysierten. Die Hauptschlussfolgerung lautete damals, es war nicht gelungen, den Widerstand der rechten SPD-Führer zu überwinden und die Aktionseinheit der Arbeiterbewegung gegen den Faschismus herzustellen. Gleichzeitig wurden sektiererische Erscheinungen in der kommunistischen Bewegung analysiert. Im Ergebnis entstand die Volksfrontbewegung. Siehe Frankreich. Auch die Anti-Hitler-Koalition war Ausdruck dieser Erkenntnis.

Das Nationalkomitee Freies Deutschland, ein Bündnis von Kommunisten, Christen, Hitleroffizieren und –generälen war Ausdruck dieser auf konkrete Ziele orientierten Bündnispolitik.

Das heißt, so denke ich, auch künftig alles zu tun, um an der Basis, von unten, konkrete, auf feste Ziele orientierte Bündnisse zu erreichen, zugleich in diesem Prozess die Revisionisten zu entlarven und den Reifeprozess des politischen Bewusstseins der Menschen voranzubringen.

Das heißt aktuell, so schwer das viele Genossinnen, Genossen, auch ich, empfinden: die Zweitstimme gehört auf jeden Fall am 27. September der PDS.

Diesen Widerspruch oder diese Widersprüche kann man auch in der DKP erkennen. Wenn man die letzte Ausgabe der UZ aufmerksam liest, lässt sich das feststellen. So lässt sich auch erklären, dass die Zeitung „RotFuchs“⁵³ einigen Funktionären ein Dorn im Auge ist.

Ich stimme, lieber Dieter, mit Dir überein, es ist alles sehr schwer. Bei den beschränkten personellen, materiellen Möglichkeiten, über die die Linken verfügen, besonders schwer. Das ND könnte hier eine gute Rolle spielen, aber es wird mehr und mehr das Sprachrohr der Revisionisten.

⁵³ Der „RotFuchs“ wurde damals von der revisionistischen Führung der DKP um Heinz Stehr und Leo Mayer stark angefeindet.

Dennoch müssen wir alles in unseren Kräften stehende tun, um die Menschen, sicherlich in einem langen Prozess, an die richtigen Positionen heran zu führen. Der RotFuchs ist eine Möglichkeit, auch die UZ kann sich zu Wort melden, eine aktive Rolle spielen.

Wir sind, lieber Dieter, in eine schwere Zeit hinein gestellt. Hinzu kommt, dass dieser oder jener Mensch, zu dem wir in der Vergangenheit großes Vertrauen hatten, nun gewendet ist und, wie wir wissen und tagtäglich erfahren, zum Klassegegner übergelaufen ist.

Wir selbst sind in einem Alter, wo die Kräfte schwinden. Und trotzdem, so lange wir können, wollen wir unserer politischen Verantwortung gerecht werden.

In diesem Sinne bitte ich meine kargen Gedanken zu verstehen.

Ich freue mich, dass es Dir trotz der Witterungsunbilden gesundheitlich einigermaßen zufriedenstellend geht.

Mit den besten Wünschen fürs Wohlergehen grüßen Dich und Deine Frau

Eure Genossin Ruth und

Euer Genosse Heinz

8. März 1999

Lieber Dieter,

zuerst vielen Dank für Deinen Brief vom 16. Februar 1999, Eure herzlichen Grüße und die anregenden Gedanken zu den gesellschaftlichen Ereignissen.

Ruth und ich übermitteln Deiner Frau und Kampfgefährtin herzliche Glückwünsche verbunden mit den besten Wünschen für Gesundheit anlässlich des internationalen Frauentages.

Ich freue mich, Dir in jüngster Zeit als klugen, unserer gemeinsamen Sache dienenden Autor des „RotFuchs“ zu begegnen. Es ist gut, dass sich

Genossinnen, Genossen mit umfangreicher politischer Erfahrung, wo immer es möglich ist, einbringen. Dies ist für uns dringend geboten, da der weitaus größte Teil der bürgerlichen Medien, und leider nicht nur diese, damit beschäftigt sind, die Geschichtsfälschungen auf die Spitze zu treiben.

Selbst sich links orientierende oder gar sich sozialistisch nennende Zeitungen sind davon nicht frei. So gesehen erfüllt der „RotFuchs“ eine wichtige Funktion und deckt, wie aus den Leserbriefen zu entnehmen ist, ein dringendes Bedürfnis. Ich stehe also zu dieser Publikation.

In der letzten Nummer gibt es einen Leserbrief von Genossen Häusel, ehrenamtlicher Mitarbeiter der UZ. Abgesehen von dem etwas überheblichen Ton und zum Teil zynischer Diktion gibt es Gedanken, die bei der weiteren Gestaltung des „RotFuchs“ beachtet werden sollten. Das Impressum belegt, es ist eine Zeitung einer Teilorganisation der DKP⁵⁴. Das erfordert unter anderem drei Dinge:

1. muss sich das Parteileben in dieser Zeitung widerspiegeln,
2. muss die Parteiorganisation in Abständen über die Perspektive der Zeitung informiert werden,
3. sollte berücksichtigt werden, das zentrale Organ der DKP ist die UZ. Das muss zur Folge haben, dass für diese Zeitung geworben wird und dass das in Vorbereitung befindliche Pressefest zu einem markanten politischen Ereignis nicht nur der DKP, sondern aller linken Kräfte wird.

Dies alles wird auch durch die Tatsache unterstrichen, dass das inhaltliche und organisatorische Schicksal des ND sehr fraglich ist. Siehe Verlautbarungen im ND und in der jungen Welt.

⁵⁴ Der „RotFuchs“ erschien zunächst als Organ der DKP Berlin, Gruppe Nord-Ost. Diese galt als konsequent marxistisch-leninistisch, was eine gewisse Revisionismuskritik beinhaltete. Die revisionistische damalige Führung der DKP fürchtete aber die inhaltliche Auseinandersetzung und setzte auf Formalia, von denen Heinz Keßler im Folgenden spricht.

Damit kein Irrtum aufkommt, ich bin für den Inhalt und dessen Weiterentwicklung des „RotFuchs“, wie dieser jetzt präsentiert wird. Das kann auch für die inhaltliche Weiterentwicklung der UZ nützlich sein.

Andere wichtige politische Themen wie:

- a) wann und unter welchen Umständen, mit welcher Zielstellung beteiligen sich linke Parteien im bürgerlich-parlamentarischen System an Regierungen oder tolerieren Regierungen;
- b) wen sollen linksorientierte Menschen wählen in der jeweils konkreten politischen Situation angesichts des Verhaltens von Brie, Pau und anderen PDS-Funktionären;
- c) wie und wohin muss es mit der Solidaritätsbewegung für die Beseitigung der politischen Strafverfolgung weiter gehen? Nicht Amnestie! Und die Stellungnahmen der Bundesstaatsanwaltschaft zum Revisionsantrag von Egon Krenz

bedürfen der gesteigerten Aufmerksamkeit linker Zeitungen, so auch der UZ und des „RotFuchs“.

Lieber Dieter, Ruth und ich waren in der ersten Februarhälfte 14 Tage zur Kur in Jáchymov, 20 km hinter Oberwiesenthal. Wir waren mit unserer praktischen Behandlung zufrieden. Wir hoffen, ein wenig davon profitieren zu können. Aber alles, was hinter uns liegt, macht sich doch zuweilen bemerkbar.

Nichts desto trotz, wir kämpfen mit Euch weiter.

Schmerzlich ist es, dass nicht wenige Genossinnen, Genossen unserer Generation aus gesundheitlichen Gründen ausfallen. Die Auffüllung unserer Reihen mit jungen Leuten geht zu langsam vor sich. Auch das ist ein dringendes Thema für linke Presseerzeugnisse – ein sehr aktuelles und mit der Dringlichkeitsstufe Nr. 1!

Wir hoffen, dass es Dir, Deiner Frau, den Umständen entsprechend zufriedenstellend geht.

In Erwartung des Frühlings mit all seinen wunderbaren Seiten kann man nur sagen: „Wir lassen Euch hoffen!“

Grüße bitte, wenn Du kannst, die Freunde, Genossinnen und Genossen.

Für Euch alles Gute,

Ruth und Heinz

Brief von Dieter Itzerott an Heinz Keßler

16. Mai 1999

Lieber Heinz,

es ist wohl an der Zeit, dass ich wieder einmal etwas von mir hören lasse. Leider habe ich nicht viel Positives zu berichten. Wir haben einige schlimme Monate hinter uns.

Adi erkrankte im Februar an Lungenentzündung und kam ins Krankenhaus. Im Ergebnis einer CT-Untersuchung wurde festgestellt, dass sie eine schwere Lungenembolie hat und sie wurde, regelrecht in letzter Minute, mit dem Rettungshubschrauber in das Herzzentrum in Leipzig gebracht. Als ich am Folgetag nach Leipzig fuhr, habe ich mich auf der Intensiv-Station des Herzzentrums „daneben gelegt“. EKG-Diagnose an Ort und Stelle – Hinterwand-Infarkt. Eine sofort vorgenommene Untersuchung (Herz-Katheter) erbrachte glücklicherweise Entwarnung.

Nach langem Krankenhausaufenthalt, Anschlusskur, die leider auch nicht optimal verlief (wieder 10 Tage auf der Intensivstation), ist nun eine langsame Stabilisierung eingetreten.

Dieses Ereignis hat unser Leben tief beeinflusst. Nichts geht mehr wie vorher. Wir müssen uns auf einen langen, langsamen Stabilisierungsprozess einstellen. Die Thrombose im linken Bein bleibt ein ständiger Gefahrenherd. Aber ich denke, wir werden auch mit dem fertig, was noch vor uns liegt.

Ich hoffe, dass es Euch, lieber Heinz und liebe Ruth, gesundheitlich einigermaßen gut geht.

Was die Politik angeht, so sind in den letzten Monaten Zäsuren erfolgt, deren globalen Auswirkungen man wohl noch gar nicht voll erfassen kann. Diese

BRD zeigt sich als das, was sie immer war – ein imperialistischer Staat. Sie tritt mit immer härteren Schritt in die Fußstapfen des Zweiten und Dritten Reiches. Sie ist auf dem Weg zum Vierten Reich! (Der Reichstag ist ein äußeres Symbol).

Wenn man das Gerede von „der Rolle Deutschlands in der Mitte Europas“, von „der neuen Rolle in der Weltpolitik“, „von Berlin als Hauptstadt im Herzen Europas“ und „vom Recht Deutschlands auf einen Sitz im Sicherheitsrat“ u.a. hört, wird klar, wohin die Reise gehen soll. Und die Sozialdemokratie hat wieder einmal die schändliche Rolle einer Kriegspartei übernommen. Wenn man den Scharping im Fernsehen sieht und hört, dann kommt einem das große Kotzen an. Ein hysterisches Sprachrohr der NATO-Militaristen!

Die Grünen sind auf dem besten Weg der Selbstzerstörung.

Die PDS hat in der Frage der Nato-Aggression gegen Jugoslawien eine einigermaßen klare Position. Aber die Übernahme des Nato-Bildes, was die jugoslawische Regierung betrifft, ist nicht zu verstehen. Ich glaube, da wird die Strategie des US-Imperialismus nicht voll erkannt.

Leider sind auch die Aktivitäten des Vorstandes der DKP nicht sonderlich konsequent.

Erschreckend, wie es durch die Medien gelungen ist, beachtliche Teile der Bevölkerung zu manipulieren so, dass sie bereit sind, den Nato-Kurs zumindest zu tolerieren.

Ich hoffe, dass es, wenn die Folgen dieser ganzen Politik sichtbar werden, zu einer Desillusionierung und zu einer breiteren Ablehnung kommt. Aber wer hat die Kraft, die Klarheit und den Einfluss, sich an die Spitze zu stellen und die Kräfte zu bündeln? Irgendwie erinnert die Situation an diejenige zu Beginn des Jahrhunderts, als die Zimmerwalder Konferenz die neue Strategie ausarbeitete. Aber damals gab es die KPR und Lenin! Wer soll heute deren Rolle übernehmen?

Es wird wohl noch geraume Zeit vergehen, bis sich Kräfte dieser neuen Qualität unter den neuen historischen Bedingungen formieren. Das wird Sache der nächsten Generation sein. Hoffentlich verpasst die kommunistische Bewegung ihre neue Verantwortung, Pflicht und Chance nicht.

Du wirst sicherlich mitbekommen haben, dass Helmut Müller sein Buch veröffentlicht hat. Ich bin dabei, es aufmerksam zu lesen. Meine Meinung dazu werde ich Dir und natürlich Helmut selbst dann mitteilen.

Man kommt ja gar nicht nach mit dem Lesen all der Bücher die im 50. Jahr der DDR- und BRD-Gründung erscheinen. Außerdem kann man sich das meiste aufgrund der Bücherpreise gar nicht leisten. Die Büchereien haben kein Geld für den Erwerb. Doch nun für heute Schluss.

Viele herzliche Grüße auch an Ruth von mir und meiner Adi!

Dein Dieter

25. Mai 1999

Lieber Dieter!

Ruth und ich bedanken uns herzlich für Eure liebenswerten Zeilen, die solidarischen Grüße und guten Wünsche vom 16. Mai. Wir wissen das hoch zu schätzen, da wir Eurem Brief entnehmen mussten, dass Ihr in den letzten Wochen ernsthafte gesundheitliche Probleme hattet, die Euch große Sorgen bereiteten und die sehr viel Kraft erforderten. Fürwahr, es bleibt uns nichts, was es an Schwierigkeiten gibt, erspart.

Nun hoffen wir, dass es Euch den Umständen entsprechend ein wenig besser geht und Ihr ein wenig Freude an all dem Schönen habt, was diese Jahreszeit in der Natur zu bieten hat. Wir drücken Euch die Daumen.

Bei uns stellen sich sowohl altersbedingt, zum anderen als Auswirkungen der hinter uns liegenden Jahre unterschiedliche körperliche Defizite ein. Wir versuchen – wie Ihr – irgendwie damit fertig zu werden.

Dazu kommt die bedrückende Lage auf vielen gesellschaftlichen Gebieten.

Was gegenwärtig auf dem Balkan, Jugoslawien, vor sich geht, ist der konzentrierte, sichtbare Ausdruck imperialistischer Machtpolitik mit all seinen politischen, ökonomischen, militärischen Pakten. Das alles wird auf dem Rücken der Völker ausgetragen, die es mit ihrem Blut, Leben, Hab und

Gut bezahlen. Immer wieder fragt man sich, hat man denn überhaupt nichts aus den Ergebnissen, fürchterlichen Folgen des Zweiten Weltkrieges gelernt? Ich will nicht in Abrede stellen, dass in den letzten Wochen die Front der Gegner der NATO-Aggression national und international qualitativ, quantitativ größer geworden ist. Aber angesichts der zukünftigen Gefahren reicht das nicht. Also müssen wir mit unseren bescheidenen Kräften weiter wirken.

Auf der Kundgebung auf dem Gendarmenmarkt am 8. Mai, an der wir teilnahmen, war ein großes, weithin sichtbares Transparent gespannt: „Wenn es die DDR noch gäbe, könnte die NATO nicht bomben.“ Fürwahr, das ist die historische Wahrheit.

Vor mehreren Tagen nahm ich an einer Versammlung der GRH Lichtenberg teil. Man hatte die Bundestagsabgeordnete der PDS Angela Marquardt eingeladen. Es war erschreckend, welche verwirrenden, auf keinen Fall zu akzeptierenden Auffassungen diese Genossin in den Grundfragen einnahm. Ein Beispiel: Dass die DDR von vielen Staaten anerkannt und Mitglied der UNO war, sei kein stichhaltiges Argument. Das gleiche könne man heute von der Türkei sagen.

Natürlich kam es zu heftigen politischen Auseinandersetzungen. Wir sehen also, wie notwendig es ist, immer und immer wieder aufklärend zu wirken.

Du, lieber Dieter, bis ja seit Jahr und Tag dabei, in diesem Sinne entsprechend Deinen Möglichkeiten zu wirken.

Lieber Dieter, für Dich, Deine Kampfgefährtin alle Gute, vor allem zufriedenstellende Gesundheit.

In Verbundenheit, Ruth und Heinz

Dieter Itzerott: Eingabe an den Bundespräsidenten und Antwort aus dem Bundespräsidialamt

20. Januar 1998

An den Bundespräsidenten

Herrn Roman Herzog.

Sehr geehrter Herr Bundespräsident,

ich bin 66 Jahre alt. An meinem Alter ist erkennbar, dass ich mein ganzes bewusstes Leben in der DDR verbracht habe. Ich bekenne offen, dass ich diesem Staat, wie Millionen anderer Bürger, eng verbunden war und aktiv in ihm gewirkt habe. Nun muss ich erleben, dass nach dem Beitritt der DDR zur BRD Menschen, die im Grunde nicht anders handelten, politischer Strafverfolgung ausgesetzt sind. Sie haben im Grunde nichts anderes getan, als auf der Grundlage der Gesetze der DDR, in Erfüllung ihres Verfassungsauftrages ihr Amt bzw. ihre dienstlichen Pflichten auszuüben. Für mich ist es besonders unfassbar, dass sogar das Bundesverfassungsgericht gegenüber ehemaligen DDR-Hoheitsträgern das Gleichheitsgebot offen über Bord warf.

Zu den Menschen, von denen ich hier spreche, gehört Herr Heinz Keßler, ehemaliger Verteidigungsminister der DDR, ein aufrechter Antifaschist. Er ist in meinen Augen zu Unrecht verurteilt und verbüßt in hohem Alter, gesundheitlich schwer angeschlagen, eine Haftstrafe in der Justizvollzugsanstalt Hakenfelde. Wie schon bei anderer Gelegenheit möchte ich auch Ihnen gegenüber meinen Protest gegen die Urteile über ehemalige DDR-Hoheitsträger zum Ausdruck bringen. Ich empfinde ihre Verurteilung als Unrechtsakt gegen alle die, die aktive DDR-Bürger waren.

Was Herrn Heinz Keßler betrifft, so bitte ich Sie, anknüpfend an Ihre Rede zum Jahreswechsel, von Ihrem Einfluss Gebrauch zu machen, um ihn auf die gleiche Weise wie Herrn Streletz nach Ablauf der Hälfte seiner Haftzeit aus der Haft zu entlassen.

Es ist für mich, und wie ich aus meinem ausgedehnten Bekanntenkreis weiß, für zahllose Bürger sehr schwer, wenn nicht unmöglich, sich in dem Staat BRD zu arrangieren, wenn Ungleichheit, politische Strafverfolgung, Ausgrenzung und Diskriminierungen beibehalten werden.

Ihr hohes Amt gibt Ihnen, Herr Bundespräsident, die Möglichkeit hier für Veränderung zu sorgen.

In der Hoffnung, mit meinem Anliegen bei Ihnen Gehör gefunden zu haben, verbleibe ich mit vorzüglicher Hochachtung,

Dieter Itzerott

BUNDESPRÄSIDENTIALAMT

Bonn, 9. Februar 1998

Sehr geehrter Herr Itzerott,

der Herr Bundespräsident hat mich beauftragt, für Ihren Brief vom 20. Januar 1998 zu danken und Ihnen zu antworten. Bei der Vielzahl von Zuschriften, die ihn täglich erreichen, vermag er dies zu seinem Bedauern nicht selbst zu tun.

Leider können die Erwartungen, die Sie mit Ihrer Zuschrift verbunden haben, nicht erfüllt werden.

Dem Herrn Bundespräsidenten ist es nicht möglich, Herrn Heinz Keßler Haftverschonung zu gewähren.

Bei Strafen, die von den Gerichten der Länder ausgesprochen wurden, sind für die Erteilung von Haftverschonungen die Gnadeninstanzen der Länder zuständig, auf deren Entscheidungen der Herr Bundespräsident im Rahmen der ihm durch die Verfassung übertragenen Aufgaben und Befugnisse keinen Einfluss nehmen kann.

Mit freundlichen Grüßen.

Im Auftrag,

Antje Siebenmorgen

Heinz Keßler: Das letzte Wort des Angeklagten

Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren,

eine Vorbemerkung: Es ist nicht einfach mit wenigen Worten zu dem, was die Verhandlung und die Beweisaufnahme nicht befördern konnte, weil nicht zutrifft, was die Anklagebehörde zusammengestellt hat, das Wichtigste darzulegen.

Es darf und kann nicht übersehen werden: die weit über zwei Jahre andauernde Untersuchungshaft war für mich eine außergewöhnliche geistige und körperliche Belastung. Unter diesen und anderen Aspekten kann wohl von Ausgewogenheit des Verfahrens keine Rede sein.

Jeder unvoreingenommene Zuhörer wird dafür Verständnis haben, dass die Ausführungen des Vertreters der Anklagebehörde nicht akzeptiert werden und diese so im Raum nicht stehen bleiben können. Sie enthalten viele Unsachlichkeiten, Verdrehungen, konstruierte, unbewiesene Unterstellungen.

Es sind zugleich auch Diffamierungen vieler aufrichtiger, fleißiger, ehemaliger Bürger der nicht mehr existierenden DDR. Vieles erinnert an das Vokabular aus den Zeiten des Kalten Krieges.

Einige Bemerkungen zur Übereinstimmung mit meinen Anwälten

Übrigens, bei unterschiedlichen weltanschaulichen Positionen, verschiedener sozialer Herkunft, unterschiedlichen geographischen Standorten, aber ausgestattet mit umfangreichen juristischen und Lebenserfahrungen unter den jeweils gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen, haben die mir zur Seite stehenden Anwälte, in sachlicher Weise, in überzeugender rechtlicher Würdigung aller Umstände und Zusammenhänge, bei sorgfältiger Beachtung der historischen Abläufe, sich mit den Darstellungen des Vertreters der Anklagebehörde auseinandergesetzt und diese widerlegt.

Das erfordert Aufmerksamkeit und Beachtung, das kann nach meinem Verständnis auch für das Gericht hilfreich, für die sachgemäße Information der Öffentlichkeit im In- und Ausland nützlich und für die positive politische Entwicklung unseres Landes ein bescheidener Beitrag sein. Mein Einverständnis mit den Ausführungen der Anwälte voraussetzend, bleiben mir Bemerkungen der Ergänzung, Unterstreichungen und einige notwendige Richtigstellungen zu den Ausführungen des Oberstaatsanwaltes.

Es muss unterstrichen werden, dass ich vordergründig für mich spreche, aber ein Zusammenhang mit dem Schicksal vieler ehrenwerter Bürger der ehemaligen DDR ist nicht von der Hand zu weisen.

Das wurde von den Vertretern der Anklagebehörde in bemerkenswerter Weise, wie mir scheint mit einmaliger, drohender Offenheit in einer

Gerichtsverhandlung mit eindeutig einschüchternder politischen Zielstellung belegt.

Zur politischen Wertung der Ausführungen des Herrn Oberstaatsanwaltes

Es kann kein Zufall sein, erst recht kein Ausrutscher, dass es der Oberstaatsanwalt für geboten hielt, einige Male zu betonen, dass es sich nicht, wie in der Öffentlichkeit immer wieder festgestellt wurde, bei diesem angestregten Prozess gegen ehemalige Bürger der DDR um eine politische Angelegenheit handelt. Selbstverständlich, fügte er sinngemäß hinzu, gebe es politische Bezüge und viele politische Berührungspunkte.

Also ist es doch ein politischer Prozess.

Bei den vom Oberstaatsanwalt dargebotenen, ergänzenden Bemerkungen zur Biografie des sich hier Verteidigenden hob dieser besonders dessen politische Überzeugung und Handlungen hervor.

Er hielt es für notwendig, auch auf meine politischen Funktionen, wenn auch unvollständig, zu verweisen, etwas, was von mir selbst bereits dargelegt wurde und aller Welt bekannt ist. Wozu eigentlich, wenn nicht zu politischen Zwecken?

Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, dass alle, die an diesem 23.08.1993 in diesem Saal anwesend waren, unabhängig von ihren politischen Positionen, die von Anfang an für dieses Verfahren geltende Meinung, dass es sich um einen politischen Prozess handelt, bestätigt fanden.

„Honeckerprozess“, „Kommunistenprozess“, „Prozess des Jahrhunderts“, „Keßlerprozess“ hieß es in der bunten Palette aller Gazetten. Dies alles, war nicht zufällig in den Überschriften und Schlagzeilen der Zeitungen zu lesen.

Menschen die sich in der Geschichte auskennen, wissen um diese Art der juristischen Verfolgung mit politischen Absichten und Hintergründen.

Man braucht nur die Namen auszuwechseln, dann hat man die Begriffe Kommunisten-, Sozialistenprozesse vieler Jahrzehnte vor Augen.

Angefangen bei Marx und seinen Mitstreitern oder dem legendärsten Sozialdemokraten Bebel bis Rudolf Breitscheid und Erst Thälmann, sie alle stehen für viele, sehr viele.

Von sachlicher, politischer Auseinandersetzung, deren Notwendigkeit auch von denen zu Angeklagten gemachten Funktionären eines anderen Staates nicht in Abrede gestellt wird, kann wohl unter den abfolgenden Umständen, wie jener Unvoreingenommene zustimmen muss, keine Rede sein. Also wird der - ohne Zweifel, politische Charakter - dieses Verfahrens einseitig im Interesse der Anklagebehörde genutzt. Es ist zusammenfassend festzustellen: der massive Versuch, politisch Andersdenkende, antifaschistisch Denkende zu diskriminieren und zu kriminalisieren, wird hier demonstriert.

Was war die Grenze zwischen den beiden Staaten DDR und der BRD?

Im Unterschied zum Herrn Vorsitzenden des Gerichtes, der so weit es mir im Gedächtnis haften geblieben ist, immer von der Grenze zwischen der DDR und der BRD sprach und damit weitestgehend den Realitäten gerecht wurde, hörten wir das von dem offiziellen Vertreter der Anklagebehörde anders.

Anders, wie es eben nicht den Realitäten entsprach. Übrigens auch bei ihm ein Widerspruch, wie eben das gesamte Verfahren widerspruchsvoll ist.

So darf und kann man aber doch historische Entwicklungen, die von vielen nationalen und internationalen Einflüssen und Eingriffen bestimmt wurden, nicht behandeln. Noch dazu, wo das Schicksal vieler aufrichtiger Antifaschisten berührt wird. Viele Menschen, in Ost und West, in hoher politischer und staatlicher Verantwortung, waren an den Geschehnissen beteiligt und könnten, müssten Zeugnis ablegen.

Einerseits spricht der Oberstaatsanwalt von einer innerdeutschen Grenze, andererseits von der Souveränität der Deutschen Demokratischen Republik. Der Oberstaatsanwalt ging bei seinen Darlegungen von einer nicht völkerrechtlich vorhandenen innerdeutschen Grenze aus. Auch eine Wiederholung eines Reliktes aus der Zeit des Kalten Krieges.

Welche Verwirrung wurde dadurch gestiftet?

Menschen wurden durch diese irrije Interpretierung der Staatsgrenze der DDR und der BRD hin- und hergerissen, zu falschen Schlüssen und zu falschen Handlungen verführt.

Für den Schaden sollen nun andere verantwortlich gemacht werden. Mit dem Versuch, diese Sprachregelung zum offiziellen Terminus in dieses zerfahrene Verfahren einzuführen, soll eine sinnentstellende Ausgangslage geschaffen werden.

Auch damit, soll dem so genannten Angeklagten, soll den Grenztruppen der DDR, den Angehörigen der sowjetischen Streitkräfte und anderen Persönlichkeiten direkt und indirekt unterstellt werden, eine Grenze gesichert und verteidigt zu haben, für die es keine völkerrechtlichen Grundlagen gab.

Das ist in jeder Beziehung der untaugliche Versuch, historisches Geschehen und real existierende Tatsachen in ihr Gegenteil zu verkehren.

In Folge dessen ist auch aus diesem Grunde die Konstruktion der Anklage, die im Wesentlichen in den Ausführungen des Herrn Oberstaatsanwaltes wiederholt wurde, nicht anwendbar. Sie führt die Öffentlichkeit auf eine falsche Fährte und stellt Menschen, die - wie auch in anderen Staaten - ihren Aufgaben entsprechend der Verfassung des Staates gerecht wurden, unter eine völlig absurde, unberechtigte Anklage.

Bekanntlich waren die DDR und die BRD als selbstständige Staaten Mitglieder der UNO, eben nicht als innerdeutsche Gebilde, was wohl die Rede von dieser „innerdeutschen Grenze“ als Voraussetzung gehabt hätte.

In dieses internationale Gremium, die UNO, wurden sie als selbstständige, souveräne Staaten aufgenommen. Man sollte die diesbezüglichen Dokumente der UNO zu Rate ziehen. Die DDR und die BRD gehörten zugleich als völkerrechtliche Staaten den Paktsystemen – der NATO beziehungsweise dem Warschauer Vertrag – an. Dazu ergaben sich unter anderem für die DDR, die wechselseitigen, in jeder Beziehung abgestimmten Verpflichtungen, diese Grenze, die zugleich Grenze zwischen den beiden sich gegenüberstehenden Paktsystemen war, entsprechend den Erfahrungen der Sowjetunion, ihren Vorstellungen, zu schützen und zu verteidigen.

Wir hatten bekanntlich im Unterschied zur Sowjetunion keine Erfahrung auf diesem Gebiet.

Von diesen Grundprinzipien ausgehend, waren auch die Texte, der Inhalt, der zwischen der Sowjetunion und den anderen europäischen sozialistischen Staaten, des sozialistischen Paktsystems in seinen grundsätzlichen Zügen gestaltet.

So ist es auch und nur so zu erklären, dass die Staatsmänner der BRD und der DDR in ungezählten Begegnungen, unter Berücksichtigung der real existierenden Interessenlage, der Bündnisverpflichtungen in dem jeweiligen Paktsystem, miteinander sprachen, verhandelten, für beide Seiten vorteilhafte Verträge sowie Abkommen aushandelten, abschlossen und die dafür kompetenten Organe des jeweiligen Staates diese ratifizierten. Es muss in diesem Zusammenhang an den bedeutsamen Staatsbesuch des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Herrn Honecker, in der BRD und an die gegenseitigen, damals als für beide Seiten vorteilhaft eingeschätzten Gespräche und Verhandlungsergebnisse verwiesen werden.

Ich erinnere mich, dass im Zusammenhang mit diesem in der ganzen Welt mit größter Aufmerksamkeit verfolgten Besuch eine Begegnung von Vertretern der Wirtschaft, Konzerne, Industrie- und Handelskammern der BRD und der DDR stattfand. Das Echo war allerorts positiv. Von einem neuen Zeitabschnitt der Zusammenarbeit, der Kooperation war die Rede.

Man ging von der Staatsgrenze zwischen der DDR und der BRD, der NATO und des Warschauer Vertrages aus.

Es dürfte nicht unbekannt sein, dass bei den vielen Begegnungen zwischen Staatsmännern und Wirtschaftsleuten enge Beziehungen entstanden und sich weiterentwickelten. Dadurch erwachsen auch freundschaftliche Beziehungen, zuweilen sogar Freundschaften. Auf die Erwähnung von Namen kann ich hier verzichten. Die daran beteiligten beider ehemaliger Staaten, die Damen und Herren beider Seiten, könnten darüber sicher eingehend und gründlich Auskunft geben.

Auch das könnte hilfreich für die Betrachtung der Geschichte sein. Abgesehen davon, dass dieser politische Prozess in einem völlig anderen Licht erscheinen würde.

Es sollte auch nicht unerwähnt bleiben, dass die Kommission zur Markierung der Staatsgrenze, ich betone Staatsgrenze, zwischen den beiden deutschen

Staaten, die aus Vertretern dieser beiden deutschen Staaten bestand, eben diese Staatsgrenze markierte. Dieser Prozess wurde von den Vertretern beider Seiten ständig mit ihren Verbündeten abgesprochen und entsprechende Konsultationen durchgeführt, wie allseitig bekannt war und ist.

Von unserer Seite aus wurde darüber vereinbarungsgemäß die Sowjetunion ständig informiert und gemeinsame Überlegungen für die erfolgreiche Arbeit angestellt. Wer also von einer – damals gar nicht existierenden – „innerdeutschen“ Grenze ausgeht, ignoriert die Realitäten.

Er will von der Nichtexistenz zweier Staaten ausgehen. Er will dem Staat DDR das Recht absprechen, Gesetze, die seinen Interessen, die den Interessen der sozialistischen Staatengemeinschaft, der er angehörte, entsprachen, zu erlassen.

Das heißt: Die in diesem Staat tätigen und unterschiedliche Verantwortung tragenden Menschen sollen diskriminiert und kriminalisiert werden.

Damit ich richtig verstanden werde: politische Diskussionen, Auseinandersetzungen – „JA!“, weil das für jeden gesellschaftlichen Fortschritt, für jedes System nützlich und notwendig ist. Auch in unserer Zeit, in der die Menschen unterschiedliche Erfahrungen sammeln. Aber es ist nicht zulässig, diesen Begriff „innerdeutsche Grenze“ offiziell in die Verhandlungen einzuführen. Gründe dafür habe ich einige angeführt.

Ich gehe davon aus, dass das Gericht sich dieser von der Anklage gemachten Vorstellung und den daraus abgeleiteten Folgerungen nicht anschließt, sich diese nicht zu eigen macht. Ich meine, angesichts der Tatsachen und Fakten, kann es gar nicht anders sein.

Das war auch ein sehr gewichtiger Grund, warum meine Verteidigung ständig um ein völkerrechtliches Gutachten bemüht war. Da wären die vielfältigen Verflechtungen noch sichtbarer geworden, als dies ohnehin schon der Fall ist.

Es ist interessant, dass der Herr Oberstaatsanwalt, als die Darlegung des erkrankten Herrn Felber verlesen wurde, der all diese Gesichtspunkte als Völkerrechtler und kompetenter Mensch für solche Dinge dargelegt hat, diese sofort den Aussagen des hier als Zeuge anwesenden Herrn Krumbiegel in unsachlicher Weise gegenüberstellte. Abgesehen davon, dass er den Herrn

Krumbiegel falsch interpretiert, Gegensätze konstruierte, die es nicht gegeben hat, übersah er, dass eben Herr Felber auf Grund seiner beruflichen Tätigkeit der Spezialist für völkerrechtliche Fragen, für Grenzfragen war und an all den Verhandlungen, die diese Seiten berührten, teilgenommen hat.

Zu dem verklausulierten und dem offenen Versuch des Vertreters der Anklagebehörde, zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und dem von den Streitkräften der Anti-Hitlerkoalition besiegten, zerschlagenen Hitlerdeutschland ein Gleichheitszeichen zu setzen.

Der ist schlicht absurd.

Die sinngemäß wiedergegebene Bemerkung des Oberstaatsanwaltes, dass „Keßler sich dem einen Unrechtsstaat entgegenstellte, um einem anderen Unrechtsstaat später zu dienen“, ist beleidigend, entstellend, infam und eine politische Aussage, die ich als Antifaschist auf keinen Fall unwidersprochen hinnehmen kann.

Dieser hier sprechende Angeklagte wurde von diesem Regime, dem Hitlerregime zum Tode verurteilt. So ist er doch vorbestraft. Vielleicht spielt dieser furchtbare Umstand für die von dem von Herrn Oberstaatsanwalt gebrauchten Formulierungen doch eine gewisse Rolle.

Das muss mit aller Entschiedenheit zugewiesen werden, im Interesse der Millionen fleißigen, hingebungsvoll, von aller Welt geachteten, tätigen Bürger der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik. Diese politisch, juristisch, völkerrechtlich unqualifizierten Feststellungen des Herrn Oberstaatsanwalts sind Anlass, einige verabscheuungswürdige, bemerkenswerte Züge Hitlerdeutschlands hier zu erwähnen und darzustellen:

Die grundsätzliche gesellschaftliche, ökonomische, soziale Struktur hatte sich auch in Hitlerdeutschland verglichen mit vorhergehenden Strukturen nicht wesentlich geändert. Doch eine Veränderung gab es, ohne Grundsätze zu berühren. Es wurde die These vom „raffenden“ und „schaffenden“ Kapital ausgegeben. Das „raffende“ Kapital war das sogenannte „jüdische“ Kapital, das „schaffende“ Kapital war das sogenannte „arische“ Kapital. Die Krupp, die Thyssen, Vöglner, IG Farben und andere eigneten sich auf diese Weise den jüdischen Besitz an. Später kamen die Görings und andere hinzu. Die

verfluchte Rassentheorie, die verfluchten Rassengesetze dienten als ideologische Grundlage für diesen Schachzug.

Der Repräsentant der jüdischen Bevölkerung in Deutschland hat in diesem Zusammenhang bei einer Veranstaltung, welche der Erhaltung des Konzentrationslagers Auschwitz als mahnende Gedenkstätte diente, darauf verwiesen, dass die Industriellen von Rhein und Ruhr in Hitlerdeutschland eben das jüdische Kapital enteignet hatten und für ihre profitablen, kriegsvorbereitenden Zwecke ausnutzten. Nebenbei gesagt, ist es blanker Unsinn, Kapital in solche willkürliche, der Rolle des Kapitals nicht gerecht werdende Kategorien einzuteilen, wie jeder Ökonom bestätigen wird.

Es muss erneut daran erinnert werden, dass in Hitlerdeutschland zehntausende Hitlergegner, Kriegsgegner, Kommunisten, Sozialdemokraten, Liberale, Konservative, Angehörige beider Konfessionen ermordet wurden. Hundertausende von ihnen mussten bis zur Befreiung durch die Alliierten in den Konzentrationslagern, Zuchthäusern, Gefängnissen, Strafbatallionen schmachten und konnten erst nach ihrer Befreiung wieder einer geregelten Tätigkeit nachgehen. Millionen jüdischer Bürger und anderer ethischer Gruppen wurden gequält, vertrieben, verfolgt und schließlich in den Gaskammern umgebracht.

Dieses Deutschland hat unter dem Zeichen des Hakenkreuzes einen Staat nach dem anderen überfallen, die Länder ausgeplündert, deren Bürger zu Millionen verschleppt, schamlos ausgebeutet und Millionen zugrunde gerichtet.

Nach jüngsten Angaben verlor allein die Sowjetunion im Ergebnis des Überfalls durch Hitlerdeutschland 27.000.000 Menschen. Die Anti-Hitlerkoalition musste all ihre Ressourcen mobilisieren, ungezählte Opfer an Leib und Leben erbringen, um dieser Geißel, dem Hitlerfaschismus, dem dritten Reich, diesem Eroberungsstaat den Garaus zu machen.

Wer kann – angesichts dieser aller Welt bekannten und hier nur einiger erwähnter Tatsachen – einen solchen Vergleich, wie ihn der Oberstaatsanwalt andeutungsweise wagte, unternehmen und dies gegenüber Menschen, die an der Seite der Anti-Hitlerkoalition kämpften.

Soll den Hitlergegnern, die an der Seite eines der bedeutendsten Verbündeten der Alliierten, der Sowjetunion, wirkten, vielleicht nachträglich daraus ein

Vorwurf gemacht werden? Wenn dem so wäre, müsste man sich sagen lassen, dass man im Nachhinein vollziehen möchte, was den Machthabern des Dritten Reiches in einigen wenigen Fällen glücklicherweise nicht möglich war.

Was müsste man bei einem solchen Denkansatz dann zur Rolle der verbündeten der Sowjetunion sagen?

Die Bedeutung des Potsdamer Abkommens der Anti-Hitlerkoalition für die Nachkriegsentwicklung

Im ersten Augenblick scheint es so, dass zwischen dem Potsdamer Abkommen und dem, was hier während des Prozesses vorstättenging, kein unmittelbarer Zusammenhang besteht. Aber ohne die Beleuchtung und Beachtung des Potsdamer Abkommens ist die gesamte Nachkriegsentwicklung bis in unsere heutigen Tage nicht zu verstehen.

Zum Leidwesen unseres Volkes und anderer Völker vermochten es die Patrioten des deutschen Volkes nicht, die Ziele des „Nationalkomitees Freies Deutschland“ zu realisieren, die darin bestanden, gestützt auf die Kraft der Anti-Hitlerkoalition, den Krieg so schnell wie möglich zu beenden, die Truppen der Wehrmacht in die Heimat zurückzuführen, den Bestand des Vaterlandes zu erhalten, unserem Volke und anderen Völkern weitere Opfer zu ersparen, der materiellen Zerstörung unseres Landes Einhalt zu gebieten, zu einem Friedensvertrag zu kommen, der allen Völkern die Garantie gibt, dass sich ein solches von deutschen Boden ausgehendes Unglück nie mehr wiederholt.

Das waren auch die Grundelemente, die die Alliierten nach einer sicher auch kontroversen Diskussion in dem Potsdamer Abkommen festlegten. Dazu gehörten:

- Entmachtung und Zerschlagung der bedeutenden Konzerne,
- Enteignung und damit Entmachtung der Großgrundbesitzer zugunsten der landarmen Bauern und der Landarbeiter
- Auflösung und Zerschlagung aller faschistischen Organisationen,
- Bildung demokratischer Parteien und Organisationen,
- Wiedergutmachung der den Völkern zugefügten Schäden,

- Festlegung der Staatsgrenzen eines einigen demokratischen Deutschlands,
- Bestrafung der Kriegsverbrecher.

An diesen mit dem Willen der Völker, mit den Interessen unseres Volkes übereinstimmenden Festlegungen müssen sich die politischen Kräfte Nachkriegsdeutschlands messen lassen. Das trifft auch für die Personen zu, die an diesem komplizierten einmaligen Prozess teilnahmen, teilhatten. Es war die einmalige Chance, ein neues, demokratisches, einheitliches, antifaschistisches, mit den Völkern fest verbundenes Deutschland aufzubauen.

Diesem Anliegen - und nichts anderem - habe ich mich gleich anderen in unserem Lande, in Fortsetzung meiner antifaschistischen Tätigkeit, als Mitglied der Freien Deutschen Jugend, der Kommunistischen Partei Deutschlands, der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und dann in staatlicher Verantwortung gewidmet. Also in Übereinstimmung mit dem proklamierten Willen der Alliierten, in deren Reihen, vor allem an der Seite der Sowjetunion, ich auch während des Zweiten Weltkrieges wirkte.

Es ist eine üble, vor allem politische Verleumdung, wenn Sie, Herr Oberstaatsanwalt, in ihren Schlussbemerkungen mich anhand eines aus den Zusammenhängen gerissenen Beispiels in die Nähe derer rücken wollen, die mich und andere verfolgten und dem Henker ausliefern wollten.

Abgesehen davon, dass dieses von ihnen gewählte Beispiel des Herrn Arno von Lensky⁵⁵ unvollständig und aus dem Zusammenhang gerissen wiedergegeben wurde. Sie haben natürlich unterlassen und nicht zufällig

⁵⁵ Arno von Lenky war seit dem Ersten Weltkrieg Soldat, zwischenzeitlich aber Mitglied des faschistischen Volksgerichtshofes. Ab 1942 Kommandierender der 24. Panzerdivision der faschistischen Wehrmacht. Kriegsgefangenschaft Anfang 1943 (Stalingrad). 1944 trat er dem Nationalkomitee Freies Deutschland bei und kehrte 1949 nach Deutschland zurück, in die sowjetisch besetzte Zone. 1952 wurde er Generalmajor der Kasernierten Volkspolizei, 1956 Chef der Panzertruppen des in Strausberg ansässigen Ministeriums für Nationale Verteidigung. Um was es bei Heinz Keßlers Bemerkung geht und was der Oberstaatsanwalt vorher behauptet hatte, ließ sich leider nicht mehr rekonstruieren.

vergessen zu erwähnen, dass die Frau dieses Mannes von den Faschisten in das Konzentrationslager geworfen, verfolgt und gequält wurde. Erst der Sieg der Alliierten konnte diese Frau und die Familie befreien.

Was würden sie denn sagen, wenn ich zum Beispiel Carlo Schmidt, Willy Brandt, Kurt Schumacher, andere Demokraten, vielleicht auch Sie in die geistige Nähe der Globkes, Oberländer, Filbinger und der vielen Nazigrößen, Verfasser und Vollstrecker der Rassegesetze rücken würde, von denen ja viele in den Nachkriegsjahren zuerst in den westlichen Besatzungszonen und später in der BRD in maßgeblichen Funktionen wirkten.

Ihr Vorgehen ist unzulässig und höchst verwerflich. Dieser Versuch Ihrerseits ist auch ein Indiz dafür, dass es sich bei ihren Darstellungen um politische Motive, um die Kriminalisierung von Antifaschisten handelt.

Es ist nicht unbekannt, dass in der sowjetischen Besatzungszone, später in der DDR, die Grundsätze des Potsdamer Abkommens oft unter schweren Bedingungen Schritt für Schritt umgesetzt wurden. Ich denke nur an die Reparationen, die von der Deutschen Demokratischen Republik erbracht wurden. Es ist daher nicht möglich und widerspricht den geschichtlichen Realitäten und Abläufen, im Nachhinein Menschen aller politischen Richtungen, die sich diesen, den Völkern und unserem Volk nützenden Aufgaben widmeten, zu diskriminieren oder gar zu kriminalisieren.

Einige Bemerkungen zum Entstehen von zwei Staaten auf deutschem Boden

Hier liegen die Anfänge und Ursachen für die tragenden Elemente des Kalten Krieges, hier ist das Entstehen der selbstständigen Staaten BRD und DDR, deren Staatsgrenzen zugleich die Scheidelinie, die Grenze in diesem Kalten Krieg zwischen den beiden Blöcken, der NATO und des Warschauer Vertrages, waren. Eben auch und deswegen eine militärische Grenze, die wie ein Seismograf die Spannungen zwischen diesen Blöcken in der Zeit des Kalten Krieges anzeigte.

Hier war die Grenze ständig eine Grenze, in der es um Krieg und Frieden ging. Darin bestand die Sensibilität, die Kompliziertheit und die sich daraus für die Staaten ergebende übergreifende, gemeinsame, konkrete Verantwortung. Wer das heute ignoriert, die Dinge so darstellt, als hätte es

diese Entwicklung und diesen real existierenden Zustand in all seinen Verästelungen nicht gegeben, legt falsch Zeugnis ab, spricht wider konkrete historische Abläufe. Derjenige will Analysen durch Diskriminierungen, Kriminalisierungen einzelner Persönlichkeiten, einzelner Gruppen ersetzen – und dann noch sehr einseitig und willkürlich von der Verantwortung aller für die Gesamtzusammenhänge verantwortlichen Kräften ablenken. Daraus ergibt sich folgerichtig, dass die Interessen der Sowjetunion mit denen ihrer Bündnispartner, vor allem mit denen der Deutschen Demokratischen Republik, korrespondierten, übereinstimmten und keine einzige Maßnahme des einen Partners ohne den anderen in diesem entscheidenden Bereich, in dieser Zeit durchgeführt werden konnte und wurde. Daraus für einen Partner oder für einzelne Personen strafrechtliche Verantwortung abzuleiten ist unmöglich, stellt einen Akt der Willkür, der angemäßen einseitigen Auslegung historischer Abläufe dar.

Bemerkungen zu unserem Verhältnis zur Sowjetunion

Man wird der historischen Wahrheit nicht gerecht, wenn man den wichtigsten Faktor der Nachkriegsentwicklung auf dem Gebiet der sowjetischen Besatzungszone, dann der DDR, die umfassenden Beziehungen der DDR mit der Sowjetunion bei der Beurteilung beliebiger Vorgänge nicht zugrunde legt. Wie oft wurde uns in den letzten Jahrzehnten, besonders in der Zeit des Kalten Krieges, in verzerrender Art vorgeworfen, die DDR sei weiter nichts als ein Satellit der Sowjetunion, und zwar ein willfähriger. So wurde unter anderen auch das politische Wirken solcher Persönlichkeiten, wie Pieck⁵⁶, Grotewohl⁵⁷, Ulbricht⁵⁸, Fechner⁵⁹, Dieckmann⁶⁰, Loch⁶¹, Külz⁶² und vieler anderer dargestellt.

⁵⁶ Wilhelm Pieck trat 1917 von der SPD zur USPD über und war am 1.1.1919 Mitbegründer der KPD. 1921 wurde er ins Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale gewählt. 1922 war er Mitbegründer der Internationalen Roten Hilfe. 1931 wurde er Mitglied des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale. 1933 Exil, erst Paris, dann Moskau. Er arbeitete u.a. für Radio Moskau. 1935 wurde er aus der so genannten Brüsseler Konferenz der KPD zum Parteivorsitzenden für die Dauer der Inhaftierung Thälmanns gewählt. 1943 gehörte er zu den Initiatoren des Nationalkomitees Freies Deutschland. 1945 zurück nach Berlin, 1946

Vereinigung von SPD und KPD zur SED, er war gemeinsam mit Otto Grotewohl Vorsitzender der SED. 1949 wurde er Präsident der DDR.

⁵⁷ Otto Grotewohl gehörte 1918 bis 1922 der USPD an, kehrte dann in die SPD zurück. Ende der 20er Jahre wurde er Präsident der Landesversicherungsanstalt des Freistaates Braunschweig. Bis 1933 war er Mitglied der SPD-Fraktion im Deutschen Reichstag. 1933 wurde er von den Hitlerfaschisten seiner Ämter enthoben. Er ging nach Berlin und arbeitete in einer „gemäßigten“ Widerstandsgruppe (Pflege persönlicher Kontakte und Hilfe beim wirtschaftlichen Überleben der Mitglieder). Er wurde während der Nazizeit zweimal verhaftet, aber die Verfahren wurden eingestellt. 1945 war er an der Wiedergründung der SPD beteiligt. Am 22. April 1946, nach den Vereinigungsparteitagen von SPD-Ost und KPD wurde Otto Grotewohl gemeinsam mit Wilhelm Pieck Vorsitzender der SED. 1949 wurde er Ministerpräsident der DDR. 1960 zog er sich wegen schwerer Erkrankung aus dem politischen Leben zurück.

⁵⁸ Walter Ulbricht trat 1912 in die SPD ein, 1917 in die USPD, 1918 desertierte er von der Kaiserlichen Armee, wurde aber aufgegriffen und kam in Haft. 1918 Mitglied des Soldatenrates, 1920 Mitglied der KPD, 1928 ZK der KPD. Nach 1933 kurze illegale Widerstandsarbeit im faschistischen Deutschland, dann Flucht von Paris über Prag nach Moskau. Dort Arbeit für Radio Moskau. 1943 war er Mitbegründer des Nationalkomitees Freies Deutschland. 1945 Rückkehr nach Deutschland, Reorganisation der KPD, Gründung der SED, 1949 Stellvertretender Vorsitzender im Ministerrat. 1950 wurde er zum Generalsekretär des ZK der SED gewählt. Ende der 60er Jahre gab es Spannungen im Politbüro des ZK der SED und mit der Breshnew-Führung in Moskau, am 3. Mai 1971 wurde Walter Ulbricht zum Rücktritt gezwungen.

⁵⁹ Max Fechner trat 1910 in die SPD ein, war 1917-1922 Mitglied der USPD, kehrte dann in die SPD zurück. Während des Hitlerfaschismus war er in der Widerstandsgruppe um Franz Küster tätig, wurde zweimal verhaftet und war 1933/34 und 1944/45 in Haft. Nach 1945 war er Mitglied des Zentralausschusses der SPD, nach der Gründung der SED Mitglied des ZK. 1949 bis 1953 war er Minister für Justiz der DDR. Nach dem 17. Juni 1953 wurde er wegen seines sehr weichen Vorgehens gegen die Rädelsführer des

Wir, auch ich, sahen das anders. Für uns war die Sowjetunion das Land, welches als erstes Land den Versuch unternommen hatte, eine Alternative zu allen bisher bestehenden gesellschaftlichen Ordnungen aufzubauen, und wie wir wissen, unter sehr schwierigen, komplizierten Bedingungen. Die Sowjetunion und ihre Völker hatten, was wohl niemand in Abrede stellen kann, im Zweiten Weltkrieg die größten, schmerzlichsten Opfer gebracht. Ihre Menschen hatten, aus Erfahrung gewachsen, ein elementares eigenes Interesse an der Sicherung und Erhaltung des Friedens. Hier und in anderen Fakten haben wir die Übereinstimmung der prinzipiellen Interessen unserer Staaten und Völker gesehen.

Das alles fand seinen Niederschlag in den Verträgen und Abkommen der DDR und der Sowjetunion. Von diesem Geist waren auch die grundsätzlichen Dokumente der Staaten des Warschauer Vertrages bestimmt. Für uns war die

Putschversuches seiner Ämter enthoben, angeklagt und verurteilt. Er war bis 1956 in Haft. Danach wurde er rehabilitiert.

⁶⁰ Johannes Diekmann war 1918 Vorsitzender des Berliner Soldatenrates, trat im gleichen Jahr in die DVP ein und war enger Mitarbeiter Stresemanns. Nach 1945 war er Mitbegründer der LDPD in Sachsen, von 1949 bis zu seinem Tod 1969 war er stellvertretender Vorsitzender der LDPD und Präsident der Volkskammer der DDR.

⁶¹ Hans Loch emigriert 1936 in die Niederlande, kehrte 1938 nach Deutschland zurück und war von 1939-1945 Soldat der faschistischen Wehrmacht. 1945 war er Mitbegründer der LDPD. 1949 wurde er als Minister für Finanzen in die DDR-Regierung berufen, was er bis 1955 blieb.

⁶² Wilhelm Külz wurde 1918 Mitglied der Deutschen Demokratischen Partei (DDP), 1922 -1932 Abgeordneter des Deutschen Reichstages. 1945 gehörte er zum Gründungskreis der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands. 1948 brach das Projekt einer zonenübergreifenden liberalen Partei zusammen, weil der Ost-Flügel am „1. Deutschen Volkskongress für Einheit und gerechten Frieden“ teilgenommen hatte. Theodor Heuß lehnte das kategorisch ab. Wilhelm Külz war gemeinsam mit Otto Nuschke (CDU) und Wilhelm Pieck (SED) 1948 Vorsitzender des Deutschen Volksrates, des Vorläufers der Volkskammer der DDR.

Tatsache, dass die stärkste Gruppierung der sowjetischen Streitkräfte auf dem Territorium der Deutschen Demokratischen Republik stationiert war, die Garantie, dass in Übereinstimmung mit den Interessen der beiden Staaten, aller Staaten des Warschauer Vertrages, hier an dieser Staatsgrenze zwischen der BRD und der DDR, zwischen NATO und dem Warschauer-Pakt, der Frieden gesichert werden kann und muss.

Ausgehend von dieser qualitativen und quantitativen Seite gab es und konnte es keine politische, militärpolitische, militärische, grenzsichernde Maßnahme geben, die nicht miteinander abgestimmt wurde und ausgehend von den Erfahrungen der Sowjetunion, der sowjetischen Streitkräfte, der Grenztruppen der Sowjetunion im Zusammenwirken überlegt, veranlasst und durchgeführt wurde.

Wer das nicht beachtete und ignoriert, will einige Bürger der Deutschen Demokratischen Republik ins Zentrum der Ereignisse unterschiedlichen Charakters stellen, will die Zusammenhänge bewusst entstellen, will Sündenböcke finden und die wirklichen historischen Zusammenhänge, die daraus resultierenden Handlungen entstellen.

Dafür wurden meines Erachtens genügend Hinweise, Fakten während der Beweisaufnahmen dargelegt. Es sei an den Brief von Marschall Konjew⁶³, an die Ausführungen von Falin⁶⁴, Krenz, Herger⁶⁵ und andere erinnert. Auch das

⁶³ Iwan Stepanowitsch Konjew ging 1917 zur Roten Armee, kämpfte im Bürgerkrieg in der Fernost-Armee gegen die konterrevolutionären Kolttschak-Truppen. 1941 wurde er Oberbefehlshaber der sowjetischen Westfront. Er war beteiligt an der Befreiung der sowjetischen Gebiete, Polens, Schlesiens, dabei auch des KZ Auschwitz vom Faschismus. Am 16. April eröffnete er die Schlacht um Berlin. 1955 bis 196 war er Oberkommandierender der Streitkräfte des Warschauer Vertrages. Er gehörte dem ZK der KPdSU an.

⁶⁴ Valentin Falin gehörte 1950/51 dem Stab der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland an. 1953 wurde er Mitglied der KPdSU, 1961 Experte für Deutschlandfragen im Beraterstab Chruschtschows, nach dessen Sturz Chef der Beratergruppe des sowjetischen Außenministers Gromyko. 1971 bis 1978 war er Botschafter der Sowjetunion in der BRD. Sein weiterer Aufstieg hing mit Gorbatschows „Perestroika“ zusammen, nun

Nichterscheinen von Herrn Gorbatschow ist nach meiner Auffassung eine Bestätigung für obige Feststellung.

In einer Erklärung der KP Russlands zum Gerichtsverfahren gegen Keßler, Streletz und Albrecht heißt es: „Solche Vergesslichkeit sei nicht nur für politische Kreise im Westen, sondern leider auch für einige frühere Führer unseres Landes charakteristisch. Ihnen sei entfallen, dass sie die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik als Wendepunkt der Geschichte Deutschlands und Europas und diesen Staat als bedeutenden Faktor des Friedens bezeichnet hatten. Wir, die Kommunisten Russlands, schämen uns dafür, dass der frühere Führer der KPdSU, der unseren Verbündeten, der DDR, Liebe und Freundschaft schwor, jetzt feige die Aussage als Zeuge vor dem Berliner Gericht verweigert. Wie könne man die Geschichte vergessen und dabei sich des Titels Ehrenbürger-Berlins erinnern?“ fragen die Autoren Michael Gorbatschow.

Ich zitiere weiter: „Heinz Keßler wird in der Erklärung als Kämpfer gegen den deutschen Faschismus, einer der Gründer des Komitee Freies Deutschland und wahrer Freund der Sowjetunion bezeichnet. Die Kommunisten Russlands“, heißt es abschließend, „erklären den deutschen Freunden und Antifaschisten ihre Unterstützung und sind sicher, dass die Geschichte alles an seinen Platz rücken wird.“

Bei den wenigen kurzen Begegnungen, die ich mit Herrn Gorbatschow hatte, fragte er immer, wie die Zusammenarbeit mit der Gruppe der Sowjetischen

wurde Falin Mitglied des ZK der KPdSU und Leiter der Internationalen Abteilung. 1990 konnte er Gorbatschow davon überzeugen, die Schuld des NKWD am Massaker von Katyn zu behaupten. Nach dem Ende der Sowjetunion kam Falin auf Einladung Egon Bahrs für acht Jahre nach Hamburg.

⁶⁵ Wolfgang Herger trat 1949 in die FDJ, 1957 in die SED ein. 1964-1976 war er Sekretär beim Zentralrat der FDJ, 1971-1976 Mitglied des Ausschusses für Nationale Verteidigung der DDR und 1986-1990 stellvertretender Vorsitzender bzw. Vorsitzender des Ausschusses für Nationale Verteidigung. 1976-1989 war er Mitglied des ZK der SED. Er wurde 1998 wegen „Beihilfe zum Todschatg“ zu 22 Monaten Freiheitsstrafe auf Bewährung verurteilt.

Streitkräfte auf dem Territorium der Deutschen Demokratischen Republik war. Er verwies immer darauf, dass es unsere gemeinsame Aufgabe ist, die Grenze zwischen den beiden Paktsystemen zuverlässig zu sichern und zu verteidigen. Der Verweis auf die Erfahrungen der sowjetischen Streitkräfte, die Grenztruppen der Sowjetunion war immer gegenwärtig.

Wer wollte und kann angesichts all dieser und anderer Tatsachen übersehen, wie eng die Verzahnungen, Verpflichtungen gewesen sind, sein mussten. Nur unlautere Beweggründe können diese Zusammenhänge ignorieren. Es ist für mich nicht vorstellbar, Herr Vorsitzender, Hohes Gericht, dass sie diese fundamentale wichtige Seite nicht mit der gebührenden Aufmerksamkeit, im Unterschied zu der Betrachtungsweise des Herrn Oberstaatsanwaltes, bei ihren Überlegungen zugrunde legen.

Einige Bemerkungen zur Art des Umgangs mit Beweisträgern und Beweismitteln durch den Herrn Oberstaatsanwalt

Der in offener oder versteckter Form gebrauchte Spruch von den „Kleinen, die man bestraft, und den Großen, die man laufen lässt“, sei gesagt: hierin liegt eine durch nichts bewiesene Schuldzuweisung, Vorverurteilung und er stellt für alle am Schutz der Staatsgrenze beteiligten Menschen eine Demütigung und den Versuch der Kriminalisierung dar.

Ich weise das für mich mit aller Entschiedenheit zurück.

Ich habe 1991, schon von der Staatsanwaltschaft in Untersuchungshaft eingesperrt, in einem der Öffentlichkeit zugänglichen Brief an den Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland, Herrn von Weizäcker, gegen die Hexenjagd gegen alle Angehörigen der Grenztruppen protestiert und die Einstellung dieser Repressalien gefordert.

Eben aus diesen Gründen möchte ich zu dem, was die Verteidiger überzeugend dargelegt haben, und denen ich mich mit dieser Ergänzung anschließe, auf diesen Umstand noch einmal verweisen. Die Beweisaufnahme brachte nicht einen einzigen Beleg dafür, dass ich in den qualitativ unterschiedlichen Funktionen, in denen ich mit den Problemen des Schutzes der Staatsgrenze konfrontiert war, mich nicht entsprechend der Verfassung und der Gesetze der Deutschen Demokratischen Republik, den Weisungen der politischen und staatlichen Vorgesetzten verhalten habe.

Es sei denn, es werden – wie das von der Vertretung der Staatsanwaltschaft versucht wurde – die Verfassung der DDR, die Legislative, die Volkskammer, die Gesetze der DDR für null und nichtig erklärt. Aber wem waren denn die Bürger der DDR, die Angehörigen der Grenztruppen, wie auch ich verpflichtet? Doch dieser DDR, die Mitglied der UNO war, die mit vielen Staaten Verträge hatte und ein unlösbares Mitglied des Warschauer Vertrages war.

Wenn man die Mitgliedschaft im Verteidigungsrat so fälschlich beurteilt und bewertet, wie das von Herrn Oberstaatsanwalt versucht wurde, liegt der Gedanke nahe, dass man das vielleicht grundsätzlich für die Mitgliedschaft in der Volkskammer, die unter anderen das Grenzgesetz beschlossen hat, und deren Abgeordneter ich war, anwenden. Wohin soll das führen? Diese Frage zu stellen, ist wohl mehr als berechtigt. Man stelle sich vor, man würde diese Denkart und die sich daraus ergebenden Folgerungen auf alle Lebens- und gesellschaftlichen Bereiche ausdehnen.

Die Darlegungen des Zeugen Falin wurden völlig einseitig aus dem von ihm dargelegten Zusammenhang gerissen und interpretiert. Siehe unter anderem: Zeitpunkt, Gründe, Absprachen der Sowjetunion mit den USA über die ins Auge gefassten Maßnahmen an der Grenze zwischen der BRD und der DDR, der NATO und den Warschauer-Pakt-Staaten. Falin verwies zum Beispiel auf den Briefwechsel zwischen Chruschtschow und Kennedy und er erklärte, wenn dieser Briefwechsel, der zurzeit noch nicht der Öffentlichkeit zugänglich ist, bekannt würde, würde sich dieser Prozess erübrigen. Auch der Zeuge Kwizinskij⁶⁶ und dessen Aussagen wurden nur zugunsten der vom Staatsanwalt gewollten Darstellung wiedergegeben. Es sei an die Feststellung des Herrn Kwizinskij zur Übergabe und Entgegennahme von Protestnoten durch die westlichen Besatzungsbehörden an die sowjetischen Besatzungsbehörden erinnert.

Diese wenigen Hinweise mögen genügen, um zu belegen, wie kompliziert, miteinander verwoben solch komplizierte politische, militärpolitische, auch

⁶⁶ Juli Alexandrowitsch Kwizinski war Botschafter der Sowjetunion von 1978 – 1981 und 1986 – 1991. Er blieb nach der Konterrevolution überzeugter Kommunist und zählte von 2003 an zur KP-Fraktion der russischen Duma.

militärische Fragen waren und sind und wie diese in das internationale Geschehen eingebettet waren.

Wie wollen Sie dann, Herr Oberstaatsanwalt, Belege für direkte Verantwortung derer ableiten, die Sie hier oft in beleidigender, demütigender Weise glaubten behandeln zu können?

In diesem Zusammenhang muss auch an die Heranziehung und Herbeischaffung des Briefes von Marschall Konjew erinnert werden. Die Staatsanwaltschaft war dabei nicht sehr hilfreich. Als dieser Brief gegenwärtig war, wurde immer wieder versucht, seine fundamentale Bedeutung für das Verständnis der Geschichte bis in das Jahr 1989 zu bagatellisieren, sogar abzustreiten. Ist das die gepriesene Objektivität?

Nehmen wir die immer wieder erwähnte Aktennotiz der von Herrn Honecker entschieden in Abrede gestellten Bemerkung. Es ist nachweisbar festgestellt worden, dass ich diese Notiz nie gesehen habe, sie folglich für mich und für niemanden eine Weisung war. Immer wieder haben Sie, Herr Oberstaatsanwalt, versucht, dieses mysteriöse Dokument als offiziellen, verbindlichen Bestandteil einer Sitzung des Verteidigungsrates der DDR einzuführen. Das ist nicht zulässig und führt zu von ihnen falsch gezogenen Schlussfolgerungen.

Es gab während der Beweisaufnahme nicht einen einzigen Beleg dafür, dass ich, in welcher Funktion ich auch tätig war, mich außerhalb der Verfassung und der Gesetze der DDR bewegt habe.

Ich war in offiziellen Eigenschaften auch im Ausland, habe auch mit verantwortlichen Bürgern der BRD, nicht so oft gesprochen wie andere, aber doch gesprochen. Nie ist mir ein solcher Vorhalt, wie er hier vom Herrn Oberstaatsanwalt angebracht wurde, das muss immer wiederholt werden, gemacht worden. Übrigens, soweit mir bekannt ist, anderen auch nicht.

Woher, Herr Oberstaatsanwalt, nehmen sie eigentlich die juristische, moralische und politische Rechtfertigung, so mit uns umzugehen? Etwa, weil wir Bürger der DDR, dazu Antifaschisten, Sozialisten, Kommunisten waren? So jedenfalls - und nur so - muss ihr Auftreten verstanden werden.

Bemerkungen zur Art der unzumutbaren politischen Diskriminierung

Sie sind, so meine ich, auch ein Beleg dafür, dass es sich entgegen ihren mündlichen Beteuerungen, Herr Oberstaatsanwalt, bei diesem Verfahren um eine einmalige politische Angelegenheit handelt.

Es ist aber auch bewiesen worden, dass es nicht möglich ist, die Geschichte beider Staaten, der BRD und der DDR, die in das europäische, die in das Weltgeschehen eingebunden waren, mit den hier versuchten Instrumentarien, mit den von ihnen versuchten Methoden und Mitteln aufzuarbeiten. Was bleibt also?

Sündenböcke für Geschehnisse zu finden, die eben nur im oben genannten Sinne verstanden, analysiert und klargestellt werden müssten. In diesem Zusammenhang wurde in diesem Gerichtssaal der Begriff „Rote Socken“ verwandt. Wir hatten bisher keine Möglichkeit, uns gegen solche Art der Findung des juristischen, politischen und historischen Wahrheitsgehaltes zu wehren, uns auseinanderzusetzen.

Übrigens könnte ich ihnen ziemlich genau berichten, in welchem Zusammenhang dieser Begriff, am Vortag der ersten Wahlen nach dem Zusammenfügen der BRD und der DDR entstanden ist. Dieser Journalist suchte mich am Vortage der ersten Wahlen in dem damals zusammengefügt Deutschland auf. Er drückte mir gegenüber sein Bedauern darüber aus, dass man mit uns ungerechtfertigt schlecht umgehe. Er sei für politische Diskussionen und Auseinandersetzungen. Das von ihm erbetene Gespräch verweigerte ich ihm. Die Antwort war dann seine Bemerkung in seiner Zeitung mit dem oben genannten Attribut.

Und doch möchte ich darauf aufmerksam machen, dass die Ersten und Entschlossensten, die gegen die braune Flut zum Kampf antraten, jene Menschen – im weitesten Sinne des Wortes – waren, die hier und bei anderen Gelegenheiten als „Rote Socken“ bezeichnet werden.

Ich möchte darauf aufmerksam machen, dass diese „Roten Socken“ energischen Protest erhoben, als der Präsident des demokratischen Chile, Allende, in der Moneda bombardiert und schließlich ermordet wurde und im ganzen Land Zehntausende chilenischer Menschen unterschiedlicher gesellschaftlicher Herkunft gefoltert und zu Tode gequält wurden, dass diese

„Roten Socken“ den Helden des südafrikanischen Volkes, Mandela, als er von anderen als Terrorist, als Antidemokrat, Störenfried bezeichnet wurde, Solidarität entgegenbrachten und für seine Freiheit eintraten und kämpften.

Ich schäme mich nicht - wenn man glaubt, solche Menschen so bezeichnen zu müssen - mein bewusstes Leben als „Rote Socke“ gelebt zu haben. Schämen würde ich mich, wenn ich jemals „braun“ oder „annähernd braun“ gedacht oder gehandelt hätte.

Ein Wort zu den Umständen meiner Verhaftung und zur Untersuchungshaft

Am zweiten Pfingstfeiertag 1991 wurde meine Wohnung gewaltsam aufgebrochen, die Schlösser wurden ausgewechselt. Nach der Verständigung durch unseren Nachbarn, begab ich mich vom Wohnsitz meines Sohnes, gemeinsam mit meiner Frau und meinem Sohn zu meiner verschlossenen Wohnung. Da ich keinen Schlüssel für die neuen Schlösser hatte, musste ich mir die Schlüssel bei der Polizei abholen. Beim Eintreffen auf dem entsprechenden Polizeirevier wurde ich verhaftet.

Ich erkläre auch hier und heute, wie ich das immer getan habe, auch bei einer mir gewährten Anhörung vor diesem Gericht im Beisein des Staatsanwaltes: ich hatte und habe nie die Absicht, dieses mein Land auf ungesetzlichen Wege zu verlassen. Hier ist meine Wirkungsstätte, die ich im Rahmen der politischen Möglichkeiten des Grundgesetzes, welches sicher verbesserungsbedürftig ist, wie alle demokratischen Kräfte feststellen, nutzen werde. Dabei ging und gehe ich immer davon aus, dass ich keine kriminellen, mit den Gesetzen im Widerspruch stehenden Handlungen begangen habe. Hier ist mein Platz, um unseren Volk nützlich zu sein. Ich will meinem Land dienen, gleich vielen anderen mit dem Ziel: Dass dereinst der Ausspruch des großen, wunderbaren Poeten Heinrich Heine, „Denk ich an Deutschland in der Nacht, bin ich um den Schlaf gebracht“, nur noch in der Erinnerung der zukünftigen Generationen lebendig ist.

Ich möchte auch diese Gelegenheit nutzen, um mich für die mir entgegengebrachte Solidarität von Menschen aus unserem Lande, aus dem Ausland, aller gesellschaftlichen Schichten vielmals zu bedanken. Jedem Menschen, der in Bedrängnis geraten ist, ist es ein Bedürfnis, denen zu danken, die Verständnis zeigten und zeigen, die Solidarität übten und üben.

Dies gilt auch für mich und vor allem, weil es nach meiner Überzeugung, meiner Erfahrung, Gründe sind, die in meiner politischen Überzeugung und Aktivität als Antifaschist, Sozialist zu suchen sind. Allen dafür meinen herzlichen Dank.

Einige Worte zum Schluss an das Gericht

Herr Vorsitzender, hohes Gericht, ich habe nicht nur heute, sondern immer aufrichtig und wahrheitsgemäß dargelegt, wie ich die Dinge sehe.

Ich habe in meinem Leben in einer komplizierten politischen Welt, Umgebung, auf unterschiedlichen Plätzen gewirkt. Nichts und nirgendwo ist das Wirken von Menschen ohne politischen Fehl und Tadel. So auch mein Wirken nicht. Mich damit kritisch und selbstkritisch im Chor der politischen Klärung der Geschichte unseres Volkes auseinanderzusetzen, halte ich für mein Recht und erst recht für meine Pflicht. Unter anderem rechne ich es mir als ein Versäumnis an, nicht noch entschiedener und entschlossener für den Erhalt der demokratischen, antifaschistischen Einheit unseres Vaterlandes eingetreten zu sein und gekämpft zu haben.

Aber das trifft bekanntlich nicht nur auf mich, sondern auf viele andere zu, vor allem jene Frauen und Männer, die damals mir größerer politischer Autorität ausgestattet waren, Einfluss hatten und bedeutendere Verantwortung trugen.

Aber: nirgends und zu keiner Zeit habe ich mich einer kriminellen, strafrechtlich zu verfolgenden Tat schuldig gemacht.

Ich ersuche sie, Herr Vorsitzender, das hohe Gericht, in Würdigung aller Umstände, bei Beachtung all dessen, was die mir zur Seite stehenden Anwälte überzeugend ausgeführt haben, deren Anträge zum Inhalt ihrer Entscheidung zu machen.

Dies wäre auch ein Beitrag zum Zusammenfinden der Menschen der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik und der ehemaligen Bundesrepublik Deutschland.

Ich danke für die mir erwiesene, mit viel Geduld getragene Aufmerksamkeit.

Heinz Keßler, 23. August 1993

Kurt Gossweiler: Aus meinem politischen Tagebuch „Chronik des Zweifels“ verbunden mit Gedanken zum 90. Geburtstag von Heinz Keßler

In meinem politischen Tagebuch, das zum größten Teil in den beiden Bänden der „Taubenfußchronik“ veröffentlicht worden ist, habe ich unter dem Namen „Chronik des Zweifels“ von 1985 an die einzelnen Reden und Aktionen des neuen Mannes in der Sowjetunion unter die Lupe genommen, ohne zu einer klaren Antwort gekommen zu sein.

Von seinen ersten Auftritten und Aktionen an als Erster Sekretär der KPdSU löste Gorbatschow bei mir Empfindungen ganz gegensätzlicher Art aus:

Einmal die Hoffnung, er werde der lang erwartete Mann sein, der die Partei Lenins weg von dem verderblichen revisionistischen Kurs führen wird, auf den sie durch Chruschtschow mit dem 20. Parteitag gebracht worden war.

Zum anderen immer wieder die Besorgnis, er könnte im Gegensatz der Fortsetzer des Chruschtschow'schen Zerstörungskurses sein. Seine Reden und Aktionen enthielten immer Elemente, die für das eine, aber auch solche, die für das andere sprachen.

Offenbar ist er vorsätzlich vor dem für die KPdSU wichtig Datum des 70. Jahrestages der Oktoberrevolution so aufgetreten, dass die Anhänger der gegensätzlichen Strömungen in der Partei und im Volke in ihm ihren Mann sehen konnten.

Ich habe deshalb mit großer Spannung auf seine Rede zu diesem Jahrestag gewartet, weil ich meinte, hier müsste er endlich ohne jede Zweideutigkeit klar aussprechen, wohin sein Kurs gehen solle. Was ich damals zu einem Ereignis im Vorfeld dieser Rede und zu ihr in meinem Tagebuch notierte - diese Texte sind nicht in der „Taubenfußchronik“ veröffentlicht worden - folgt nun.

Donnerstag, 28. Mai 1987

Die BRD-Medien melden abends: Ein Sportflieger aus der BRD, der am Donnerstag in Helsinki abflog mit dem Ziel Stockholm landet nach einem fast 1000-Kilometer-Flug auf dem Roten Platz in Moskau, nachdem er zwei Runden über dem Lenin-Mausoleum geflogen ist, stieg aus und gab Autogramme, bis er verhaftet wurde. (Ein paar Tage später brachte das BRD-Fernsehen einen Film über diesen Vorgang, also das Kreisen des Flugzeuges über dem Roten Platz und seine Landung und den 19-jährigen Flieger Rust fröhlich lachend inmitten einer seine Maschine dicht umlagernder Menge, angeblich aufgenommen von einem Amateurfilmer.) Dazu die BRD-Nachrichten: das Flugzeug sei von der sowjetischen Luftraumüberwachung nicht entdeckt worden.

Der besondere Witz dabei: Es geschah dies am „Tag der sowjetischen Grenztruppen“!

Und zur gleichen Zeit fand in Berlin ein Gipfel des Warschauer Paktes statt, mit Teilnahme aller Generalsekretäre und Verteidigungsminister! (Also auch des sowjetischen General Sokolow.)

Freitag, 29. Mai 1987

TASS berichtet über den Vorfall, führt dabei aus, das Flugzeug sei bei der Grenzverletzung entdeckt und zweimal umkreist worden. (Das macht die Sache nur noch mysteriöser; wieso ließ man es ungestört weiterfliegen bis Moskau? Wieso wusste in Moskau offenbar keine Stelle von diesem bevorstehenden „Besuch“?)

Samstag, 30. Mai 1987

Lutz Lehmann, ARD-Korrespondent in Moskau, berichtet über die Reaktion in Moskau, erzählt dabei: Es gehen in Moskau Gerüchte um, dass die ganze Sache gestellt sei; es wird vermutet, dass die Veranstalter in den Reihen der Gegner Gorbatschows zu suchen seien, um ihn unmöglich zu machen.

Sonntag, 31. Mai 1987

Frühnachrichten Deutschlandfunk:

Auf einer Sondersitzung des Politbüros am Samstag über den Vorfall wurde der Oberkommandierende der Luftverteidigung, Alexander Koldunow, abgesetzt, gleichzeitig auch der Verteidigungsminister Sokolow. Beiden wird

Vernachlässigung der Grenzen der Sowjetunion und Unfähigkeit in der Unterbindung dieser Aktion vorgeworfen.

In späteren Kommentaren dieser Politbüro-Entscheidung wird gesagt, Sokolow habe zu denen gehört, die mit Gorbatschows Politik nicht einverstanden waren. Gorbatschow habe in bewundernswerter Weise blitzartig eine sich unverhofft (? , K.G.) bietende Gelegenheit beim Schopfe gepackt, einen unbequemen Mann los zu werden. An die Armee habe er sich als einzige Institution bisher nicht herangewagt; jetzt sei aber kein Militär mehr Mitglied des Politbüros (Sokolow war Kandidat des Politbüros, und sicherlich wird sein Nachfolger, Dimitri Jasow, ihm in dieser Funktion bald nachfolgen, K.G.).

Was ist zu alledem zu sagen?

Der Vorfall ist in der Tat so unwahrscheinlich, dass es nicht mit rechten Dingen zugegangen sein kann. Es ist undenkbar, dass das Flugzeug nicht bemerkt worden ist – die TASS-Verlautbarung dürfte stimmen und nicht bloß eine Meldung zur Wahrung des Gesichts sein.

Es ist aber auch undenkbar, dass es in der Luftverteidigung nicht die bindende Vorschrift gibt, jedes Flugzeug, das in den Luftraum eindringt, mit den notwendigen Mitteln zum Abdrehen oder zur Landung zu zwingen. Weshalb geschah dies in diesem Falle nicht?

Und: woher kam eigentlich dem 19-jährigen die Idee, ausgerechnet nach Moskau zu fliegen und auf dem Roten Platz zu landen?

Diese beiden Fragen gehören eng zusammen. Und führen fast zwingend zu dem Ergebnis, dass in der Tat das Ganze eine abgekartete Sache war.

Denn: Aus Jux und Dollerei wird kein noch so abenteuerlustiger Neunzehnjähriger in das Hoheitsgebiet einer Macht eindringen, über die ihm anlässlich des Eindringens einer südkoreanischen Maschine und deren Abschuss so schreckliche Dinge erzählt wurden. Ganz abgesehen davon, dass er in seinem Sportfliegerverein natürlich ganz genau über die Respektierung der Grenzen, über die Notwendigkeit, keine Komplikationen mit anderen Saaten zu verursachen, vergattert wurde. Also – auf die Idee ist er mit Sicherheit nicht allein gekommen.

Als Ideenspender kommen natürlich mehrere in Frage:

Irgendwelche BRD-Dienststellen hätten ihn z.B. benutzt haben können, die Wirksamkeit der sowjetischen Luftüberwachung und ihr Reagieren auf Grenzverletzungen zu testen. Aber dann hätte die sowjetische Luftüberwachung normal reagiert, nämlich den jungen Mann gestellt oder zum Abdrehen gezwungen.

Also – das anormale Reagieren der sowjetischen Luftüberwachung spricht dafür, dass irgendjemand, der einflussreich genug war, die normale Reaktion verhinderte.

Angenommen, dies seien, wie Lutz Lehmann aus Moskau gerüchtehalber meldete, Gegner Gorbatschows gewesen. Sie könnten dann nur in den Reihen der Militärs gesucht werden. Was hätten sie sich davon versprechen können? Die Antwort: Nichts für sich, alles für Gorbatschow! Denn für das Versagen militärischer Stellen werden zuerst die Militärs zur Verantwortung gezogen, nicht der Generalsekretär!

Freitag, 17. Juli 1987

Im gestrigen ND die Rede Gorbatschows auf dem Treffen mit Leitern der Massenmedien und Berufsverbänden der Kulturschaffenden. Das Treffen zeigt, dass die Führung sehr überlegt die Umgestaltung umfassend, nicht nur als ökonomische Aufgabe betrachtet.

Es zeigt zum anderen, dass im Lande große Widersprüche bestehen und dass der Glasnost-Appell auch Kräfte in Bewegung setzte, die unter „Demokratisierung“ grünes Licht für den Marsch in Richtung Kapitalismus verstehen.

Wenn ich es richtig sehe, diene diese Beratung vor allem der Zurückweisung aller Versuche, die Umgestaltung zu einer Wiederaufnahme der „Abrechnung mit der Vergangenheit“ im Geiste eines Chruschtschow auszunutzen; diene der Klarstellung der Position der Partei gegenüber der Geschichte des Landes in Vorbereitung auf das 70.Jahr-Jubiläum der Oktoberrevolution. Die Erwähnung der „Verschärfung der Diskussion“, der „Leidenschaften auf einer Sitzung des Schriftstellerverbandes der RSFSR“ und anderes zeigte dies an.

Fazit: Zu Tendenz und Absicht der Rede – nämlich dem 70. Jahrestag mit Stolz und Freude entgegen zu gehen – natürlich volles Einverständnis.

Besorgnis erregt erstens die aus der Rede abzulesende Breite und Tiefenwirkung der Anti-Stalin-Welle, die durch die Perestroika-Losung nach Glasnost und Demokratie hervorgerufen wurde, zweitens erscheint mir die Argumentation und Begründung der Berechtigung von Stolz und Freude im Rückblick auf die 70 Jahre zu defensiv und zu schwach und arm an Argumenten. – Man möchte glauben und ich habe auch den Eindruck, das Gorbatschow voll hinter dem steht, was er sagt.

Aber die Schwachheit der Argumentation zwingt nach allen Erfahrungen mit Chruschtschow doch dazu, die Möglichkeit, dass Gorbatschow nur halbherzig einen Auftrag des Politbüros und des ZK ausgeführt hat, nicht völlig auszuschließen.

Der Argwohn ist zurückgedrängt, aber noch nicht völlig beseitigt. Endgültige Klarheit muss und wird hoffentlich seine Rede am 70. Jahrestag bringen.

Samstag, 2. November 1987

Rede Gorbatschows auf der Festsitzung zum 70. Jahrestag der Oktoberrevolution. (!Neues Deutschland vom 3. November 1987)

Hat die Rede die endgültige Klarheit gebracht?

Beim Lesen der ersten eineinhalb Seiten der Rede war ich voller Zuversicht: Ja, jetzt ist klar: Die Perestroika meint es ernst mit der Fortsetzung der Oktoberrevolution! Die Geschichte des Aufbaus des Sozialismus in der Sowjetunion wird streckenweit so vorgetragen, als ob Gorbatschow seinen Ausführungen den „Kurzen Lehrgang“ der „Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki)“ zugrunde gelegt hätte.

Zitat: „Die Geschichte stellte der neuen Gesellschaftsordnung ein hartes Ultimatum: entweder in kürzester Frist ihre sozialökonomische und technische Basis zu schaffen ... oder unterzugehen... Die Periode nach Lenin - die zwanziger und dreißiger Jahre – nahm in der Geschichte des Sowjetstaates einen besonderen Platz ein. In nur eineinhalb Jahrzehnten wurden grundlegende gesellschaftliche Veränderungen vollzogen. Diese Jahre umfassten so vieles... Das waren Jahre angestrengtester Arbeit bis an

die Grenze menschlicher Möglichkeiten. Jahre harten Kampfes an vielen Fronten. Die Industrialisierung, die Kollektivierung, die Festigung des multinationalen Staates, die Konsolidierung der internationalen Position der UdSSR, die neuen Formen der Leitung der Wirtschaft und des gesamten gesellschaftlichen Lebens – all das fiel gerade in diesen Zeitraum. ... Damals begann der Aufbau der ersten sozialistischen Gesellschaft in der Welt. Das war eine Heldentat von historischer Dimension und Bedeutung. Die Bewunderung für die Heldentaten der Väter und Großväter, die Wertschätzung unserer wahren Errungenschaften werden ewig leben wie die Heldentaten und Errungenschaften selbst.“

Gorbatschow kam dann darauf zu sprechen, „dass in den ersten Jahren des sozialistischen Aufbaus durchaus nicht alle führenden Parteifunktionäre die Leninschen Ansichten zu einigen der wichtigsten Probleme teilten. ... Kleinbürgerliche Wesensart gewann bei einigen angesehenen Funktionären Oberhand. Sie bildeten Fraktionen. ... Sie provozierten die Spaltung. ...

Das trifft vor allem auf L. D. Trotzki zu, der nach Lenins Tod maßlose Führungsansprüche erhob. ... Trotzki und die Trotzkiisten negierten die Möglichkeit der Errichtung des Sozialismus unter der Bedingung der kapitalistischen Umzingelung. In der Außenpolitik setzten sie auf den Export der Revolution und in der Innenpolitik auf das 'Ansetzen von Daumenschrauben' bei der Bauernschaft, bei der Ausbeutung des Dorfes durch die Stadt und auf administrativ-militärische Methoden bei der Leitung der Gesellschaft. Der Trotzkismus ist eine politische Strömung, deren Ideologie im Grunde eine kapitulantenhafte Haltung einnahm, wobei sie sich mit linken, pseudorevolutionären Phrasen tarnten. Dem Wesen nach stellte er eine Attacke gegen den Leninismus an der gesamten Front dar. Es ging praktisch um das Schicksal des Sozialismus in unserem Lande, um das Schicksal der Revolution. Unter diesen Bedingungen musste dem Trotzkismus vor dem ganzen Volke der Nimbus genommen, musste sein antisozialistisches Wesen entlarvt werden.

Die Situation gestaltete sich noch komplizierter dadurch, dass die Trotzkiisten in einem Block mit der neuen Opposition unter der Führung G. J. Sinowjews und L. B. Kamenews agierten. ... Aber die Partei sprach sich letztlich für die Linie des ZK und gegen die Opposition aus, die ideologisch und organisatorisch zerschlagen wurde.

Somit wahrte der führende Kern der Partei unter Leitung J. W. Stalins den Leninismus im ideologischen Kampf. ...

Ende der dreißiger Jahre war die Sowjetunion in der Industrieproduktion auf den ersten Platz in Europa und auf den zweiten in der Welt vorgerückt und zu einer wahrhaft großen Industriemacht geworden. Das war eine Heldentat von weltgeschichtlicher Bedeutung, eine Heldentat der befreiten Arbeit, eine Heldentat der Partei der Bolschewiki.“

Waren diese Aussagen nicht geeignet, alle Zweifel an der bolschewistischen Echtheit Gorbatschows endgültig zu zerstreuen?

Ja, das wären sie gewesen, wenn dem nun folgenden Teil der Rede – in krassem Gegensatz zum Bisherigen – nicht der „Kurze Lehrgang“, sondern offenbar Chruschtschows Reden auf dem XX. und XXII. Parteitag als Vorlage gedient hätten!

Davon nur einige Kostproben:

„Im Lande entstand eine Atmosphäre der Unduldsamkeit, der Feindschaft und des Misstrauens. Später wurde diese politische Praxis ausgebaut und mit der falschen `Theorie´ der Zuspitzung des Klassenkampfes im Prozess des Aufbaus des Sozialismus begründet.

Das hatte einen verheerenden Einfluss auf die gesellschaftspolitische Entwicklung des Landes und brachte schwerwiegende Folgen mit sich. ... Das Fehlen des nötigen Niveaus der Demokratisierung der sowjetischen Gesellschaft hat sowohl den Personenkult als auch die Verletzungen der Gesetzgebung, die Willkür und die Repressalien der dreißiger Jahre ermöglicht. Offen gesagt – Verbrechen, verübt auf dem Boden des Machtmissbrauchs. ...

Jetzt gibt es viele Diskussionen über die Rolle Stalins in unserer Geschichte. ... Die Schuld Stalins und seiner nächsten Umgebung gegenüber Partei und Volk ... ist unermesslich und unverzeihlich. ...

Auf dem XX. und XXII Parteitag verurteilte die Partei scharf sowohl den Kult um Stalin als auch seine Folgen. ...

Doch der Prozess der Wiederherstellung der Gerechtigkeit wurde nicht zu Ende geführt und kam faktisch Mitte der sechziger Jahre zum Stehen. (Zur

Erinnerung: Chruschtschow wurde 1964 seiner Ämter enthoben. K.G.) Jetzt muss man ... erneut darauf zurückkommen.“

Damit ist nun endgültig klar und deutlich geworden, wo Gorbatschow steht und was wir von ihm zu erwarten haben: Er will fortsetzen und vollenden, was Chruschtschow nicht zu Ende bringen konnte. Er ist also wie Chruschtschow ein Feind und ein Helfershelfer der Imperialisten, und ein noch viel gefährlicherer, als Chruschtschow es war.

Dezember 1988

Seit dem 70. Jahrestag der Oktoberrevolution ist die Zeit der Ungewissheit und des Zweifels vorbei und der Gewissheit gewichen, dass das Schlimmste passiert ist – nämlich dass der „Hoffnungsträger“ Gorbatschow in Wahrheit eine neue, noch viel gefährlichere Ausgabe von Chruschtschow darstellt.

Wer das noch nicht bemerkt hat, dem müsste doch wenigstens Gorbatschows Auftritt auf der 43. UNO-Vollversammlung die Augen geöffnet haben. Dort ließ er sich nämlich so vernehmen:

„Die Weltwirtschaft wird zu einem einheitlichen Organismus. ... Wir sind in eine Epoche eingetreten, in der dem Fortschritt die universellen Interessen der gesamten Menschheit zugrunde liegen werden. Diese Erkenntnis macht es erforderlich, dass auch die Weltpolitik von der Priorität der allgemeinmenschlichen Werte (Hervorhebung: K.G.) bestimmt wird. ... Ein weiterer weltweiter Fortschritt ist jetzt nur auf dem Wege der Bemühungen um einen gesamt menschlichen Konsens ... möglich. Schauen Sie, wie sich unsere Beziehungen mit den Vereinigten Staaten von Amerika verändert haben. Nach und nach bildete sich gegenseitiges Verständnis heraus, entstanden Elemente des Vertrauens“ (ND, 8.12.1988)

Das ist die öffentliche Absage an den Klassenstandpunkt und den Klassenkampf und die Vertrauenswerbung von der Tribüne der Vereinten Nationen für den imperialistischen Weltgendarmen und Todfeind der Sowjetunion und des Sozialismus!

Und sein Außenminister Schewardnadse sagte das vor der UNO noch deutlicher:

„Wir sehen die friedliche Koexistenz als universales Prinzip zwischenstaatlicher Beziehungen und nicht als besondere Form des Klassenkampfes.“ (Hervorhebung: K.G.)

Wem selbst das noch nicht die Augen geöffnet hat dafür zu erkennen, was für einer dieser „Retter des Sozialismus“ in Wahrheit war, dem hat Gorbatschow selbst dabei nach gelungener Vollendung der Konterrevolution nachgeholfen, zuerst z.B. in verschiedenen Interviews im Spiegel.

Etwas später dann, 1999, verkündete er in eitlem Siegerstolz und lakaienhafter Selbstlobpreisung seiner Leistung für seine Förderer in den imperialistischen Zentren in dem berüchtigten Vortrag an der Universität Ankara:

Mein Lebensziel war die Zerschlagung des Kommunismus. ... Ich musste die gesamte Führung der KPdSU und die UdSSR entfernen.“ (Veröffentlicht u.a. in der DKP-Zeitung UZ vom 8.9.2000)

Und das reichte nicht aus:

„Ich musste auch die Führungen in allen sozialistischen Ländern beseitigen.“

Auch darin ging ihm Chruschtschow schon voran. Auch der war bemüht, in den sozialistischen Ländern an die Stelle „stalinistischer“ Erster Sekretäre revisionistische Vertrauensleute zu setzen, was ihm in Ungarn mit Imre Nagy und in Polen mit Gomulka auch gelang. Seine mehrfachen Versuche, Walter Ulbricht zu stürzen, sind dagegen alle fehlgeschlagen. (Siehe dazu „Taubenfußchronik“, Bd. II, S. 47-51, S. 194-208)

Und nun also die Fortsetzung bei Gorbatschow. Ja, wir haben es schon ab Oktober 1988 in der Presse verfolgen können, wie „Gorbi“ seine Fäden mit Kohl knüpfte, um den Preis zu vereinbaren, für den er uns an die BRD verkaufen würde: ND vom 25. Oktober 1988: „Treffen Michail Gorbatschows mit Bundeskanzler Kohl in Moskau“. Das war die Grundlage für die nach dem Besuch Kols bei Gorbatschow im Kaukasus im Juli 1990 in der Presse vielberufenen „Männerfreundschaft Kohl-Gorbatschow“.

So weit also das Zitat der Notizen zu meiner „Chronik des Zweifelns“ in meinem politischen Tagebuch.

Seit ich Gewissheit darüber hatte, welch tödliche Gefahr für den Sozialismus, für die Sowjetunion und damit auch für die DDR und alle sozialistischen

Staaten von der Führung in Moskau ausging, drängte sich mir natürlich auch die Frage auf: Wie sieht es eigentlich in unserer Führung aus? Konnte es darunter auch Leute geben, die – bewusst oder aus falschem guten Glauben – Helfershelfer Gorbatschows werden können oder schon sind?

Bei zweien war ich mir ganz sicher, dass dies auf sie auf keinen Fall zutrifft: Bei Erich Honecker und bei unserem Verteidigungsminister Heinz Keßler.

Was Honecker betraf – so war er in meinen Augen zwar bei weitem keine ideale Besetzung für das Amt des Partei- und Staatsführers. Und ich konnte ihm auch nicht verzeihen seine schäbige Rolle beim erzwungenen Rücktritt Walter Ulbrichts, und unverständlich war mir auch, dass er und das Politbüro zugelassen hat, dass die Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED das offenkundig auf ideologische Diversion zielende, von der Grundwertekommission der SPD lancierte Dokument „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“ (ND, 28.8.1987) unterzeichnete. Aber dennoch war ich mir ganz sicher, dass Honecker niemals bereit sein würde, die Deutsche Demokratische Republik preiszugeben. Deshalb musste er ja auch gestürzt werden!

Bei unserem Verteidigungsminister Keßler waren es seine Herkunft aus einem kommunistischen Elternhaus und sein politischer Werdegang – schon in den ersten Tagen nach dem Überfall der deutschen Wehrmacht auf die Sowjetunion ging er auf die richtige Seite über, auf die Seite der Roten Armee, und nahm als Beauftragter des Nationalkomitees Freies Deutschland am Großen Vaterländischen Krieg der Sowjetunion teil – die mir die Gewissheit gaben, dass er kein Gefolgsmann einer „Perestroika“ a la Gorbatschow werden könnte.

Misstrauisch war ich gegen zwei andere aus der Führung unserer Partei:

Zum einen gegen Günter Mittag, von dem sich schon ziemlich weit herumgesprochen hatte, dass seine „Beratungen“ mit unseren Betriebsdirektoren und Wirtschaftsleitern keine Beratungen, sondern Befehlsempfangs-Veranstaltungen waren, bei denen Mittag diese zumeist hochqualifizierten Leiter in skandalöser Weise wie Schuljungen behandelte und widerspruchslose Befolgung seiner Anweisungen verlangte. (Wobei ich mir bis heute die Frage nicht befriedigend beantworten kann, wieso die sich

das gefallen ließen und wieso Mittag von Seiten der Parteiführung, genauer gesagt von Seiten Erich Honeckers, offenbar alles erlaubt war.)

Der zweite, über dessen Vertrauenswürdigkeit ich sehr in Zweifel geraten bin, war Hans Modrow. Der Hauptgrund war ein Besuch Modrows in der BRD beim Parteivorstand der SPD – es war das einige Zeit nach dem SPD-SED-Dokument – und dessen Presseecho im Westen. Das nämlich fiel außergewöhnlich freundlich aus und ließ deutlich erkennen, dass Modrows Besuch ihn in dortigen Führungskreisen zu einem Hoffnungsträger in Bezug auf einen „positiven Wandel“ in der DDR gemacht hatte.

Der weitere Verlauf zeigte mir, dass ich mit meinen Einschätzungen in beiden Richtungen nicht falsch lag, dass ich aber die Zahl der Sympathisanten für Gorbatschows Perestroika- und Glasnost-„Reformen“ in unserer Führung weit unterschätzt hatte. Das wurde offenbar, als Erich Honecker auf der Politbürositzung am 17. Oktober 1989 von einem von Willi Stoph, damals Ministerpräsident der DDR-Regierung, im Namen einer Reihe von Politbüro-Mitgliedern vorgetragene Antrag auf seine, Honeckers, Abberufung von seinen Funktionen überrumpelt wurde und sich für diesen Antrag sieben Redner, darunter Egon Krenz, Harry Tisch, Erich Mielke und Günter Mittag aussprachen und kein einziger dagegen.

Und Heinz Keßler?

Der konnte an dieser entscheidenden Sitzung nicht teilnehmen, weil er auf Parteibeschluss am 13. Oktober zu einem lange vorher festgelegten Freundschaftsbesuch nach Nikaragua und Kuba flog und natürlich ebenso wie Erich Honecker ahnungslos war über den Vorstoß zum Sturz Honeckers, der für die Politbürositzung vier Tage später geplant war. (Ausführlich dazu: Heinz Keßler, Zur Sache und zur Person, Berlin 2. Aufl., 1997, S. 270-275; ferner: Heinz Keßler: Die letzten Tage der SED und der Deutschen Demokratischen Republik, in: „Unter Feuer. Die Konterrevolution in der DDR“, Hrsg: offen-siv, Hannover 2009, S. 100-103.)

Dazu schreibt Heinz Keßler in seinem Beitrag in „Unter Feuer“, S. 101.

„Also bin ich gefahren. Am Dienstag danach hat Stoph in der Politbürositzung (ich war nicht dabei, weil ich ja auf Reisen war) den Antrag eingebracht, unterstützt von Krenz und noch ein paar anderen, Honecker

abzulösen. Später habe ich von einem sowjetischen Genossen erfahren, dass zwischendurch Harry Tisch unter irgendeinem Vorwand in Moskau war bei Gorbatschow und Schewardnadse und dort gefragt wurde: 'Läuft alles?' Er hat geantwortet: 'Ja'. 'Und Keßler?' Da sagte Harry Tisch: 'Den haben wir weggeschickt'. Denn ich hätte nicht zugestimmt. "

Das war im Oktober. Wie ging es weiter?

Hans Modrow wurde am 13. November Ministerpräsident der DDR.

Unter seiner Regierung wird Heinz Keßler einen Monat und 11 Tage später, am 24. Januar 1990, zwei Tage vor seinem 70. Geburtstag, verhaftet und eingesperrt – wegen angeblicher Verschwendung von Volksvermögen.

Ende April eröffnet ihm der Staatsanwalt, er werde am nächsten Tag entlassen. Zu dessen Verblüffung antwortet ihm Heinz Keßler: *„Ich werde aber nicht gehen! Ich gehe erst, wenn der Generalstaatsanwalt dieser Modrow-Regierung eine Erklärung abgibt, dass die Anschuldigungen alle falsch waren.“* (Siehe dazu: *„Unter Feuer“*, S. 102f.)

Er sollte aber nur kurze Zeit in Freiheit verbringen.

Pfingsten 1991, also schon nach dem „Anschluss“, wurde er erneut verhaftet, diesmal von den Justizbehörden der BRD mit der Begründung „Fluchtgefahr“ und mit der Absicht, ihm und anderen zusammen mit Erich Honecker den Prozess zu machen wegen eines behaupteten „Schießbefehls“, um sie dann wegen Totschlags zu verurteilen.

Zwei Jahre und drei Monate währte die Untersuchungshaft und die Haft während des Prozesses bis zum Urteilsspruch am 16. September 1993. Das Urteil lautete auf siebeneinhalb Jahre Haft.

Aus gesundheitlichen Gründen wurde Heinz Keßler am 29. Oktober 1998 „auf Bewährung“ nach fünfeinhalb Jahren Haft entlassen.

Er bewährte und bewährt sich danach in der Tat – als der, der er war und immer geblieben ist, als Kommunist, als konsequenter und unbeugsamer Kämpfer für ein von kapitalistischer Ausbeutung und Unterdrückung befreites Deutschland und als Voraussetzung dafür für das Wiedererstehen einer starken, in den Massen verankerten Kommunistischen Partei.

An seiner Seite kämpft genau so konsequent seine Frau, die Genossin Ruth, die nicht unerwähnt bleiben darf, wenn von Heinz und seinem Kampf die Rede ist, weil es seit langem ihr gemeinsamer Kampf ist.

Und zu dieser Gemeinsamkeit gehört auch ihr Internationalismus und ihre gemeinsame Liebe zum sozialistischen Kuba, die Solidarität mit dem kubanischen Volk und die persönliche Freundschaft zu Fidel und Raúl Castro.

So schwach und zersplittert die antikapitalistischen Kräfte heute auch noch sind, zeigt sich doch - nicht zuletzt als Folge der vertieften Krise des Kapitalismus - auch in Europa vor allem unter der Jugend etwas Neues an, die Weigerung, sich mit den bestehenden Verhältnissen abzufinden, mit einem „System Ackermann“, das in allen Bereichen, vor allem auch in der Bildung, auf Kosten der so genannten „Unterschichten“ brutal nur auf Hebung der Rendite auf ein immer noch höheres Niveau ausgerichtet ist.

Damit verbunden ist auch eine Suche nach Vorbildern. Sie finden sich in großer Zahl in der Arbeiterbewegung, bei den Kämpferinnen und Kämpfern gegen den Faschismus.

Ein solches Vorbild ist auch Heinz Keßler,

- der Jungkommunist, der Antifaschist, der die faschistische Armee verlässt und an der Seite der Roten Armee sein Leben aufs Spiel setzt, um das deutsche Volk vom Faschismus zu befreien;

- der Mitschöpfer einer Jugendorganisation, der Freien Deutschen Jugend, die mit großem Erfolg sich bemühte, aus einer vom Faschismus verführten und missbrauchten Jugend Erbauer einer sozialistischen Gesellschaft und Verteidiger des Friedens zu machen;

- der oberste Chef einer Armee, der Nationalen Volksarmee der DDR, die dafür sorgte, dass, so lange es sie gab, von deutschem Boden kein Krieg mehr ausging;

- der Häftling von Modrow und Kohl, den 8 Jahre Gefängnisstrafen für sein kommunistisches Handeln in seiner Überzeugung, dass gerade ein solches Handeln notwendig ist, nur bestärkt haben;

- unser Genosse Heinz Keßler, der am 26. Januar 2010 sein 90. Lebensjahr vollendet und dem wir für sein vorbildliches Leben als Kommunist und

Verteidiger des Friedens danken und dem wir ein weiteres Jahrzehnt zusammen mit seiner Ruth in Gesundheit wünschen, in dem sie beide die ersten Erfolge eines neuen Aufschwungs der Bewegung für Frieden und Sozialismus auch in Deutschland erleben mögen.

Kurt Gossweiler, 2010. Quelle: „Die Sache aufgeben, heißt sich selbst aufgeben“, Festschrift für Heinz Keßler zum 90. Geburtstag. Hrsg: Freundeskreis Heinz Keßler. Wir danken Kurt Gossweiler für die freundliche Genehmigung des Nachdrucks.

Klaus Eichler⁶⁷: Interview mit Heinz Keßler zum 70. Jahrestag der Gründung der FDJ, Februar 2016

Klaus Eichler:

Genosse Keßler, die Gründungsurkunde der Freien Deutschen Jugend trägt Ihre Unterschrift. Was bewog sie und ihre Freunde, vor nunmehr 70 Jahren einen Jugendverband zu gründen?

Heinz Keßler:

Der Antwort auf die Frage muss man Folgendes vorausschicken: Nach der Zerschlagung des faschistischen Deutschlands durch die Alliierten, besonders die Sowjetunion, die sowjetischen Streitkräfte, entstanden in der sowjetischen Besatzungszone, in der Hauptstadt Berlin, Jugendausschüsse. In den Jugendausschüssen versammelten sich ehemalige Kinder, jetzt Jugendliche oder junge Erwachsene, von Antifaschisten, versammelten sich Menschen, die den Krieg, den faschistischen Krieg, immer verurteilt haben, und suchten nun

⁶⁷ Klaus Eichler wurde 1963 in den Zentralrat der FDJ gewählt, in den 70er und 80er Jahren war er auch Mitglied des Büros des Zentralrats der FDJ. Ab 1974 war er gleichzeitig Generaldirektor des FDJ-Reisebüros „Jugendtourist“. Danach wechselte er in den Sport, war von 1984 bis zur Konterrevolution in der Führung des DTSB tätig und war gleichzeitig Mitglied des Nationalen Olympischen Komitees der DDR.

im Meer der Trümmer, der geistigen und materiellen Trümmer, nach Auswegen aus dieser schwierigen, komplizierten Lage.

Es gab einen zentralen Jugendausschuss. Der wurde vom Genossen Erich Honecker geleitet. Dann gab es Ausschüsse in den einzelnen Ländern wie Sachsen, Thüringen, Brandenburg und so weiter.

Die Hauptaufgabe dieser Ausschüsse bestand darin, erstens mitzuhelfen beim Verändern des Denkens der hier lebenden Menschen, vor allen Dingen der jungen Menschen, mitzuhelfen, dass das schnell und gut vorangeht. Zweitens gab es auch viele junge Menschen, die keine Eltern mehr hatten, deren Väter im Krieg gefallen waren und viele junge Menschen, deren Eltern ausgebombt waren und die haltlos und ziellos dahinlebten.

Die Aufgabe der Jugendausschüsse bestand darin, den sowjetischen Organen in der sowjetischen Besatzungszone und der Hauptstadt Berlin zu helfen, diese Aufgaben zu lösen.

Aus dem Hauptjugendausschuss, den, wie gesagt, Erich Honecker leitete, entwickelte sich dann der Gedanke der Schaffung eines einheitlichen Jugendverbandes, der sich in Fortsetzung der begonnen Arbeit der Jugendausschüsse mit diesen Problemen beschäftigen sollte.

Dazu wurde ein Gründungsausschuss gebildet, in dem junge Kommunisten waren, junge Sozialdemokraten, Vertreter der evangelischen und katholischen Kirche, z.B. von der evangelischen Kirche war ein Pfarrer Harnisch, von der katholischen Kirche ein Domvikar Lange dabei, von sozialdemokratischer Seite war Theo Riechert, Edith Baumann und viele andere und von kommunistischer Seite waren Erich Honecker, Robert Menzel⁶⁸ und auch meine Person und viele andere dabei.

⁶⁸ Robert Menzel wurde 1932 politischer Leiter der „Roten Jungfront“, der Jugendwehrorganisation des RFB. 1933 wurde er vom Hitlerfaschismus zu 12 Jahren Haft verurteilt. Im Februar 1945 wurde er in ein „Bewährungsbataillon“ der Waffen-SS gezwungen, von wo aus er zur Roten Armee desertierte. 1946 kehrte er nach Deutschland zurück und wurde Mitglied der SED. 1946 – 1950 war er Vorsitzender der FDJ-Landesleitung Sachsen-Anhalt, von 1947 bis 1955 auch Mitglied des Zentralrats der FDJ.

Dieser Ausschuss sollte die Gründung eines einheitlichen, demokratischen, antifaschistischen Jugendverbandes erarbeiten. Nun gab es schon gewisse Vorbilder: in England gab es eine Freie Deutsche Jugend, wo solche FDJ-Funktionäre wie Horst Brasch⁶⁹, und viele andere organisiert waren und dorthin kommt auch der Name „Freie Deutsche Jugend. Ähnliche Zusammenkünfte von jungen Menschen gab es in Mexiko, in Frankreich und in anderen Staaten der von den Faschisten okkupierten Länder. Auf deren Arbeit und den Traditionen der fortschrittlichen Jugendorganisationen der Weimarer Republik wie dem Kommunistischen Jugendverband oder der Sozialdemokratischen Arbeiterjugend stützten wir uns bei der Erarbeitung der Prinzipien für einen solchen neuen, einheitlichen Jugendverband.

Warum einheitlich? Die Geschichte hatte gelehrt, dass durch die Spaltung der Arbeiterbewegung auch die Jugend gespalten war und nicht so wirksam werden konnte gegen den Aufstieg des Faschismus, wie das eigentlich notwendig gewesen wäre. Es gab darüber viele Diskussionen, und im Rahmen dieser Diskussionen kam heraus, dass man ein Programm braucht. Und das Programm fand dann seinen Niederschlag in der Formulierung der „Grundrechte der jungen Generation“. Darin waren alle Faktoren, die junge Menschen in ihrem jungen Leben berühren, aufgeführt und es war dargestellt, wie sie in Zukunft gestaltet werden sollen.

Ich will mal einige Beispiele nennen:

Zum Beispiel Studium. Wer konnte früher studieren? Die, bei denen die Eltern Geld hatten. In den „Grundrechten“ steht, dass jeder entsprechend seinen persönlichen Leistungen, jedes Mädchen, jeder Junge, unabhängig

Von 1953 bis 1982 war er stellvertretender Minister für Verkehrswesen, von 1971 bis 1989 Mitglied des ZK der SED.

⁶⁹ Horst Brasch emigrierte siebzehnjährig aufgrund seiner jüdischen Herkunft 1939 nach England, dort Aufbau der FDJ in England, deren Vorsitzender er wurde. Ab 1945 Mitglied des Weltjugendrates. Er wurde 1944 Mitglied der KPD, ging 1946 in die sowjetische Besatzungszone, arbeitete als Journalist, zeitweilig als Chefredakteur der „jungen Welt“, von 1950-1952 war er Volksbildungsmister im Land Brandenburg, von 1963 bis 1989 war er Abgeordneter der Volkskammer der DDR und Mitglied des ZK der SED.

davon, wie der soziale Stand der Eltern, der Vorfahren ist, wenn sie die entsprechenden schulischen Leistungen bringen, studieren können. Und aus diesem Kreis, die sich dann bemühten, studieren zu können, entstand zum Beispiel eine neue Lehrergeneration, denn die bisherigen Lehrer waren ja alle im faschistischen Geist erzogen, davon infiltriert, denn man hatte die junge Generation in Hitlerdeutschland gefügig gemacht für das, was die Faschisten an Grausamkeiten angerichtet haben.

Dann wurde großen Wert in den „Grundrechten“ darauf gelegt, dass man bemüht ist, dass unabhängig vom Geschlecht, jeder gleich bezahlt wird, ob Mädchen oder Junge, ob Lehrling oder Geselle, Mitarbeiter eines Betriebes und so weiter. Das war eine große Errungenschaft.

In den Grundrechten war auch vorgesehen, dass diese Jugendorganisation die Möglichkeit haben muss, in den staatlichen Institutionen, in den in der sowjetischen Besatzungszone entstandenen Parteien mitreden zu können und ihre auf den „Grundrechten der jungen Generation“ basierenden Vorschläge einbringen zu können.

So hatte die Freie Deutsche Jugend nach ihrer Gründung das Recht, bei den Wahlen zu den kommunalen, regionalen Organen in der gesamten Sowjetzone teilzunehmen und eigene Kandidaten auszustellen.

Als Ergebnis kam zum Beispiel heraus, dass, um ein Beispiel zu nennen, in der Volkskammer eine eigene Fraktion der Freien Deutschen Jugend bestand, deren Vorsitzender ich wurde und ich habe auch oft in der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik zu Jugendproblemen gesprochen.

Es gab bei einigen Abgeordneten der Volkskammer nicht unbedingt bösertige, aber doch viele Vorurteile gegen die Formulierung der „Grundrechte der jungen Generation“ und auch gegen die Jugend selbst. Das waren Leute, die nicht einsehen wollten, dass junge Leute von 14 bis 21 Jahren das gleiche Recht haben sollten wie sie, die Gestaltung der Gesellschaft mit durchzuführen und ihre Forderungen einzubringen. Aber die Freie Deutsche Jugend war bei der Entwicklung eines antifaschistisch-demokratischen, dann sozialistischen Staates ein ernst zu nehmender Faktor und hat eine große Arbeit geleistet. Die Freie Deutsche Jugend hat an vielen großen Objekten und Projekten in der Deutschen Demokratischen Republik nicht nur mitgearbeitet, sondern diese mitgestaltet.

Ich nenne zum Beispiel einige, die ich selber auch sehr gut kenne: Wenn man sich erinnert an den Bau der Sosa-Talsperre im Erzgebirge, ich nenne zum Beispiel die Kraftwerke im Cottbusser Raum, ich nenne zum Beispiel die Entwicklung der Werften, des Schiffsbaus und der Schifffahrt in der Ostsee. So wurde die Freie Deutsche Jugend ein Beispiel und spielte eine wichtige Rolle für viele junge Menschen.

Ich möchte darauf verweisen, dass im Ergebnis dieser Entwicklung der „Grundrechte der jungen Generation“ viele junge Menschen später beim Aufbau der Sicherheitsorgane der DDR, der Nationalen Volksarmee, des Ministerium des Innern, des Ministeriums für Staatssicherheit, eine nicht nur aktive, sondern teilweise sogar tragenden Rolle gespielt haben.

Das erste Parlament der FDJ - das wurde so genannt, „Parlament“, das war eigentlich die Delegiertenkonferenz der gesamten Freien Deutschen Jugend zunächst der sowjetischen Besatzungszone, dann der DDR - dieses erste Parlament fand in Brandenburg statt. Und die Grundlage der Auseinandersetzungen mit dem, was war, was in Zukunft sein soll, waren die „Grundrechte der jungen Generation“.

Wenn man sich auseinandersetzte mit der faschistischen Vergangenheit, warum das so war, warum der deutsche Imperialismus sich ein solches Instrument wie die Nazipartei und die Hitlerjugend geschaffen hat, entstand solides historisches Wissen und auf diese Weise wuchsen dann aus der Freien Deutschen Jugend viele Mädchen und Jungs heran, die im gesellschaftlichen Leben, sei es in den Betrieben, sei es in den Verwaltungen, sei es in anderen Organisationen, eine maßgebliche Rolle spielten und die heranwuchsen zu verantwortlichen Funktionären, Leuten, die die DDR weiterentwickelten, weiter aufbauten.

Ich möchte noch auf etwas hinweisen, was mit den „Grundrechten der jungen Generation“ zu tun hat, und was auf dem ersten Parlament der FDJ in Brandenburg an der Havel zum Tragen kam.

Ich will an drei, vier große Ereignisse erinnern. Die Freie Deutsche Jugend war gemeinsam mit dem Freien Deutschen Gewerkschaftsbund der Träger des Berufswettbewerbs. Der bedeutete: Der Sinn des Lebens muss darin bestehen, durch geistige und materielle Arbeit dazu beizutragen, dass ein neues, ein besseres, ein friedliebendes, ein antifaschistisches Deutschland entsteht.

Ich erinnere an solche Veranstaltungen wie „Die Meister von morgen“, wo die besten Arbeiterinnen, Arbeiter, besten Angestellten, weibliche wie männliche, von Zeit zu Zeit regional und in der gesamten DDR zusammenkamen, ihre Gedanken austauschten und gleichzeitig Ausstellungen organisierten, wo alle jungen Menschen sehen konnten, was man durch intensive, vom Antifaschismus getragene Arbeit leisten kann.

Und ein Zweites. Vielleicht könne sich viel nicht mehr daran erinnern: Die erste deutsche Jugenddelegation, die nach dem fürchterlichen, von den Faschisten herausbeschworenen Krieg die Sowjetunion besuchte, war eine Delegation der Freien Deutschen Jugend, bekannt unter dem Begriff: „Der Friedensflug nach dem Osten“. Der Leiter der Delegation war Erich Honecker, es waren Vertreter dabei von früheren fortschrittlichen Sozialdemokraten wie Edith Baumann, dort waren Vertreter der bürgerlichen politischen Richtung dabei und junge Antifaschisten, die mutig gegen den Faschismus gekämpft hatten und nach der Befreiung, wenn sie das Glück gehabt haben, am Leben zu bleiben, aktive Mitglieder, Funktionäre der der FDJ waren.

Ich will nur zwei, drei nennen: Das ist Robert Menzel, der war der erste Vorsitzende der Freien Deutschen Jugend in Sachsen-Anhalt, das war Gerhard Heidenreich⁷⁰, das war der erste Vorsitzende der freien deutschen Jugend in Sachsen, und so könnte ich viele, viele Beispiele nennen.

Dieser „Friedensflug nach dem Osten“ war der erste organisierte, für alle Welt sichtbare Ausdruck dafür, dass diese junge Generation mit ihrer Freien

⁷⁰ Gerhard Heidenreich wurde 1934 wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt. Danach beteiligte er sich in Breslau an antifaschistischen Aktionen. 1945 trat er der KPD bei, wurde somir 1946 Mitglied der SED. 1947 wurde er Erster Sekretär der FDJ-Landesleitung Sachsen, 1948 zusätzlich Mitglied des Zentralrates der FDJ. Er gehörte dem Gründungskreis des Außenpolitischen Nachrichtendienstes an und wurde 1951 dessen Stellvertretender Leiter, 1956 wurde der Außenpolitische Nachrichtendienst als Hauptverwaltung Aufklärung in das MfS eingegliedert. Als Stellvertreter von Markus Wolf war er für die Kaderarbeit zuständig. 1979 ging er in Ruhestand. Von 1963 bis 1981 war er Mitglied des ZK der SED.

Deutschen Jugend alles in ihren Kräften stehende tun wird, so wie es in den Potsdamer Verträgen steht, dass auf deutschem Boden nie mehr Faschismus entsteht und von deutschem Boden nie mehr ein Angriffs-, ein Aggressionskrieg ausgehen kann.

Ich möchte auf ein zweites, markantes Beispiel der Aktivitäten und der Veränderungen in der Sowjetischen Besatzungszone und in der Hauptstadt der DDR, in Berlin, zu sprechen kommen:

Auf den Weltfestspielen der Jugend, die damals in Ungarn⁷¹, in Budapest stattfanden, nahmen Delegationen, organisiert vom Weltbund der demokratischen Jugend, aus der ganzen Welt teil. Eine der größten Delegationen, zahlenmäßig größten, war die Delegation aus der DDR in der Größenordnung etwa 750 Jungs und Mädchen. Ich wurde damals gewählt als Leiter dieser Delegation. Wir konnten nun der ganzen Weltjugend zeigen und darstellen, was die Freie Deutsche Jugend will, nämlich Frieden, friedliche Arbeit, große Leistungen für den Aufbau eines gerechten Lebens für alle Menschen, und es war ein großes, großes Ereignis.

Es gab aber auch Probleme. Ich will mal ein Problem nennen. In diese Zeit, als die Weltfestspiele in Budapest stattfanden, fiel auch ein Gedenktag zu Ehren von Ernst Thälmann. Und ich hatte als Leiter der Delegation in Abstimmung mit meinen Stellvertretern, das waren Helmut Hartwig⁷², Gerhard Heidenreich, Robert Menzel und andere, den Auftrag, anlässlich dieses Gedenktages für Ernst Thälmann sozusagen eine Feier zu organisieren, und ich schickte dann an alle Delegationsleiter Einladungen und alle sagten

⁷¹ Die Weltfestspiele in Budapest fanden 1949 statt mit Delegationen aus 82 Ländern und 10.400 Teilnehmern.

⁷² Helmut Hartwig desertierte 1945 aus der faschistischen Wehrmacht. 1945 trat er der KPD bei, damit wurde 1946 Mitglied der SED. 1946 wurde er FDJ-Vorsitzender des Kreises Chemnitz, ab 1948 Erster Sekretär des FDJ-Landesvorstandes Sachsen. 1951 begann er seine Tätigkeit im Außenpolitischen Nachrichtendienst, später Hauptverwaltung Aufklärung des MFS, dort Leitung der Hauptabteilung VI (Ausbildung), 1959 Leiter der Hauptabteilung VIII (Operative Technik) der HVA. 1985 wurde er pensioniert.

zu, besonders begeistert die des Kommunistischen Jugendverbandes der Sowjetunion, des Komsomol. Nicht zugesagt hat die Delegation der Franzosen. Als ich das gelesen habe, war mir das unverständlich. Ich habe dann mit sowjetischen Genossen geredet, die konnten sich das auch nicht erklären. Dann bin ich mit dem Vorsitzenden des Komsomol, damals Michailow, zu den französischen Freunden gefahren, und da hat mir der Leiter der Delegation – jetzt komme ich nicht auf den Namen – erklärt: „In Deinem Brief steht: `Zu Ehren des Führers der deutschen Arbeiterbewegung, der Kommunistischen Partei Deutschlands‘“, und dann sagt er zu mir: „Heinz, wir haben von Führern die Schnauze voll.“ Das heißt, sie haben das Wort Führer reduziert auf die faschistischen Führer. Da habe ich ihnen das erklärt, auch, dass das Wort Führer nicht von den Faschisten erfunden wurde, sondern zum Sprachgebrauch gehört. Da hat er das eingesehen, wir sind dann wieder Freunde geworden, er war dann auch bei unserer Feier und ich habe ihn dann später als Mitglied der FDJ und auch viel später mehrere Male in Frankreich besucht und er auch mich und so ist zwischen der antifaschistisch-demokratischen Jugend in Frankreich und der der DDR ein enges Bündnis entstanden.

Ich glaube, alles in allem muss man sagen, dass die Freie Deutsche Jugend bei der Entwicklung einer neuen, antifaschistisch denkenden Jugend, hineinwirkend in die gesamte Bevölkerung, eine außerordentlich große Rolle gespielt hat.

Ich möchte auf ein weiteres Beispiel verweisen, was viele verständlicher Weise nicht mehr kennen: Der Zentralrat der Freien Deutschen Jugend kam auf die Idee: Wir schaffen ein „Abzeichen für gutes Wissen“. Und dieses „Abzeichen für gutes Wissen“ sollte es in drei Stufen geben. Der Hauptinhalt für dieses „Abzeichen für gutes Wissen“ waren Kenntnisse der progressiven deutschen Literatur, waren Kenntnisse über die Auseinandersetzung der Arbeiterbewegung mit den Herrschenden, mit der Bourgeoisie, waren Kenntnisse darüber, wie der Krieg gegen die Sowjetunion entstanden ist und so weiter und so fort. Die Funktionäre des Zentralrates, die dann die Abnehmer dieser Prüfungen waren, wurden im Zentralkomitee der SED von klugen, intelligenten, mit großem Wissen ausgestatteten Genossinnen und

Genossen überprüft, zum Beispiel von Fred Ölsner⁷³, von Alfred Kurella⁷⁴ und anderen. Und so wurde wir, die Funktionäre der Freien Deutschen

⁷³ Fred Ölsner trat 1919 der USPD und 1920 der KPD bei. 1923 wurde er wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ verhaftet und 1924 verurteilt. Nach seiner Freilassung arbeitete er als Redakteur. 1926 wurde er nach Moskau delegiert, wurde dort Aspirant der Internationalen Lenin-Schule. 1932 kehrte er nach Deutschland zurück, wurde Mitarbeiter der Agitprop-Abteilung beim ZK der KPD und Lektor an der Reichsparteischule der KPD. 1933 musste er nach Frankreich emigrieren, leitete 1934 Parteischulungskurse in Amsterdam, Zürich und Prag, bevor er 1935 nach Moskau zurückkehrte. 1940 wurde er sowjetischer Staatsbürger, 1941 bis 1944 Redakteur, später Chefredakteur der deutschen Redaktion des Moskauer Rundfunks, danach Lehrer an der Parteischule der KPD in Moskau. Er arbeitete in der Kommission zur Ausarbeitung des Nachkriegsprogrammes der KPD mit. 1945 kehrte er nach Deutschland zurück, wurde Leiter der Abteilung Parteischulung, Kultur und Erziehung der KPD/SED, ab 1974 Mitglied des Parteivorstandes der KPD bzw. des ZK der SED, 1950 Mitglied des Politbüros des ZK der SED, ab 1955 Stellvertretender Vorsitzender des Ministerrates. 1950-1956 arbeitete er als Chefredakteur der „Einheit“, danach als Professor für Ökonomie am Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED. 1958 wurde er im Zusammenhang mit der Affaire Schirdewan aller Ämter und Parteifunktionen enthoben. 1959 übte er Selbstkritik wegen Opportunismus, war dann Direktor des Instituts für Wirtschaftswissenschaften der Deutschen Akademie der Wissenschaften.

⁷⁴ Alfred Kurella trat 1919 der KPD bei, traf im gleichen Jahr mit Lenin zusammen, wurde Mitbegründer der Kommunistischen Jugendinternationale und 1921 Erster Sekretär des Berliner und Moskauer Exekutivkomitees der KJI. Er war Mitglied des Büros des ZK des Komsomol und ab 1924 der KPdSU. 1924 bis 1926 leitete er die Jugendschule der Kommunistischen Internationale. 1930 kehrte er nach Deutschland zurück, wurde Leiter der Marxistischen Arbeiterschule (MASCH) der KPD. Im März 1934 ging er wieder nach Moskau, arbeitete dort als Persönlicher Sekretär von Georgi Dimitroff. 1941 – 1945 war er „Oberredakteur“ in der Politischen Hauptverwaltung der Roten Armee und arbeitete für verschiedene Zeitungen

Jugend, auf zentraler Ebene vorbereitet, wir mussten auch eine schriftliche Prüfung ablegen, damit wir die nachgeordneten Funktionäre – nachgeordnet ist kein schönes Wort – prüfen konnten.

Zum Beispiel: In der Prüfungskommission, in der ich als Vorsitzender eingesetzt war, wurde geprüft, stellt Euch das mal vor, der Robert Menzel, ein erfahrener junger Antifaschist, der viel in seinem Leben mitgemacht hatte, jedenfalls noch mehr als ich. Er musste sich wie andere auch bei mir der Prüfung unterziehen.

Und alle haben das gemacht und waren stolz, wenn sie das Abzeichen für gutes Wissen erworben hatten und trugen das mit Stolz bei jeder öffentlichen Zusammenkunft und Versammlung.

Ich möchte noch ein letztes Wort sagen:

Das Erste Parlament der Freien Deutschen Jugend war natürlich getragen von vielen Auseinandersetzungen über dieses oder jenes Problem, aber ich will vor allen Dingen darauf hinweisen, dass es kein Zufall war, dass man auf die Idee kam, das erste Parlament der FDJ in Brandenburg an der Havel durchzuführen.

Denn im Zuchthaus Brandenburg saßen viele junge Antifaschisten über Jahre hinweg unter schwersten physischen, materiellen Bedingung, bis sie endlich von der Sowjetarmee befreit wurden. Dazu gehören zum Beispiel solche Freunde und Genossen wie Erich Honecker, Robert Menzel, Erich Ziegler⁷⁵,

und Frontzeitungen. 1943 arbeitete er am Entwurf des Manifestes des Nationalkomitees Freies Deutschland mit. 1954 kehrte er nach Deutschland zurück, trat der SED bei und wurde Direktor des Instituts für Literatur in Leipzig. Er bekam leitende Funktionen im Kulturbund, der Akademie der Künste und dem Schriftstellerverband der DDR. 1957 wurde er Leiter der Kulturkommission des Politbüros des ZK der SED, 1958 Kandidat des Politbüros.

⁷⁵ Erich Ziegler trat 1928 dem Kommunistischen Jugendverband bei, 1932 der KPD. An 1934 vielfältige Widerstandsarbeit gegen den Hitlerfaschismus, Kontakt zu Heinz Kapelle und seitdem Widerstandsarbeit als organisierte Gruppe. 1939 kam die Gestapo der Widerstandsgruppe auf die Spur, Erich

Kurt Seibt⁷⁶. Für viele wahrscheinlich keine Begriffe mehr, aber sie waren Träger des neuen, antifaschistisch-demokratischen, sozialistischen Aufbaus der Deutschen Demokratischen Republik.

Und ich möchte am Schluss sagen:

Diejenigen, wie immer sie auch heißen, wo immer sie sich auch niedergelassen haben und wie sie auch immer heißen, die den Gorbatschows und anderen geholfen haben, die Deutsche Demokratische Republik zu liquidieren und all die progressiven, vorwärts weisenden Dinge, wie sie zum Beispiel in der Erklärung der „Grundrechte der jungen Generation“ vereint sind, außer Kraft gesetzt haben und ein so genanntes „wiedervereinigtes Deutschland“ geschaffen haben, sind dafür verantwortlich, dass wir jetzt erleben, wie auf der ganzen Welt wieder Krieg ist, und Krieg vor allen Dingen gegen die Völker, die sich nicht vorbehaltlos dem Imperialismus ausliefern, sondern für ihre sozialen und politischen Rechte kämpfen.

Bis dahin.

Ziegler wurde zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt und erst 1945 von der Roten Armee befreit. Er arbeitete in den Jugendausschüssen mit und engagierte sich dann in der FDJ, hatte außerdem verschiedene Funktionen in der SED inne. Später wurde ihm von der BRD die Entschädigungsrente als politisch Verfolgter wegen seiner SED-Mitgliedschaft aberkannt.

⁷⁶ Kurt Seibt trat 1924 dem Kommunistischen Jugendverband bei, 1930/31 war er Landesjugendleiter der Roten Sporteinheit Brandenburg, 1932 trat er der KPD bei. 1934 bis 1939 war er Mitglied der Illegalen Parteileitung der KPD in Berlin. 1939 wurde er verhaftet und wegen „Zersetzen der deutschen Wehrkraft und Vorbereitung zum Hochverrat“ zu lebenslanger Haft verurteilt. Bis zur Befreiung durch die Rote Armee war er Häftling im Zuchthaus Brandenburg. 1945/46 war er Erster Sekretär der Kreis- dann der Landesleitung der KPD in Brandenburg und Vorsitzender des Landesorganisationsbüros der Konsumgenossenschaften. Seit 1952 Erster Sekretär der Bezirksleitung Potsdam der SED und ab 1950 Kandidat, von 1954 bis 1989 Mitglied des ZK der SED. Außerdem war er von 1976 bis 1989 Vorsitzender des Solidaritätskomitees der DDR.

Klaus Eichler:

Vielen Dank.

Genosse Keßler, welche Ratschläge möchten Sie der heutigen Jugend geben?

Heinz Keßler:

Zunächst mal: es ist immer nicht sehr bequem, wenn Ältere herkommen und der Jugend sagen: hör mal, Du musst das so machen und so machen.

Dennoch ist es notwendig, dass die jetzt heranwachsende junge Generation schon im Schulalter und bis zum 22., 23. Lebensjahr sich vor allen Dingen beschäftigen muss mit der Vergangenheit unseres Vaterlandes, dass sie sich beschäftigen muss mit der Frage: was war der Faschismus, was hat er angerichtet in anderen Ländern und im eigenen Land? Und wer stand dahinter, wer gab ihnen die Möglichkeit, Geld, Waffen, um diesen faschistischen Krieg zu führen?

Das ist die erste Voraussetzung dafür, zu verstehen, dass in den Potsdamer Beschlüssen der alliierten Anti-Hitler-Koalition diese Dinge besonders hervorgehoben wurden.

Zweitens möchte ich darauf verweisen, dass natürlich zu begrüßen ist, dass es auf vielen Gebieten der Technik, der Elektronik, große, große Fortschritte gibt, die, wenn sie richtig angewandt werden, das Leben der Menschen erleichtern, das Tempo des Fortschrittes beschleunigen, aber sie können nicht ersetzen die Zusammenkunft von jungen Menschen aller Altersstufen, aller Glaubensrichtungen, um sich Gedanken zu machen darüber, was gegenwärtig in unserem Land und in anderen imperialistischen Ländern vor sich geht.

Mir wird ja oft die Frage gestellt: Jetzt sagen Sie mir doch mal, Herr Keßler, warum wird denn in Syrien so gekämpft? Warum flüchten so viele Menschen? Warum gibt es im Irak diese Auseinandersetzungen? Der Irak wurde von den amerikanischen Imperialisten überfallen unter dem Vorwand, im Irak hätten sie Massenvernichtungswaffen. Dann stellte sich heraus, sie hatten gar keine Massenvernichtungswaffen. Oder: Warum der Krieg in Jugoslawien? Könnt Ihr Euch erinnern, als Jugoslawien bombardiert wurde, gab es selbst bei indifferenten Menschen ein großes Entsetzen. Und die

reaktionäre Presse, die von ihr gesteuerte Informationspolitik, verbreitete: Nun sind auch in Jugoslawien die letzten kommunistischen, sozialistischen Elemente beseitigt und es wird ein wunderbares Leben geben.

Und was erleben wir jetzt? Jetzt erleben wir, dass aus Kosovo, aus Albanien, aus Mazedonien aus Serbien die Leute abhauen, weggehen mit der Begründung, sie haben keine Arbeit, haben nicht genügend zu essen, das Leben wird immer schlimmer.

Das heißt, dass die junge Generation trotz allen technischen Fortschritts, der von Nutzen ist, sich nicht davon abhalten lassen darf, zusammen zu kommen, miteinander zu reden, Gedanken auszutauschen, auch zu streiten, damit ein lebendigen politisches Leben sich auch in diesem unseren Deutschland entwickeln kann.

Ich möchte einen solchen Hinweis geben:

Man redet immer über Vereinigung BRD – DDR. Aber, und das wissen viele junge Leute gar nicht, nicht ein Wort, nicht ein Begriff aus der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik, die eine fortschrittliche Verfassung war, wurde in das Grundgesetz eingearbeitet. Es wurde einfach den Bürgern der DDR das Grundgesetz und die Wirtschaftsordnung der BRD aufoktroziert. Das preist man als Demokratie.

Als Folge der entstandenen Perspektivlosigkeit wachsen in verschiedenen Gegenden diese „vereinigten“ Deutschlands - auch in der Jugend - faschistische, reaktionäre Kräfte. Die junge Generation von heute sollte in dieser Richtung sehr wachsam sein.

Ich kann mich erinnern, als ich das letzte Mal zum Pressefest der UZ in Dortmund war, kam ein junger Mensch. Ich war dort am Stand der GRH, habe dort mit agitiert und geredet und Literatur verteilt, und da kam also ein junger Mensch zu mir, ich schätze - ich habe ihn nicht gefragt - so 19, 20 Jahre, kam also zu mir und sagte: „Ich bin echt glücklich, den Mann kennen zu lernen, über den unsere Zeitungen so viel Schlechtes schreiben.“ „So“, sage ich, „und wer ist dieser Mann?“ Da zeigt er auf mich und sagt zu mir: „Sie!“ Ich sagte: „Und wie willst Du mir das belegen?“ Da brachte er mit – er stand kurz vor dem Abitur – ein Lehrbuch über Geschichte. Also das unterschied sich nicht viel, was die Beurteilung der DDR anbetrifft, die Beurteilung der Menschen,

die in der DDR gelebt haben, anbetrifft, von dem, was die Hitlerfaschisten über die Sowjetunion gesagt haben.

Ich hatte gerade das Buch geschrieben „Zur Sache und zur Person“ und das hatte er sich gekauft und da sagte er zu mir: „Und jetzt werde ich den Geschichtsunterricht meiner Klasse gestalten.“ Ich habe gefragt: „Wo kommst Du denn her?“ Da sagt er: „Der Ort sagt Ihnen nichts, aus der Nähe vom Bodensee.“ Sage ich: „Das kostet doch viel Geld.“ Er: „Das habe ich mir alles mit Freunden zusammengespart, denn ich wollte mal sehen, wie es wirklich war und ist, und da ich gehört habe, dass solche Leute wie Sie und andere hier auf diesem Pressefest sind, bin ich hier hergefahren und nun bin ich um vieles, vieles klüger.“

An solch einem Beispiel sollte sich die junge Generation orientieren.

Klaus Eichler:

Danke.

Heinz Keßler:

Noch eine Bemerkung zum Schluss: Zu den „Grundrechten der jungen Generation“ gehörte als eigentlicher Hauptbestandteil, wie für die ganze Bevölkerung, die Festlegung des Rechtes auf Arbeit. Das Recht auf Arbeit, ja! Nicht wie die heute sagen: „Arbeitnehmer“ und „Arbeitgeber“. Das stimmt überhaupt nicht. Der Arbeitnehmer muss seine Arbeitskraft als Ware anbieten, zu fragwürdigen Tarifen, sich ausbeuten lassen und er hat kein Recht.

Das Recht auf Arbeit gehört zu den Grundelementen der „Grundrechte der jungen Generation“ In der Weimarer Republik gab es zeitweise sieben bis acht Millionen Arbeitslose!

Und ich muss noch etwas hinzufügen: Wir waren natürlich junge Menschen. Junge Menschen, die gerne tanzen, lustig sind, lachen und sich auch verlieben. Und das war ein Bestandteil der „Grundrechte der jungen Generation“: so viel wie möglich Möglichkeiten zu schaffen, damit die junge

Generation glücklich, froh ist, ihre Bedürfnisse an Vergnügen ausleben kann, Das gehörte mit zu den „Grundrechten der jungen Generation.

Ich weiß nicht, ob Ihr das erlebt habt, in Berlin beispielsweise spielten eine große Rolle jedes Jahr die Sonnwendfeiern. Da kamen hunderte von Jungs und Mädels, wir haben dort gesungen, getanzt, - und haben uns auch verliebt. Also wir waren keine Menschen, die der Liebe abhold waren. Das waren wir nicht.

Dokumentiert: *Erstes Parlament der FDJ (8.-10. Juni 1946): Grundrechte der jungen Generation*

An die deutsche Jugend!

Wir, die deutsche Jugend, stehen am Beginn eines neuen Weges. Hinter uns liegen die bitteren Jahre des Hitlerkrieges, in denen unser Land und unsere Jugend zerstört, Freude und Frohsinn vernichtet, die gesunden Ideale der Jugend missbraucht und die Blüte des Volkes, die junge Generation, für eben diesen ungerechten und verbrecherischen Hitlerkrieg geopfert wurde.

Vor uns liegt der neue Weg, steinig und hart, der allein uns aus den Trümmern und dem Elend wieder herausführen kann und wird. Es ist der Weg des Neuaufbaues unserer Heimat und unserer Volksgüter. Es ist der Weg friedlicher, aber wahrhaft heldenhafter Arbeit. Es ist der Weg, der zur Wiedergeburt unserer Ideale führt, wo Mut, jugendliche Begeisterung und Elan am rechten Platze sind und die großen Gedanken des Humanismus, das Gute und Edle zum Gemeingut der Menschen und zur Richtschnur unseres Handelns werden. Es ist auch der Weg, der Freude und Frohsinn und die demokratischen Freiheiten wieder erstehen lässt.

Aus der Not und den Ruinen wächst unter unsäglichen Schwierigkeiten das neue demokratische Deutschland empor. Wir wollen und können beim Bau dieses Hauses nicht abseits stehen. In unseren Händen liegt es, die Zukunft zu gestalten. Wenn wir als junge Generation nicht noch einmal die Höllenqualen

der faschistischen Herrschaft und des mörderischen Krieges über uns ergehen lassen wollen, dann müssen wir mit ganzem Herzen mittun, Baumeister der neuen Zeit und ergeben der Sache des demokratischen, antifaschistischen Staates zu sein. Deshalb wollen und können wir auch nicht eher ruhen, bis die letzten Verderbnis bringenden Lehren des Nazismus ausgerottet und alle Garantien dafür vorhanden sind, dass niemals wieder das Volk und seine Jugend Gefahr laufen, in die Zwangsjacke des Militarismus gesteckt zu werden.

Das Schicksal der jungen Generation ist verbunden mit dem Schicksal des ganzen Volkes und damit die Angelegenheit der gesamten Nation. Hier entscheidet sich Sein oder Nichtsein und die Zukunft eines Volkes. Wir wollen ein freies, ein glückliches, ein friedliches und ein einiges Deutschland, das mit allen friedliebenden Völkern in Eintracht lebt. Wir wollen ein Deutschland, das alles ehrlich schaffenden Menschen ein erträgliches Einkommen gewährleistet, ein Deutschland, aus dessen Ruinen ein neues und schöneres Leben durch unserer Hände Arbeit erblüht. Ausgehend von diesen Erwägungen proklamieren wir feierlich

Die Grundrechte der jungen Generation Deutschlands,

für deren Verwirklichung wir uns mit ganzer Kraft einsetzen.

Wir sind uns dabei bewusst, dass die sittliche Verpflichtung unseres Lebens und die Erkenntnis der tiefen Verantwortung für die Proklamierung dieser Grundrechte die Voraussetzung bilden. Neben der Pflicht zum tätigen Schaffen an dem Bau eines neuen, demokratischen Deutschlands wollen wir kämpfen gegen die Überheblichkeit der Rasse wie der Person, wir wollen uns einsetzen für die Solidarität mit allen Völkern der Welt, wir wollen demokratische Disziplin und Toleranz üben und an die Stelle der Lüge das Verantwortungsbewusstsein setzen. Wir selbst wollen uns zum politischen Denken erziehen.

Die junge Generation erhebt Anspruch auf vier Rechte, die zu gewähren Pflicht aller demokratischen Organe ist:

die politischen Rechte,

das Recht auf Arbeit und Erholung,

das Recht auf Bildung,

das Recht auf Freude und Frohsinn.

Die Gewährung politischer Grundrechte

Um zu gewährleisten, dass die junge Generation tätig am Neuaufbau des demokratischen Staates mithilft, wollen wir, dass befähigte Jugendliche zur Bekleidung öffentlicher Ämter herangezogen werden.

Jene öffentlichen Organe (z.B. Jugendämter), die die Probleme der Jugend zu entscheiden haben, sollen überwiegend mit Jugendlichen selbst besetzt werden.

Die aktive Mitarbeit der Jugend an den demokratischen Organen des neuen Deutschlands muss sichergestellt werden. Daher möge zum Gesetz erhoben werden, dass allen Jugendlichen vom 18. Lebensjahr an das Wahlrecht zu den Gemeinde-, Stadt-, Kreis- und anderen Volksvertretungen sowie zu allen übrigen Volksabstimmungen zugebilligt wird. Jugendliche, die das 21. Lebensjahr vollendet haben, sollen wählbar sein. (...)

Das Recht auf Arbeit und Erholung

Um das Recht auf Arbeit und Erholung für die junge Generation zu garantieren, fordern wir:

die 42-Stunden-Woche für Jugendliche im Alter von 14 bis 16 Jahren einschließlich der Berufsschulzeit;

die 45-Stunden-Woche für Jugendliche von 16 bis 18 Jahren einschließlich der Berufsschulzeit;

die Mehrarbeit der Landjugend während der Saat und Ernte durch verkürzte Arbeitszeit oder erhöhten Urlaub in den Wintermonaten auszugleichen;

gleichen Lohn für gleiche Arbeit und Leistung;

die Umwandlung des Lehrvertrages in einen Ausbildungsvertrag mit dem Ziel, die schnelle Heranbildung eines tüchtigen Facharbeiternachwuchses zu gewährleisten; (...)

die generelle Erhöhung der Lehrlingsvergütung durch Abschluss von neuen Tarifverträgen unter Berücksichtigung der verteuerten Lebensverhältnisse; (...)

die Verbesserung des bestehenden Jugendschutzes durch Schaffung eines neuen Jugendschutzgesetzes;

das Verbot von Kinderarbeit;

das Verbot von Nacharbeit für Jugendliche bis zum vollendeten 18. Lebensjahr, Jugendliche bis zum vollendeten 17. Lebensjahr dürfen nicht unter Tage beschäftigt werden;

das Verbot der Lehrlingsmisshandlung und die strenge Bestrafung bei Missachtung des Verbotes; (...)

Als dringende Maßnahme für die Arbeitsbeschaffung fordern wir:

die Gründung von produktiven Ausbildungswerkstätten durch die kommunale Selbstverwaltung und die Industrie unter Kontrolle der Gewerkschaften und der Jugend;

die allgemeine und vorbehaltlose Zulassung der Mädel zu allen Berufen, die sie ausführen können (...);

die planmäßige Lenkung der jugendlichen Arbeitskräfte in solche Berufe, die eine Zukunft haben;

die Reform der Berufsausbildung für die bäuerliche Jugend durch die Schaffung von landwirtschaftlichen Berufsschulen und die Einrichtung von Lehrgütern;

die Herstellung von Wohnraum für eltern- und heimatlose Jugendliche;

geeignete Arbeitsplätze für Kriegsbeschädigte und Körperbehinderte.

Das Recht auf Erholung

Das Recht auf Erholung wird garantiert durch:

die Gewährung von bezahltem Erholungsurlaub in der Höhe von 24 Arbeitstagen bis zum vollendeten 16. Lebensjahr bzw. bis zur Vollendung des 2. Lehrjahres und 18 Arbeitstagen für Jugendliche vom 16. Bis 18.

Lebensjahr, das heißt bis zur Vollendung des 3. Lehrjahres bzw. bis zur Vollendung der Lehre;

die Einrichtung von Jugenderholungsheimen in den Schlössern der Junker und Kriegsverbrecher;

den Ausbau von Jugendheimen.

Das Recht auf Bildung

Das demokratische Recht auf Bildung wird garantiert durch:

den unentgeltlichen Besuch und die Gewährung von ausreichend Stipendien für Minderbemittelte an Mittel-, Fach- und Hochschulen sowie an Universitäten;

die Gewährung einer besonderen Beihilfe für befähigte Jugendliche, die für den Unterhalt der Geschwister bzw. erwerbsunfähiger Eltern zu sorgen haben;

den Ausbau des Berufsschulwesens;

die Durchführung von Vorbereitungskursen für befähigte Jugendliche, die unter Hitler keine Möglichkeit zum Studium hatten;

die Schaffung von Volkshochschulen und Jugendbibliotheken für die Stadt- und Landjugend.

Das Recht auf Freude und Frohsinn

Den Jugendlichen soll die Möglichkeit gegeben werden, Theater, Konzerte, Kinos und sonstige kulturelle Veranstaltungen zu verbilligten Preisen besuchen zu können.

Es ist anzustreben, dass für die Jugend besondere Theater und Kinos eingerichtet werden und die Jugendlichen zur Mitwirkung bei der Programmgestaltung herangezogen werden.

Einrichtung von Wanderkinos für die Landjugend.

Maßnahmen zur Entwicklung des Jugendwanderns und des ausgleichenden Jugendsports sind unverzüglich durchzuführen.

Gewährung von 50 Prozent Fahrpreismäßigung auf allen öffentlichen Verkehrsmitteln bei Gemeinschaftsfahrten.

Den kulturellen Bestrebungen der Jugend soll stärkste Unterstützung zuteil werden durch Überlassung von der Jugend dienenden Anlagen, Einrichtungen und Geräten wie z.B. Jugendherbergen, Sportanlagen, Bootshäusern und so weiter.

Diese Grundrechte der jungen Generation sind durchführbar. Sie entsprechen den dringenden Notwendigkeiten unserer Zeit. Ihre Verwirklichung werden wir umso schneller erreichen, wenn alle Jungen und Mädels sich in einer einheitlichen, großen Organisation, der Freien Deutschen Jugend, zusammenschließen und gemeinsam Hand ans Werk legen, diese unsere Grundrechte in die Tat umzusetzen.

Wir sind auch gewiss, dass die durch harte Jahre erprobten Männer und Frauen, die heute in den Organen der demokratischen Selbstverwaltung arbeiten, die gerechten Belange der jungen Generation verstehen und ihren Teil zur Verwirklichung unserer Forderungen beitragen werden.

Gemeinsam wollen wir den Weg in eine bessere und frohere Zukunft gehen und mit der Kraft unserer Organisation, der Freien Deutschen Jugend, und zusammen mit den demokratisch-antifaschistischen Kräften unseres Volkes werden die Grundrechte der jungen Generation Leben werden.

Denn der Wille des Volkes und seiner Jugend soll oberstes Gesetz sein!

Freie Deutsche Jugend, beschlossen 1946 auf dem I. Parlament der FDJ

Kurzer Nachtrag der Redaktion:

In der BRD kämpfte die FDJ gegen die Widerbewaffnung und die Einführung der Bundeswehr.

Am 26. Juni 1951 wurde die Freie Deutsche Jugend in der BRD von der Adenauer-Regierung verboten, viele Jugendliche mussten wegen ihres Friedenskampfes ins Gefängnis.

Am 11. Mai 1952 wurde der FDJler Philipp Müller bei einer Friedensdemonstration in Essen von der Polizei erschossen. Durch Polizeikugeln schwer verletzt wurden der Sozialdemokrat Bernhard Schwarze aus Münster und der Gewerkschafter Albert Bretthauer aus Kassel.

Der Schusswaffengebrauch durch die Polizei wurde vom Landgericht Dortmund am 2. Oktober 1952 als Notwehr eingestuft, dutzende Jugendliche wurden festgenommen, elf von ihnen später zu Gefängnisstrafen von bis zu zwei Jahren verurteilt.

Personenverzeichnis:

Hans Albrecht war seit 1963 Mitglied des ZK der SED, ab 1966 Vorsitzender der Arbeiter- und Bauerninspektion, er war Präsidiumsmitglied der Deutsch-Arabischen Gesellschaft der DDR, seit 1971 Abgeordneter der Volkskammer. Ferner war er stellvertretender Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates der DDR.

Robert Bialek war in der frühen DDR Generalinspekteur der Volkspolizei und der erste Polit-Kultur-Leiter bei der Deutschen Verwaltung des Inneren (Vorläufer des Innenministeriums der DDR). Nach zahlreichen Konflikten reichte er 1948 seine Kündigung ein, blieb aber in der SED. Aus dieser wurde er nach weiteren Problemen als „Parteifeind“ und „Verräter“ ausgeschlossen. Nach dem 17. Juni 1953 floh er zunächst nach Westberlin, wurde Mitglied der SPD und Mitarbeiter in deren Ostbüro. Über seinen Tod liest man bei Wikipedia: „Das Ministerium für Staatssicherheit der DDR brachte ihn im Februar 1956 in seine Gewalt, wo er unter nicht ganz geklärten Umständen starb.“

Heinz Böhme war Kommandeur der Militärakademie Friedrich Engels der DDR, Sektion Luftstreitkräfte/Luftverteidigung.

Helmut Borufka kam 1943 bei Stalingrad als Soldat der faschistischen Wehrmacht in sowjetische Kriegsgefangenschaft. Im gleichen Jahr trat er dem Nationalkomitee Freies Deutschland bei. 1949 kam er nach Deutschland zurück und wurde Mitglied der SED. 1955 wurde er Chef der Abteilung

Verwaltung und Inspektion der Kasernierten Volkspolizei, 1955-1957 Chef der Ausbildung im Ministerium für Nationale Verteidigung, danach Chef des Stabes im Kommando der Grenzpolizei der DDR, von 1974-1982 war er Hauptinspekteur der NVA.

Edith Brand ist in der FDJ großgeworden, bekleidete dann das Amt einer ersten Kreissekretärin der SED im Bezirk Halle, bis sie Bezirkssekretärin der Partei im Bezirk Halle wurde. Sie gehörte zum engen Kreis um Erich Honecker.

Horst Brasch emigrierte siebzehnjährig aufgrund seiner jüdischen Herkunft 1939 nach England, dort Aufbau der FDJ in England, deren Vorsitzender er wurde. Ab 1945 Mitglied des Weltjugendrates. Er wurde 1944 Mitglied der KPD, ging 1946 in die sowjetische Besatzungszone, arbeitete als Journalist, zeitweilig als Chefredakteur der „jungen Welt“, von 1950-1952 war er Volksbildungsmister im Land Brandenburg, von 1963 bis 1989 war er Abgeordneter der Volkskammer der DDR und Mitglied des ZK der SED.

Andre Brie galt lange als „Vordenker“ der PDS. Er gehörte zum rechten Flügel der Partei, kritisierte z.B. Oskar Lafontaine von rechts und stimmte u.a. im Europaparlament gemeinsam mit Helmut Markov und Gabi Zimmer einer Resolution zu, in der die Menschenrechtssituation auf Kuba kritisiert wurde.

Horst Brünner war in den 60er Jahren des vorigen Jahrhunderts Abteilungsleiter in der politischen Hauptverwaltung des Ministeriums für nationale Verteidigung der DDR. Dann wechselte er zu den Grenztruppen. Mitte der 80er Jahre wurde er Mitglied des ZK der SED. Er wurde Stellvertretender Minister für Nationale Verteidigung und Mitglied des Nationalen Verteidigungsrates.

Johannes Diekmann war 1918 Vorsitzender des Berliner Soldatenrates, trat im gleichen Jahr in die DVP ein und war enger Mitarbeiter Stresemanns. Nach 1945 war er Mitbegründer der LDPD in Sachsen, von 1949 bis zu seinem Tod 1969 war er stellvertretender Vorsitzender der LDPD und Präsident der Volkskammer der DDR.

Werner Eberlein war Mitglied des Politbüros der SED.

Klaus Eichler wurde 1963 in den Zentralrat der FDJ gewählt, in den 70er und 80er Jahren war er auch Mitglied des Büros des Zentralrats der FDJ. Ab 1974

war er gleichzeitig Generaldirektor des FDJ-Reisebüros „Jugendtourist“. Danach wechselte er in den Sport, war von 1984 bis zur Konterrevolution in der Führung des DTSB tätig und war gleichzeitig Mitglied des Nationalen Olympischen Komitees der DDR.

Reiner Eppelmann war Pfarrer, Anfang der 80er Jahre Teil der DDR-Opposition. 1982 rief er gemeinsam mit Robert Havemann im so genannten „Berliner Appell“ zur „Abrüstung in Ost und West“ auf. 1989 war er Mitglied des „Zentralen Runden Tisches“ und „Minister ohne Geschäftsbereich“ im Kabinett Hans Modrow. Im März 1990 wurde er Vorsitzender des „Demokratischen Aufbruchs“, der aber bei den Wahlen zur Volkskammer der DDR am 18. März 1990 nur 0,9 % der Stimmen erhielt und nur durch die Intervention Helmut Kohls in eine Listenverbindung mit der CDU der DDR und der DSU unter dem Namen „Allianz für Deutschland“ eintreten und über diesen Umweg mit vier Abgeordneten in die Volkskammer einziehen konnte. Eppelmann wurde „Minister für Abrüstung und Verteidigung“ im Kabinett Lothar de Maizière. Im August 1990 wurde er CDU-Mitglied. Von 1990 bis 2005 war er Mitglied des Deutschen Bundestages. Vom Bundestag wurde er zum Vorsitzenden der beiden Enquete-Kommissionen „Zur Aufarbeitung der Geschichte und der Folgen der SED-Diktatur“ gewählt, seit 1998 war er zusätzlich Vorsitzender der „Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur“.

Valentin Falin gehörte 1950/51 dem Stab der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland an. 1953 wurde er Mitglied der KPdSU, 1961 Experte für Deutschlandfragen im Beraterstab Chruschtschows, nach dessen Sturz Chef der Beratergruppe des sowjetischen Außenministers Gromyko. 1971 bis 1978 war er Botschafter der Sowjetunion in der BRD. Sein weiterer Aufstieg hing mit Gorbatschows „Perestroika“ zusammen, nun wurde Falin Mitglied des ZK der KPdSU und Leiter der Internationalen Abteilung. 1990 konnte er Gorbatschow davon überzeugen, die Schuld des NKWD am Massaker von Katyn zu behaupten. Nach dem Ende der Sowjetunion kam Falin auf Einladung Egon Bahrs für acht Jahre nach Hamburg.

Max Fechner trat 1910 in die SPD ein, war 1917-1922 Mitglied der USPD, kehrte dann in die SPD zurück. Während des Hitlerfaschismus war er in der Widerstandsgruppe um Franz Küster tätig, wurde zweimal verhaftet und war

1933/34 und 1944/45 in Haft. Nach 1945 war er Mitglied des Zentrallausschusses der SPD, nach der Gründung der SED Mitglied des ZK. 1949 bis 1953 war er Minister für Justiz der DDR. Nach dem 17. Juni 1953 wurde er wegen seines sehr weichen Vorgehens gegen die Rädelsführer des Putschversuches seiner Ämter enthoben, angeklagt und verurteilt. Er war bis 1956 in Haft. Danach wurde er rehabilitiert.

Anatoli Iwanowitsch Gribkow war nach dem Zweiten Weltkrieg in unterschiedlichen Funktionen als Leiter der operativen Verwaltung in den Militärbezirken Transkaukasien, Leningrad und Kiew sowie im Generalstab in Moskau. 1969 wurde er stellvertretender Kommandeur des Militärbezirks Leningrad, 1973 dessen Befehlshaber. Von 1976 bis 1988 war er Stabschef des Warschauer Paktes.

Otto Grotewohl gehörte 1918 bis 1922 der USPD an, kehrte dann in die SPD zurück. Ende der 20er Jahre wurde er Präsident der Landesversicherungsanstalt des Freistaates Braunschweig. Bis 1933 war er Mitglied der SPD-Fraktion im Deutschen Reichstag. 1933 wurde er von den Hitlerfaschisten seiner Ämter enthoben. Er ging nach Berlin und arbeitete in einer „gemäßigten“ Widerstandsgruppe (Pflege persönlicher Kontakte und Hilfe beim wirtschaftlichen Überleben der Mitglieder). Er wurde während der Nazizeit zweimal verhaftet, aber die Verfahren wurden eingestellt. 1945 war er an der Wiedergründung der SPD beteiligt. Am 22. April 1946, nach den Vereinigungsparteitagen von SPD-Ost und KPD wurde Otto Grotewohl gemeinsam mit Wilhelm Pieck Vorsitzender der SED. 1949 wurde er Ministerpräsident der DDR. 1960 zog er sich wegen schwerer Erkrankung aus dem politischen Leben zurück.

Kurt Hager kehrte nach seiner Flucht vor dem Hitlerfaschismus und antifaschistischen Aktivitäten im Ausland 1946 nach Berlin zurück. 1949 bekam er eine Professur für Philosophie an der Humboldt-Universität Berlin. 1955 wurde er Sekretär des Zentralkomitees der SED. In dieser Funktion war er verantwortlich für Wissenschaft, Volksbildung und Kultur. 1963 wurde er Mitglied des Politbüros des ZK der SED und Leiter der Ideologischen Kommission. Im SED-Politbüro galt Kurt Hager als Chefideologe und oberster Kulturverantwortlicher. Ab 1989 sah das etwas anders aus: Vor DDR-Journalisten behauptete Hager 1989 in Wandlitz, unfreiwillig hier einquartiert worden zu sein. Man habe sich „den Beschlüssen der Partei

gebeugt“. Wandlitz bezeichnete er in einem Interview mit dem Reporter Jan Carpentier als sein „siebtes Internierungslager“. Zum von Heinz Keßler erwähnten Interview im Stern schreibt die Berliner Zeitung am 9. 11. 1996 Folgendes: „Obwohl er als ZK-Sekretär für Kultur und Wissenschaft zu den ranghöchsten Männern der DDR zählte, findet er immer wieder Erklärungen, warum gegen seine Überzeugung so vieles schief lief im realen Sozialismus. Mal war er ‚spärlich informiert‘, mal hat er versäumt, bei offenkundigen Fehlentwicklungen ‚nach den Ursachen zu fragen‘. Hier hat er sich ‚nicht gewehrt, sondern mitgemacht‘. Dort hinderte ihn sein ‚blindes, uneingeschränktes Vertrauen‘ in die gute Sache daran, zu zweifeln oder eigene Wege zu gehen. Manchmal war er auch schlicht zu feige und hat ‚zu lange zu dem geschwiegen, was ich für falsch hielt‘. ‚Chefideologe der SED‘ wurde Hager genannt. Doch er selbst habe sich nie so bezeichnet oder betrachtet. Folgt man seiner Darstellung, dann war er eher eine Randfigur im Führungszirkel, nie die treibende Kraft der Kulturpolitik. Beispiel Robert Havemann: Mit dem habe er zwar erbittert gestritten. Aber als der Parteikritiker in den 70er Jahren in die Mühlen von Stasi und Justiz geriet, sei er als ZK-Sekretär damit nicht befasst gewesen. ‚Havemanns Isolierung war sadistisch. Ich habe nichts unternommen, um sie zu beenden, und ich hätte auch nichts erreicht.‘“ Quelle: <http://www.berliner-zeitung.de/16256356>

Helmut Hartwig desertierte 1945 aus der faschistischen Wehrmacht. 1945 trat er der KPD bei, damit wurde 1946 Mitglied der SED. 1946 wurde er FDJ-Vorsitzender des Kreises Chemnitz, ab 1948 Erster Sekretär des FDJ-Landesvorstandes Sachsen. 1951 begann er seine Tätigkeit im Außenpolitischen Nachrichtendienst, später Hauptverwaltung Aufklärung des MFS, dort Leitung der Hauptabteilung VI (Ausbildung), 1959 Leiter der Hauptabteilung VIII (Operative Technik) der HVA. 1985 wurde er pensioniert.

Gerhard Heidenreich wurde 1934 wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt. Danach beteiligte er sich in Breslau an antifaschistischen Aktionen. 1945 trat er der KPD bei, wurde somir 1946 Mitglied der SED. 1947 wurde er Erster Sekretär der FDJ-Landesleitung Sachsen, 1948 zusätzlich Mitglied des Zentralrates der FDJ. Er gehörte dem Gründungskreis des Außenpolitischen Nachrichtendienstes an und wurde 1951 dessen Stellvertretender Leiter, 1956 wurde der Außenpolitische

Nachrichtendienst als Hauptverwaltung Aufklärung in das MfS eingegliedert. Als Stellvertreter von Markus Wolf war er für die Kaderarbeit zuständig. 1979 ging er in Ruhestand. Von 1963 bis 1981 war er Mitglied des ZK der SED.

Wolfgang Herger trat 1949 in die FDJ, 1957 in die SED ein. 1964-1976 war er Sekretär beim Zentralrat der FDJ, 1971-1976 Mitglied des Ausschusses für Nationale Verteidigung der DDR und 1986-1990 stellvertretender Vorsitzender bzw. Vorsitzender des Ausschusses für Nationale Verteidigung. 1976-1989 war er Mitglied des ZK der SED. Er wurde 1998 wegen „Beihilfe zum Todschatz“ zu 22 Monaten Freiheitsstrafe auf Bewährung verurteilt.

Theodor Hoffmann bekleidete verschiedene Führungsfunktionen in der Volksmarine der DDR, wurde 1985 Stellvertretender Chef der Volksmarine, 1987 dann Chef derselben. Vom 18. November 1989 bis zum 23. April war er als Nachfolger Heinz Keßlers Minister für Nationale Verteidigung und hatte danach bis zum Vorruhestand das für ihn und die Übergangszeit neu geschaffene Amt des Chefs der NVA inne – unter dem Minister „für Abrüstung und Verteidigung“ Rainer Eppelmann.

Erich Honecker trat 1928 in den Kommunistischen Jugendverband Deutschlands ein, wahrscheinlich 1930 in die KPD. 1930/31 Studium an der Internationalen Lenin-Schule in Moskau. Nach 1933 arbeitete er im Saargebiet (das damals nicht zu Deutschland gehörte) gegen den deutschen Faschismus. Nach dem Anschluss des Saargebietes im Januar 1935 ging er nach Frankreich, kam aber im August 1935 illegal nach Berlin zurück und arbeitete im Widerstand, wurde aber noch 1936 festgenommen und anschließend zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt und ins Zuchthaus Brandenburg gebracht. 1946 war er Mitbegründer der FDJ, deren Vorsitz er übernahm. 1950 wurde er Kandidat des Politbüros des ZK der SED, 1958 Mitglied des Politbüros. 1971 war er am Sturz Walter Ulbrichts beteiligt und wurde Erster Sekretär des ZK der SED, in der Folge dann auch Vorsitzender des Staatsrates der DDR. Im Oktober 1989 sicherte sich Egon Krenz für den Sturz Honeckers die Unterstützung der Staatssicherheit und arrangierte ein Treffen von Harry Tisch mit Gorbatschow, um diesen vom bevorstehenden Sturz Honeckers zu informieren. Auch Kurt Hager flog nach Moskau (am 12. 10. 1989) und besprach mit Gorbatschow die Modalitäten der Honecker-Ablösung. Gorbatschow wünschte „viel Glück“.

Werner Hübner war 1964-1979 Leiter der Arbeitsgruppe Sozialistische Wehrerziehung beim ZK der SED, 1979-1990 Leiter der Sektion Militärpolitik in der Abteilung Sicherheitsfragen des ZK der SED. 1987 wurde er zum Generalmajor ernannt.

Iwan Stepanowitsch Konjew ging 1917 zur Roten Armee, kämpfte im Bürgerkrieg in der Fernost-Armee gegen die konterrevolutionären Kolttschak-Truppen. 1941 wurde er Oberbefehlshaber der sowjetischen Westfront. Er war beteiligt an der Befreiung der sowjetischen Gebiete, Polens, Schlesiens, dabei auch des KZ Auschwitz vom Faschismus. Am 16. April eröffnete er die Schlacht um Berlin. 1955 bis 196 war er Oberkommandierender der Streitkräfte des Warschauer Vertrages. Er gehörte dem ZK der KPdSU an.

Egon Krenz trat 1953 in die FDJ ein, 1955 in die SED. 1961 wurde er Sekretär des Zentralrats der FDJ, verantwortlich für die Arbeit des Verbandes an den Universitäten, Hoch- und Fachschulen, ab 1967 verantwortlich für Agitation und Propaganda. Von 1974 bis 1983 war er Erster Sekretär der FDJ. 1973 wurde er Mitglied des ZK der SED, 1983 wurde er Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der SED für Sicherheitsfragen. Am 17. Oktober stimmte er im Politbüro für die Absetzung Erich Honeckers und wurde vom 17. Oktober bis 6. Dezember 1989 als dessen Nachfolger SED-Generalsekretär und Vorsitzender des Staatsrats der DDR. In seiner Antrittsrede führte er den Begriff „Wende“ in die DDR-Politik ein. Im August 1997 wurde er wegen „Totschlags“ zu sechs Jahren und sechs Monaten Haft verurteilt, nach Verbüßung von knapp vier Jahren Haft wurde er entlassen. Am 18. April 2011 ließ er bei einer Feier zu Ehren des 125. Geburtstages Ernst Thälmanns verlauten, dass er bezüglich des Untergangs der DDR nicht die deutsche Einheit „an sich“ kritisiere, sondern die Art ihres Zustandekommens und sagte wörtlich: „...auch ich schaue mit Zorn auf die Verbrechen, die unter falscher Flagge im Namen des Kommunismus verübt wurden.“

Wilhelm Külz wurde 1918 Mitglied der Deutschen Demokratischen Partei (DDP), 1922 -1932 Abgeordneter des Deutschen Reichstages. 1945 gehörte er zum Gründungskreis der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands. 1948 brach das Projekt einer zonenübergreifenden liberalen Partei zusammen, weil der Ost-Flügel am „1. Deutschen Volkskongress für Einheit und gerechten Frieden“ teilgenommen hatte. Theodor Heuß lehnte das kategorisch ab.

Wilhelm Külz war gemeinsam mit Otto Nuschke (CDU) und Wilhelm Pieck (SED) 1948 Vorsitzender des Deutschen Volksrates, des Vorläufers der Volkskammer der DDR.

Wiktor Georgijewitsch Kulikow war von 1969 bis 1971 Befehlshaber der Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland, von 1971 bis 1977 Chef des Generalstabes der sowjetischen Streitkräfte, von 1977 bis 1989 war er Oberkommandierender der Vereinten Streitkräfte des Warschauer Paktes.

Alfred Kurella trat 1919 der KPD bei, traf im gleichen Jahr mit Lenin zusammen, wurde Mitbegründer der Kommunistischen Jugendinternationale und 1921 Erster Sekretär des Berliner und Moskauer Exekutivkomitees der KJI. Er war Mitglied des Büros des ZK des Komsomol und ab 1924 der Kpdsu. 1924 bis 1926 leitete er die Jugendschule der Kommunistischen Internationale. 1930 kehrte er nach Deutschland zurück, wurde Leiter der Marxistischen Arbeiterschule (MASCH) der KPD. Im März 1934 ging er wieder nach Moskau, arbeitete dort als Persönlicher Sekretär von Georgi Dimitroff. 1941 – 1945 war er „Oberredakteur“ in der Politischen Hauptverwaltung der Roten Armee und arbeitete für verschiedene Zeitungen und Frontzeitungen. 1943 arbeitete er am Entwurf des Manifestes des Nationalkomitees Freies Deutschland mit. 1954 kehrte er nach Deutschland zurück, trat der SED bei und wurde Direktor des Instituts für Literatur in Leipzig. Er bekam leitende Funktionen im Kulturbund, der Akademie der Künste und dem Schriftstellerverband der DDR. 1957 wurde er Leiter der Kulturkommission des Politbüros des ZK der SED, 1958 Kandidat des Politbüros.

Juli Alexandrowitsch Kwizinski war Botschafter der Sowjetunion von 1978 – 1981 und 1986 – 1991. Er blieb nach der Konterrevolution überzeugter Kommunist und zählte von 2003 an zur KP-Fraktion der russischen Duma.

Arno von Lenky war seit dem Ersten Weltkrieg Soldat, zwischenzeitlich aber Mitglied des faschistischen Volksgerichtshofes. Ab 1942 Kommandierender der 24. Panzerdivision der faschistischen Wehrmacht. Kriegsgefangenschaft Anfang 1943 (Stalingrad). 1944 trat er dem Nationalkomitee Freies Deutschland bei und kehrte 1949 nach Deutschland zurück, in die sowjetisch besetzte Zone. 1952 wurde er Generalmajor der Kasernierten Volkspolizei,

1956 Chef der Panzertruppen des in Strausberg ansässigen Ministeriums für Nationale Verteidigung.

Karl Leonhard war General der NVA.

Hans Loch emigriert 1936 in die Niederlande, kehrte 1938 nach Deutschland zurück und war von 1939-1945 Soldat der faschistischen Wehrmacht. 1945 war er Mitbegründer der LDPD. 1949 wurde er als Minister für Finanzen in die DDR-Regierung berufen, was er bis 1955 blieb.

Gerhard Lorenz war 1973–1990 Chef der Politischen Verwaltung der Grenztruppen der DDR.

Moritz Mebel war Urologe und Forscher, u.a. auch Professor an der Berliner Charité, er hat das Nierentransplantationswesen in der DDR aufgebaut. 1971 wurde er Kandidat und 1986 Mitglied des ZK der SED.

Robert Menzel wurde 1932 politischer Leiter der „Roten Jungfront“, der Jugendwehrorganisation des RFB. 1933 wurde er vom Hitlerfaschismus zu 12 Jahren Haft verurteilt. Im Februar 1945 wurde er in ein „Bewährungsbataillon“ der Waffen-SS gezwungen, von wo aus er zur Roten Armee desertierte. 1946 kehrte er nach Deutschland zurück und wurde Mitglied der SED. 1946 – 1950 war er Vorsitzender der FDJ-Landesleitung Sachsen-Anhalt, von 1947 bis 1955 auch Mitglied des Zentralrats der FDJ. Von 1953 bis 1982 war er stellvertretender Minister für Verkehrswesen, von 1971 bis 1989 Mitglied des ZK der SED.

Peter Minetti war ein bekannter Schauspieler und Intendant in der DDR. Er war Mitglied des Zentralrats der FDJ, dann Kandidat des Zentralkomitees der SED, Präsident des Verbandes der Theaterschaffenden und Vorsitzender der Gewerkschaft Kunst. Von 1974 bis 1989 leitete er die staatliche Schauspielschule Ernst Busch in Berlin-Schöneeweide.

Manfred Müller war von 1994 bis 2002 parteiloser Abgeordneter des Deutschen Bundestages und Mitglied der Fraktion der PDS. Vorher war er Landesvorsitzender der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen in Berlin. Seine Kandidatur für die PDS sorgte für Aufsehen, da mit ihm erstmals ein hochrangiger westdeutscher Gewerkschaftsfunktionär für die PDS ein Mandat übernahm. Zugleich war er wegen seiner Ablehnung der DDR nicht unumstritten.

Fred Ölsner trat 1919 der USPD und 1920 der KPD bei. 1923 wurde er wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ verhaftet und 1924 verurteilt. Nach seiner Freilassung arbeitete er als Redakteur. 1926 wurde er nach Moskau delegiert, wurde dort Aspirant der Internationalen Lenin-Schule. 1932 kehrte er nach Deutschland zurück, wurde Mitarbeiter der Agitprop-Abteilung beim ZK der KPD und Lektor an der Reichsparteischule der KPD. 1933 musste er nach Frankreich emigrieren, leitete 1934 Parteischulungskurse in Amsterdam, Zürich und Prag, bevor er 1935 nach Moskau zurückkehrte. 1940 wurde er sowjetischer Staatsbürger, 1941 bis 1944 Redakteur, später Chefredakteur der deutschen Redaktion des Moskauer Rundfunks, danach Lehrer an der Parteischule der KPD in Moskau. Er arbeitete in der Kommission zur Ausarbeitung des Nachkriegsprogrammes der KPD mit. 1945 kehrte er nach Deutschland zurück, wurde Leiter der Abteilung Parteischulung, Kultur und Erziehung der KPD/SED, ab 1974 Mitglied des Parteivorstandes der KPD bzw. des ZK der SED, 1950 Mitglied des Politbüros des ZK der SED, ab 1955 Stellvertretender Vorsitzender des Ministerrates. 1950-1956 arbeitete er als Chefredakteur der „Einheit“, danach als Professor für Ökonomie am Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED. 1958 wurde er im Zusammenhang mit der Affaire Schirdewan aller Ämter und Parteifunktionen enthoben. 1959 übte er Selbstkritik wegen Opportunismus, war dann Direktor des Instituts für Wirtschaftswissenschaften der Deutschen Akademie der Wissenschaften.

Erhard Pesch war ein bekannter Radrennfahrer der DDR.

Wilhelm Pieck trat 1917 von der SPD zur USPD über und war am 1.1.1919 Mitbegründer der KPD. 1921 wurde er ins Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale gewählt. 1922 war er Mitbegründer der Internationalen Roten Hilfe. 1931 wurde er Mitglied des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale. 1933 Exil, erst Paris, dann Moskau. Er arbeitete u.a. für Radio Moskau. 1935 wurde er aus der so genannten Brüsseler Konferenz der KPD zum Parteivorsitzenden für die Dauer der Inhaftierung Thälmanns gewählt. 1943 gehörte er zu den Initiatoren des Nationalkomitees Freies Deutschland. 1945 zurück nach Berlin, 1946 Vereinigung von SPD und KPD zur SED, er war gemeinsam mit Otto Grotewohl Vorsitzender der SED. 1949 wurde er Präsident der DDR.

Marta Rafael, gebürtige Ungarin, war in der DDR Sängerin, Schauspielerin und Fernsehmoderatorin.

Otto Reinhold wurde 1945 Mitglied der KPD, damit 1946 der SED. Er studierte Wirtschaftswissenschaften an der Humboldt-Universität in Berlin. 1950-1953 Redakteur der „Einheit“, ab 1956 in der Leitung des Instituts für Gesellschaftswissenschaften. 1967 wurde er Mitglied des ZK der SED. In den 60er Jahren war er an dem Buch „Imperialismus heute“ (Dietz-Verlag) beteiligt, das eine allmähliche „konstruktive Umgestaltung“ der kapitalistischen Gesellschaft forderte und damit eine Abkehr vom revolutionären Bruch mit dieser darstellte. Ab 1976 bis zur Konterrevolution war er Rektor der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED. 1987 war er Leiter der SED-Delegation, die gemeinsam mit der SPD das Papier „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“ ausarbeitete.

Günter Schabowski trat 1950 in die FDJ und 1952 in die SED ein. 1978-1985 war er Chefredakteur des ND, 1981 wurde er Mitglied des ZK der SED. Am 9. November 1989 las er die Grenzöffnung bei einer Pressekonferenz von einem Zettel ab. Nach der Konterrevolution ging er zum Antikommunismus über, äußerte grundsätzliche Kritik an der sozialistischen Gesellschaftsordnung, saß gemeinsam mit Bärbel Bohley im „Gesprächskreis Innere Einheit“ des CDU-Kandidaten für das Amt des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Frank Steffel, riet der SPD Berlin von einer Koalition mit der PDS ab usw. Dieser Opportunismus lohnte sich: Zwar wurde er wegen „Totschlag“ zu drei Jahren Haft verurteilt, aber nach einem knappen halben Jahr entlassen, weil er von Eberhard Diepgen (CDU) begnadigt worden war.

Elmar Schmähling war 1998 der Wunschkandidat der PDS-Führung als Direktkandidat für den Berliner Wahlkreis Mitte/Prenzlauer Berg. „Der Spiegel“ schrieb am 16. März 1998 dazu: *„Vor laufenden Kameras präsentierte die PDS-Spitze am Freitag ihren lange geheim gehaltenen Wunschkandidaten für den Wahlkreis Berlin Mitte/Prenzlauer Berg: den früheren Chef des Militärischen Abschirmdienstes der BRD und Flottenadmiral a.D. Elmar Schmähling. Doch an der PDS-Basis, die an der Kandidatenfindung nicht beteiligt wurde, sorgt dieser Plan für Unruhe – vor allem wegen der Haltung des Westdeutschen zur DDR-Vergangenheit. Im*

schroffen Gegensatz zu DDR-Nostalgikern in der PDS bezeichnet Schmähling die DDR als 'Unrechtsregime', das 'vergleichbar mit dem Regime zu Zeiten des Dritten Reiches' sei. Wer die DDR wegen Kindertagesstätten rühme, erinnere ihn 'an Leute, die Hitler die Autobahnen zu Gute halten'“.

Karl-Eduard von Schnitzler stammt aus einer Familie, in der es Legationsräte, Botschafter, I.G.-Farben-Manager und Bankiers gab. Karl-Eduard aber beschäftigte sich mit dem Kommunismus. 1941 wegen antinazistischer Propaganda in das Strafbataillon 999 nach Afrika geschickt, nahm er 1943, nach seiner Rückkehr, Kontakt mit der französischen Résistance auf. Es folgten 1944 Verhaftung, Flucht und Emigration nach England, dort Arbeit beim BBC. Nach 1945 war er maßgeblich am Aufbau des Nordwestdeutschen Rundfunks beteiligt, wo er wegen kommunistischer Propaganda 1947 gekündigt wurde. 1948 ging er zum Berliner Rundfunk und trat in die SED ein, 1952 wurde er Chefkomentator des Deutschen Fernsehfunks. Seit 1960 moderierte er die berühmte Sendung „Der schwarze Kanal“, die am 30. Oktober 1989 vom DDR-Fernsehen eingestellt wurde. Das ND hatte ihn zuvor als „Nessi-ähnliches Fossil“ geschmäht. Er verabschiedete sich im Schwarzen Kanal von seinen Zuschauern mit den Worten: „Der Klassenkampf geht weiter“.

Gerhard Schürer war seit 1965 Leiter der staatlichen Plankommission der DDR, seit 1967 Mitglied der Volkskammer und seit 1973 Kandidat des Politbüros des ZK der SED. Nach der Konterrevolution arbeitete er u.a. als Unternehmerberater. Die Wochenzeitung „Die Zeit“ urteilte 1997 über ihn: „Gerhard Schürer, der ehemalige Chefplaner der DDR, hat sich mit der Marktwirtschaft arrangiert.“ (Die Zeit, 37/1997, 5. September 1997)

Erich Selbmann war von 1959 bis 1964 Sekretär für Agitation und Propaganda der SED-Bezirksleitung Berlin, von 1964 bis 1966 war er als Auslandskorrespondent in Moskau, von 1966 bis 1978 war er Chefredakteur der „Aktuellen Kamera“, danach bis zur Konterrevolution stellvertretender Vorsitzender des staatlichen Komitees für Fernsehen und Leiter des Bereichs Dramatische Kunst.

Willi Sitte war ein ausgesprochen bedeutender Maler und Grafiker der DDR, von 1974 bis 1988 Präsident des Verbandes Bildender Künstler der DDR. Während des Zweiten Weltkrieges wurde er als junger Mann wegen Kritik an

der Hermann-Göring-Meisterschule für Malerei an die Front geschickt, wo er 1944 in Italien desertierte und sich italienischen antifaschistischen Brigaden anschloss. Er trat 1947 in die SED ein, bekam 1951 einen Hochschul-Lehrauftrag und wurde 1959 zum Professor ernannt. Er war seit 1976 Abgeordneter der Volkskammer, wurde 1985 Mitglied des Weltfriedensrates und 1986 Mitglied des Zentralkomitees der SED.

Fritz Streletz war Generaloberst der NVA, Stellvertretender Minister für nationale Verteidigung der DDR, Chef des Hauptstabes der Nationalen Volksarmee und Sekretär des Nationalen Verteidigungsrates. Am 20. Mai 1991 wurde Streletz im Auftrag der Staatsanwaltschaft Berlin verhaftet. Er verbrachte 28 Monate in Untersuchungshaft in der Justizvollzugsanstalt Moabit und wurde erstmals am 2. Februar 1992 angeklagt. Der Prozess vor dem Landgericht Berlin begann am 12. November 1992. Streletz wurde vom Landgericht Berlin als „Mitverantwortlicher des Grenzregimes an der Berliner Mauer“ in den so genannten „Mauerschützenprozessen“ der Anstiftung zum Totschlag schuldig befunden und zu einer Freiheitsstrafe von fünf Jahren und sechs Monaten verurteilt. Die Revision der Staatsanwaltschaft führte zu einer Verurteilung durch den Bundesgerichtshof wegen Totschlags bei unverändertem Strafmaß. Im März 2001 wies der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte die Beschwerde von Streletz zurück. Am 25. Oktober 1997 wurde er vorzeitig aus der Haft entlassen.

Walter Ulbricht trat 1912 in die SPD ein, 1917 in die USPD, 1918 desertierte er von der Kaiserlichen Armee, wurde aber aufgegriffen und kam in Haft. 1918 Mitglied des Soldatenrates, 1920 Mitglied der KPD, 1928 ZK der KPD. Nach 1933 kurze illegale Widerstandsarbeit im faschistischen Deutschland, dann Flucht von Paris über Prag nach Moskau. Dort Arbeit für Radio Moskau. 1943 war er Mitbegründer des Nationalkomitees Freies Deutschland. 1945 Rückkehr nach Deutschland, Reorganisation der KPD, Gründung der SED, 1949 Stellvertretender Vorsitzender im Ministerrat. 1950 wurde er zum Generalsekretär des ZK der SED gewählt. Ende der 60er Jahre gab es Spannungen im Politbüro des ZK der SED und mit der Breshnew-Führung in Moskau, am 3. Mai 1971 wurde Walter Ulbricht zum Rücktritt gezwungen.

Heinz Keßler: Briefe aus dem Gefängnis



Heinz Keßler, Lebenslauf:

Geboren im Januar 1920, wuchs Heinz Keßler in einer politisch bewussten Arbeiterfamilie auf. Vater und Mutter waren Mitglieder der KPD. Der Vater wurde 1934 verhaftet und kam in das KZ Sachsenburg. Später kam er in das Strafbataillon 999, aus dem er 1945 desertierte. Die Mutter wurde in das KZ Ravensbrück gebracht, wo sie von der Roten Armee befreit wurde.

1940 wurde Heinz Keßler zur Wehrmacht einberufen und kam 1941 an die Ostfront, dort lief er zur Roten Armee über. Er war 1943 Mitbegründer des Nationalkomitees Freies Deutschland.

Im Mai 1945 kehrte er als Angehöriger der Roten Armee nach Berlin zurück. Er trat der KPD bei, war Mitglied des Zentralen Antifaschistischen Jugendausschusses und 1946 Gründungsmitglied der Freien Deutschen Jugend. Im gleichen Jahr wurde er Mitglied des ZK der SED. 1948-1950 war er Mitglied des Zentralrats der FDJ.

Ab 1950 nahm Heinz Keßler an maßgeblicher Stelle am Aufbau der bewaffneten Organe der DDR teil. Dabei war er zunächst am Aufbau der Luftstreitkräfte der DDR beteiligt, 1956 übernahm er den Oberbefehl über diese Luftstreitkräfte. 1957-1978 war Heinz Keßler Stellvertreter des Ministers und Chef des Hauptstabes im Ministerium für Nationale Verteidigung der DDR. Er wurde Mitglied des Militärrates des Vereinten Oberkommandos des Warschauer Paktes. Von 1979-1985 blieb Heinz Keßler Stellvertreter des Ministers für Nationale Verteidigung und wurde zusätzlich Chef der Politischen Hauptverwaltung des Ministeriums. 1985 wurde er Verteidigungsminister der DDR, 1986 Mitglied des Politbüros des ZK der SED.

Nach der Absetzung Erich Honeckers durch Krenz, Hager, Tisch, Schabowski und Co trat Heinz Keßler am 17. November zurück und wurde aus der NVA entlassen.

Im Januar 1990 wurde Heinz Keßler aus der SED/PDS wegen „antisowjetischer Haltung“, gemeint war Kritik an Gorbatschow, ausgeschlossen. Ende des gleichen Monats wurde er von der Modrow-Regierung wegen angeblicher Verschwendung von Volksvermögen festgenommen und interniert, im April wieder freigelassen. Pfingsten 1991

wurde er von der BRD-Justiz verhaftet und am 16. September 1993 wegen „Anstiftung zum Totschlag“ zu einer siebeneinhalbjährigen Freiheitsstrafe verurteilt. 1998 wurde er wegen seines schlechten Gesundheitszustandes aus der Haft entlassen.

Er blieb immer politisch aktiv, schrieb Artikel, beteiligte sich an politischen Aktionen, schrieb Bücher, sprach auf Veranstaltungen und Konferenzen, z.B. trat er 1999 und 2009 bei unseren zentralen Konferenzen „zur Verteidigung des revolutionären Erbes der DDR“ anlässlich des 50. Jahrestages ihrer Gründung („Auferstanden aus Ruinen“) und des 60. Jahrestages („Und der Zukunft zugewandt“) als kompetenter Redner und Diskussionsteilnehmer auf. Sein Beitrag zu unserem Buch „Unter Feuer. Die Konterrevolution in der DDR“ aus dem Jahr 2009 hat die Qualität eines historischen Dokumentes.

Er lebt heute in einer Berliner Pflegeeinrichtung.

**Es gab in jüngster Zeit indirekte Hinweise,
ich sollte von meiner Überzeugung ablassen.**

Es könnte von Vorteil sein.

**Ich halte es für meine Pflicht,
hier, an dieser Stelle zu erklären,
dass ich solches Ansinnen für absurd halte,
dass das zugleich für alle jene,
die ihr Leben für die Würde unseres Volkes,
für den Erhalt und den Bestand unseres Vaterlandes
geben mussten,
eine Verhöhnung ist.**

*Heinz Keßler, aus seiner Erklärung vor der 27. Großen Strafkammer
des Landgerichts Berlin, 7. 12. 1992*

**Wenn ich nicht seit vielen Jahren
Antifaschist wäre,
so wäre ich es
heute
in Deutschland
geworden,
wie es die vielen anderen Demokraten
in den letzten Monaten, Wochen, Tagen
geworden sind.**

**Die
widerwärtigen,
gefährlichen Umtriebe
der Neonazis
lassen keine andere Wahl.**

*Heinz Keßler, aus seiner Erklärung vor der 27. Großen Strafkammer
des Landgerichts Berlin, 7. 12. 1992*

ISBN 978-3-00-054707-2

